

Stenographisches Protokoll.

76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Mittwoch, den 14. Dezember 1921.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 (628 der Beilagen).

Inhalt.

Zuschrift der Bundesregierung,

betreffend den Gesetzentwurf über die Verwendung von Teilen der Gebärungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenklassen (662 der Beilagen [Seite 2679]).

Burgenland.

Erklärung des Bundeskanzlers Schober, betreffend die Volksabstimmung in Ödenburg [Seite 2621].

Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Vorgänge bei der Vertragserrichtung über die Ausnutzung und Verwertung des Fischamender Werkes.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Konstituierung dieses Ausschusses (Seite 2622).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (594 der Beilagen), betreffend das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1922 (628 der Beilagen — Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppen XV „Heereswesen“ und XIX „Übergangsmaßnahmen“ — Redner: die Abgeordneten Kollarz [Seite 2622], Baumgärtel [Seite 2630], Littenberger [Seite 2635], Bundesminister für Heereswesen Wächter [Seite 2538], die Abgeordneten Smitka [Seite 2641], Steinegger [Seite 2644], Abram [Seite 2647], Vaugoin (tatsächliche Verichtigung) [Seite 2648] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2648 und 2649]) — Spezialdebatte über die Gruppen XI „Land- und Forstwirtschaft“ und XVI „Volksernährung“ — (Redner: Spezialberichterstatter über Gruppe XI „Land- und Forstwirtschaft“ Eisenhut [Seite 2649], Spezialberichterstatter über Gruppe XVI „Volksernährung“ Dr. Ferzabeß [Seite 2652], die Abgeordneten Schneidmahl [Seite 2653], Egger [Seite 2665], Abram [Seite 2668], Burgstaller [Seite 2671], Pölzer [Seite 2672], Bösch [Seite 2676]).

2620 76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 14. Dezember 1921.

Zur Verteilung gelangen am 14. Dezember 1921:

die Regierungsvorlage 659 der Beilagen;

der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses 628/XVII der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung 660 der Beilagen;

der Bericht des Justizauschusses 661 der Beilagen;

die Anfragebeantwortung 92;

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 45 Minuten vormittags.

Vorsitzende: **Präsident Dr. Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Seitz**, dritter Präsident
Dr. Dinghofer.

Schriftführer: **Markschläger, Seidel**.

Bundeskanzler und Leiter des Bundes-
ministeriums für Äußeres: **Schober**.

Vizekanzler und Leiter der Angelegen-
heiten des Unterrichtes und des Kultus
Breisky.

Bundesminister: **Dr. Waber** für Inneres
und Unterricht, **Dr. Gürtler** für Finanzen,
Dr. Grünberger für Handel und Gewerbe,
Industrie und Bauten und Leiter des Bundes-
ministeriums für Volksernährung, **Dr. Hernet**
für Land- und Forstwirtschaft, **Wächter** für
Deereswesen.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte das hohe Haus um Entschuldigung
wegen des verspäteten Beginnens; es hat aber
vorher noch eine notwendige Obmännerbesprechung
stattgefunden.

Ich erteile das Wort dem Herrn Bundes-
kanzler.

Bundeskanzler und Leiter des Bundesmini-
steriums für Äußeres **Schober**: Hohes Haus!
Nachdem ich am 30. November vom Nationalrat
ermächtigt worden war, an der Abstimmung in
Ödenburg unter der Voraussetzung teilzunehmen,
daß deren Unparteilichkeit, Reinheit und Freiheit
mit den bei solchen Anlässen gebräuchlichen
Garantien umgeben sei, habe ich meine diesbezüg-
lichen Schritte bei den Ententemächten unternommen
und ununterbrochen fortgesetzt. Hinsichtlich der uner-
läßlichen Entsendung von Truppen der interalliierten
Mächte, die ich bereits am 30. November ange-
kündigt habe, habe ich tatsächlich den Erfolg erzielt,
daß unser Gesandter in Paris am 5. Dezember
melden konnte, ein interalliiertes Kontingent stünde
zur Verfügung und werde nach Ödenburg aus
Oberschlesien abdirigiert werden. Tatsächlich sind am
8. die interalliierten Truppen in Ödenburg einge-
troffen. Die Generale haben am 4. das ganze
Gebiet für pazifiziert erklärt und wollten ursprünglich
die Abstimmung für den 11. festsetzen. Ich habe
selbstverständlich diesen Termin als ganz unmöglich

bezeichnet, weil, wenn die alliierten Truppen erst
am 8. einlangen, in Ödenburg eine Abstimmung
so kurz nachher nicht hatte stattfinden können.

Ebenso habe ich den in Aussicht genommenen
Termin vom 13. als ganz unmöglich bezeichnet,
weil ich gehört habe, daß die ungarischen Truppen
noch am 12. (*Hört! Hört!*) in Ödenburg waren,
beziehungsweise ihr Abzug erst für den 12. fest-
gesetzt war. Ich habe festgehalten, daß eine acht-
tägige Frist jenes Minimum, das von uns immer
als zu kurz bezeichnet wurde, doch nicht früher
laufen kann als wenigstens von dem Tage an, an
dem die interalliierten Truppen in Ödenburg und
Umgebung den Dienst übernommen haben.

Es ist somit das äußerste Entgegenkommen
der österreichischen Regierung gewesen, wenn sie
einer Festsetzung des Abstimmungstermines für den
18., beziehungsweise 20. Dezember ihre Zustimmung
gegeben hätte. Ich habe versucht, die Generale
durch Noten und anderweitige Interventionen von
ihrem Standpunkt abzubringen und habe von den
Generalen erfahren, daß das ganze nun von der
Botschafterkonferenz abhängt. Sie seien an die Auf-
träge der Botschafterkonferenz gebunden.

Ich habe daher weiter mit allem Nachdrucke
in Paris und auch in Rom gearbeitet und habe
durchgesetzt, daß der Herr italienische Minister des
Äußeren mir vorgestern Nachmittag durch seinen
Gesandten in Wien erklären ließ, er habe seinen
Botschafter in Paris beauftragt, die von
uns gewünschte Verschiebung nicht nur zu befür-
worten, sondern eventuell selbst zu beantragen
und ich habe auch erfahren, daß er seinen Gesandten
in Budapest beauftragt hat, die ungarische Regie-
rung in demselben Sinn zu beeinflussen, daß sie
nämlich ihre Zustimmung zur Verschiebung der
Abstimmung erteilt. Ich habe gestern von der Bot-
schafterkonferenz ein Telegramm erhalten, in welchem
unser Gesandter ausdrücklich folgendes erklärt: „Die
Generalsmission wurde telegraphisch ermächtigt, das
Plebizit auf den 18. zu verschieben. Hiedurch
werde auch der österreichischen Auffassung ent-
sprochen, daß die Pazifizierung nicht vor dem Ein-
treffen der alliierten Truppen erfolgen könne.“ Trotz
dieser Ermächtigung und obwohl mir die Generals-
mission ausdrücklich erklärte, es hänge alles von der
Botschafterkonferenz ab, habe ich zu meinem Erstaunen
gestern abends erfahren, die Generale seien trotzdem
entschlossen, heute die Abstimmung vorzunehmen.
(*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Rufe: Unglaublich!*)

2622 76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 14. Dezember 1921.

Ich konnte nach alledem, was ich in diesen 3½ Monaten in der burgenländischen Frage mit-erlebt habe, und da ich glaube, feststellen zu können, stets im Einvernehmen mit dem ganzen hohen Hause vorgegangen zu sein, selbstverständlich diese Entscheidung der Generalsmission nicht anders beantworten, als daß ich gestern, ohne das hohe Haus in toto befragen zu können — dazu fehlte die Zeit — nach Ödenburg telegraphierte, daß wir an dieser Abstimmung nicht teilnehmen (*Sehr richtig!*), daß unsere Abstimmungskommissäre sofort abberufen werden (*Lebhafter Beifall*) und daß wir diese Abstimmung nicht anerkennen können. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Ich bitte nun das hohe Haus, da ich bis zur Stunde noch nicht weiß, ob heute in Ödenburg abgestimmt wird oder nicht, vorläufig von einer Debatte Umgang zu nehmen, und ich würde, sobald ich eine Nachricht erhalte, dem hohen Hause neuerlich Mitteilung machen.

Ich glaube noch hinzufügen zu können, daß sich da ganz merkwürdige Vorgänge ereignen müssen; es ist nämlich nicht aufgeheilt, ob die ungarische Regierung betreffs ihrer Zustimmung zum Aufschube tatsächlich befragt wurde und welche Antwort sie, wenn befragt, gegeben habe. (*Hört! Hört!*) Ich kann dieses Dunkel noch nicht restlos erhellen und bitte daher das hohe Haus vorläufig diesen meinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Der Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge bei der Vertragserrichtung und Verwertung der Fischamender Werke hat sich konstituiert.

Es wurden gewählt: Zum Obmanne: Abgeordneter Kollmann; zum Obmannstellvertreter: Abgeordneter Schmidt; zum Schriftführer: Abgeordneter Partik.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist zur Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 und zwar zur Gruppe XV „Heereswesen“ und XIX „Übergangsmaßnahmen“.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Kollarz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kollarz:** Hohes Haus! Im Zuge der gestrigen Verhandlungen hat der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch wesentliche Fragen der Wehrmacht in seinem Sinne gestreift. Ich werde auf einige dieser Punkte eingehen und in weiterer Folge die wirtschaftlichen Verhältnisse der Wehrmacht, insbesondere der Offiziere und der Beamten der Wehrmacht streifen, sowie auch das Gebiet der

abgebauten Berufsmilitärpersonen, soweit sie dabei in Betracht kommen, berühren.

Es hat gestern Herr Dr. Deutsch erklärt, daß die Wehrmacht verschiedene Aufgaben hat und hat unter anderen die Verteidigung der Grenzen und damit jedenfalls auch die Besetzung des Burgenlandes gemeint. Ich schließe mich in dieser Hinsicht vollkommen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Deutsch an, weil auch ich der Meinung bin, daß die Wehrmacht bei Besetzung des Burgenlandes ihre Pflicht restlos erfüllt hat und daß einzelne Vorkommnisse nicht geeignet sein können, das Gesamturteil wesentlich zu beeinflussen. Wir sind uns alle viel zu sehr bewußt, daß das System der Söldnerarmee an sich eine Anzahl von Mängeln in sich birgt, die nicht ausgerottet werden können, solange eben das System an sich besteht.

Ich möchte aber eines zurückweisen, was Herr Dr. Deutsch gesagt hat, daß nämlich bei den bürgerlichen Elementen ein Haß gegen die Wehrmacht bestehe. Ich glaube feststellen zu können, daß das nicht der Fall ist. Besonders aber muß ich betonen, daß das bei einem alten Soldaten, wie ich bin, nicht möglich sein kann und daß eine vielleicht etwas scharfe Kritik absolut nicht beinhaltet, daß man die Wehrmacht, die schließlich zur Verteidigung der Ruhe und Ordnung Österreichs nach außen und innen berufen ist, damit disqualifizieren will. Wir wissen, daß die Söldnerarmeen aller Zeiten dieselben Mängel aufgewiesen haben wie eben auch unsere Söldnerarmee. Und wenn bei uns noch etwas dazukommt, so ist es eben das, daß unsere Söldnerarmee noch einen Mangel hat, nämlich die ausgesprochene parteipolitische Färbung dieser Wehrmacht. Ich bin kein Schwärmer für die Entpolitisierung der Wehrmacht, aber ich muß mir sagen, daß die rein parteipolitische Aufmachung unserer Wehrmacht ein wesentliches Hindernis ist in der zweifellos anzuerkennenden Besserung der inneren disziplinären Verhältnisse der Wehrmacht.

Herr Dr. Deutsch hat die Wehrmannschaft mit Recht belobt. Ich habe aber eines vermißt: Herr Dr. Deutsch hat sich sehr wenig, bezüglich des Burgenlandes wenigstens, mit den Offizieren der Wehrmacht beschäftigt und ich möchte nachholen, daß diese Belobung wohl auch den Offizieren der Wehrmacht gegolten hat; denn schließlich und endlich spielen ja die Führer in jeder Wehrmacht und Armee immerhin die bedeutendste Rolle, und mag dem Einzelindividuum des Wehrmannes noch so viel Selbständigkeit gegeben sein, so wird bei einem Aufmarsch oder einer Besetzung, wie wir sie jetzt haben, zweifellos der Führer die ausschlaggebendste Rolle spielen. Ich glaube von diesem Platze betonen zu sollen, daß speziell die Offiziere sonder Zahl, wie sie waren, ohne Rücksicht auf ihre

politischen und Lebensanschauungen das Bestmögliche im Interesse der Gesamtheit und des Volkes dort geleistet haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch folgendes betonen: So sehr vielleicht die zwei Jahre in der Wehrmacht ausgenutzt wurden, um sie zu einem brauchbaren Instrument des Staates zu machen, so kann ich mir doch nicht verhehlen, daß die alte Erziehung der alten Wehrmacht viel dazu beigetragen hat, um die Erfolge, die die jetzige Wehrmacht zweifellos hat, zu zeitigen. Denn stellen Sie sich, sehr verehrte Damen und Herren, vor, Sie würden Menschen zusammengeholt haben, die vom Militär keine Ahnung hätten oder die die Disziplin als solche nur nach den Wünschen der jetzigen Zeit sich zurechtgeschitten hätten, ich glaube, Sie müßten mit mir zur Überzeugung kommen, daß es eine glatte Unmöglichkeit wäre, derartige Menschen in ein besetztes Land oder gar in den Kampf zu führen. Es ist noch ein Stück des Gott sei Dank aus früherer Zeit geretteten alten Geistes der Disziplin in der heutigen Wehrmacht und ich glaube betonen zu sollen, daß eben dieser Teil der ehemaligen Disziplin wesentlich zum Vorteil der Wehrmacht sich ausgewirkt hat, auch bei den jetzigen Aktionen im Burgenland.

Auch ich will mich den Vorrednern dahin anschließen, daß ich eine schärfere Kritik bestimmter Vorgänge in der Wehrmacht heute nicht üben will, sondern sie einem Zeitpunkt vorbehalte, wo die äußeren politischen Verhältnisse wesentlich bessere sein werden. Gerade das, was der Herr Bundeskanzler die Güte hatte, uns zu vermelden, zwingt mich besonders dazu, davon Abstand zu nehmen, um so mehr als unsere Wehrmacht unter Umständen berufen sein wird, noch schwerere Aufgaben zu erfüllen.

Der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch hat in seiner Rede die Notwendigkeit der Soldatenräte betont und da muß ich allerdings eine andere Auffassung haben. Soldatenräte in der Art, wie sie, sagen wir, in den letzten Jahren praktiziert wurden, waren wohl das Ergebnis der Revolution und damals eine Notwendigkeit. Die Soldatenräte waren damals deswegen notwendig, weil gegen die Führer der alten Armee, gegen die Offiziere, in der Weise geheßt wurde, daß jede Autorität dieser Menschen gegenüber den Volkswehrleuten geschwunden war, und es war die Notwendigkeit der Revolution, daß man zumindest zu dem Auskunftsmittel der Soldatenräte geschritten ist, was übrigens gar nicht neu, sondern eine Wiederholung anderer geschichtlicher Ereignisse war. Es mußten auch die Offiziere, die damals nolens volens oder aus Überzeugung, um zu retten, was zu retten war, in die Volkswehr eingetreten sind, mit diesem Umstande rechnen und mußten — sagen wir — ein Stück zurückweichen, um den Stoß aufzufangen und mit-

zuarbeiten, um aus der damaligen Volkswehr ein möglichst brauchbares Requisit zu machen. Aber mit der Zeit, glaube ich, könnten sich ja die Soldatenräte abbauen, nicht in dem Sinne, daß sie nicht Interessensvertreter ihrer Mannschaft sein sollen, sondern in dem Sinne, daß ihnen nicht alle Gewalt in jeder Hinsicht eingeräumt wird. Denn wir sind uns doch klar darüber, daß, wenn auch in dem Wehrgeetze ziemlich eng umschrieben ist, welche Rechte die Soldatenräte haben, diese umschriebenen Rechte doch nie und nimmer in diesen Grenzen eingehalten werden, sondern es ist ganz klar, daß sich aus der Expansion des Willens zur Macht von selbst ergibt, daß über diese Grenzen hinausgegangen wird. Wenn einzelne Soldatenräte besonders hervorragende Menschen und zu Führern geeignet sind, dann wird gewiß kein Mensch etwas dagegen haben, diese Soldatenräte nach entsprechender Schulung und Prüfung zu wirklichen Führern zu machen. Sie sind dann auch als Offiziere Vertreter der Mannschaft und ich glaube nicht, Ihnen erst begreiflich machen zu müssen, daß sie mit dem Leutnantsbürtel sich ändern und ihre Gesinnung aufgeben würden.

Eines hat der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch betont und verlangt, nämlich, daß eine Amnestie für alle Disziplinarvergehen nach dieser Burgenlandgeschichte erlassen wird. So sehr ich persönlich einverstanden bin, hier und da eine Amnestie einzuschalten, um, sagen wir, Vergehen, die dem Impuls des Augenblickes entspringen, nicht in einer übermäßigen Weise sühnen zu lassen, ebenso sehr bin ich dagegen, daß eine solche Amnestie Wochen vorher verkündet wird, weil damit nur erreicht wird, daß die Leute geradezu auf diese Amnestie sündigen. Ich möchte daher bitten, daß, wenn man schon beabsichtigt, eine Amnestie zu erlassen, man dies geheimhalten möge bis zu dem Momente der Überraschung; dann wird nur jener Teil unter sie fallen, der dieser Amnestie würdig ist; denn würde jemand auf Grund dieser Aussicht ein Disziplinarvergehen begehen, so glaube ich kaum, daß er in diese Amnestie hineinfallen sollte.

Wir haben gestern auch gehört von der Knechtung der Soldaten in der alten Wehrmacht, wir haben gehört, daß diese eine Armee der Habsburger gewesen sei und ähnliches mehr. Es würde zu weit führen, das alles zu wiederholen. Ich kann nur konstatieren, daß die jetzige Armee eine Armee der Sozialdemokraten ist. Früher war sie die Armee eines Imperators, jetzt ist es die Armee der Sozialdemokratie und es wundern sich die Herren der Linken absolut nicht, daß das der Fall ist, sondern sie begrüßen diesen Zustand auf das wärmste, angeblich weil die Republik am besten durch sie geschützt sei. Ich glaube betonen zu sollen, daß es noch andere Menschen in der Republik Österreich gibt, die aufrichtige Republikaner sind

und daß es nicht allein die Sozialdemokratie ist, welche die Republik Österreich zu schützen versteht. Auch andere werden es treffen. (*Abgeordneter Baumgärtel: Warum sind diese nicht in der Armee?*) Weil so viele nicht Platz haben, es werden nicht einmal die aufgenommen, die hinein wollen. Darüber werde ich dann noch sprechen.

Ich wende mich nun den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Wehrmacht zu und möchte, wie der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch es gestern schon gesagt hat, besonders noch auf etwas hinweisen. Er hat gesagt, die Gesamtausrüstung und besonders die Winterausrüstung sowohl der Wehrmannschaft als der Führer läßt sehr viel zu wünschen übrig. Es besteht tatsächlich ein Mangel an Filzüberchuhen für den Winter und während in den Garnisonen derartige Filzschuhe für den Wachdienst überflüssig vorhanden sind, sind im Burgenlande keine. Ich möchte daher den Herrn Bundesminister für Heereswesen bitten, daß er speziell diesem Punkte seine Aufmerksamkeit schenken möge. Ein weiterer Punkt ist, daß 30 Prozent des Tagespauschales den Militärpersonen im Burgenlande abgezogen werden, und zwar dafür, daß sie eben Unterkunft, Beheizung und Beleuchtung bekommen. Ich möchte feststellen, daß diese Beheizung und Beleuchtung gewöhnlich Null ist, da die Betreffenden in Scheunen und provisorischen Gebäuden untergebracht sind. Vielleicht ließe sich auch da eine Besserung erzielen.

Berechtigte Klage aber über eine Sache, die der Erfüllung noch immer nicht nahegebracht ist, müssen wir führen über die Nichterfüllung des § 26 der Besoldungsordnung, das ist die Regelung der Monturfrage für Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht. Wie ich mich erkundigt habe, liegt dieser Akt schon die längste Zeit im Bundesministerium für Finanzen und ist von dem betreffenden Referenten absolut nicht herauszubekommen. Wenn die Erledigung des Finanzministeriums erst zu einer Zeit kommt, wo der Frühling wieder lacht, dann können diese armen Offiziere und Unteroffiziere auf den Genuß der Besoldungsreform wohl verzichten. Ich möchte daher das Bundesministerium für Finanzen bitten, diesen Referenten anzuweisen, die eheste Erfüllung des § 26 in die Wege zu leiten.

Ein anderes Kapitel ist die Wohnungsfrage. Wir haben eine Anzahl von Kommissionen für die diversen Kasernen, welche feststellen sollen, wo etwa freie Wohnungen durch die Kündigung von Pensionsparteien und anderer Leute geschaffen werden, um dort aktive Berufsmilitärpersonen einquartieren zu können. Ich hatte Gelegenheit, beim Herrn Bundeskanzler mit einer Deputation von Pensionisten vorzusprechen, die über Nacht gekündigt wurden, außerdem noch die Gerichtskosten zu zahlen hatten

und die Wohnung räumen sollten. Ich bin der Auffassung, daß nicht so wie es jetzt praktiziert wird, jede Kaserne eine eigene Kommission haben soll, sondern eine einzige Kommission bestehen soll, die alle Kasernen abgeht. Eine solche Kommission wird zweifellos die Möglichkeit haben, festzustellen, wieviel Parteien hinausgehören. Denn in den Kasernen sind nicht lauter Pensionisten, sondern auch fremde Staatsbürger einquartiert, die noch immer da sind. Ich bin überzeugt, wenn eine einzige Kommission für alle Objekte bestimmt wird, werden einerseits die aktiven Militärpersonen Wohnungen bekommen, und es wird von anderer Seite jedes Unrecht gegenüber den bisherigen Pensionistenparteien, da man ja heute absolut keine Wohnung finden kann, vermieden werden.

Ein ganz besonderer Mangel, der in der Wehrmacht fühlbar ist, ist der an Schul- und Lehrbehelfen. Ich glaube, daß die Post für Schul- und Lehrbehelfe etwas zu gering bemessen ist. Man behilft sich einstweilen damit, daß den Truppen geringe Beträge zugewiesen werden, damit sie sich die Schul- und Lehrbehelfe in Eigenwirtschaft herstellen. Wir wissen aber alle, daß dies heutzutage noch mehr kostet als die fabrikmäßige Herstellung. Ich würde daher dem Bundesministerium für Finanzen empfehlen, diese Zuschüsse, die jeweils angefordert werden, in weitestgehendem Maße zu gewähren.

Wir haben im Burgenland leider auch Verluste zu beklagen gehabt, und es sind Witwen und Waisen nach den Toten aus dieser letzten Besatzungsperiode zu versorgen. Es wäre zu erwägen, ob man nicht durch irgendeine Fürsorgeaktion, zum Beispiel durch die Herausgabe von burgenländischen Briefmarken, Abstimmungsmarken und ähnlichem einen Fonds schaffen sollte, um daraus die bei dieser Aktion verunglückten Personen, beziehungsweise die Witwen und Waisen und die Invaliden zu unterstützen.

Weiters möchte ich bitten, daß die burgenländische Zulage dem jeweiligen Kurs der ungarischen Krone angepaßt wird, und daß die Umrechnung nicht etwa erst nach 14 Tagen, drei Wochen oder einem Monat, sondern am Tage der Auszahlung berücksichtigt wird.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat eine Weihnachtsspende für die Besatzungsarmee angeregt. Ich kann mich dieser Anregung nur auf das wärmste anschließen und möchte sogar an alle Damen und Herren dieses hohen Hauses den Appell richten, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß so wie es einst bei uns im Felde draußen der Fall war, eine Liebesgabenaktion veranstaltet werde. Es werden sich gewiß viele bereit finden, unseren Wehrmännern, die die Weihnachten fern von der Heimat verbringen müssen, irgendeine Freude zu bereiten.

Ich gehe nun zu dem Kapitel der Offiziere der Wehrmacht über. Das Wehrgesetz sagt ganz genau, wie die Ergänzung des Standes der Offiziere in der Wehrmacht durchzuführen ist, enthält aber auch ganz genaue Übergangsbestimmungen über die Aufstellung der Wehrmacht. Das Wehrgesetz sagt im § 1, Absatz 2 (*liest*): „Heeresangehörige im Sinne des Gesetzes sind Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmänner. Der Stand an Unteroffizieren wird durch Ernennung von ebenfalls entsprechend ausgebildeten Wehrmännern, der Stand an Offizieren durch Ernennung von hierfür entsprechend ausgebildeten Unteroffizieren ergänzt.“

Die Übergangsbestimmungen sagen im § 45, Absatz 2 (*liest*): „Als Offiziere können nur solche Personen übernommen werden, die in der bewaffneten Macht der österreichisch-ungarischen Monarchie als Berufsoffiziere gedient haben. In Ausnahmefällen können durch besondere Verfügung des Staatssekretärs für Heereswesen auch solche Reserveoffiziere aufgenommen werden, die in der bewaffneten Macht der österreichisch-ungarischen Monarchie gedient haben und im Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes in der Volkswehr Dienst tun.“

Da nun die ersten ausgedienten Unteroffiziere, welche zu Offizieren ausgebildet sind, frühestens Ende Dezember 1923 die Schule verlassen, so kommen für die Aufnahme bis dorthin derartige Personen nicht in Betracht, und es muß daher nach meiner Auffassung aus jenem Reservoir geschöpft werden, das von dem, was zweifellos nach dem seinerzeitigen Abbau freiblieb, noch vorhanden ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die jetzige Wehrmacht daran krankt, daß sie sehr wenige Zugskommandanten, sagen wir, junge Kräfte hat. Wir haben gehört, daß es vor zwei Tagen einen einzigen Leutnant gegeben hat, und daß dieser gestern oder vorgestern zum Oberleutnant ernannt worden ist. Eine Anzahl von, ich glaube, 200 jungen ehemaligen Offizieren, Leutnants und Oberleutnants, welche in diese erste Gruppe der Überführung nach der Punktierung gehören, harren der Aufnahme und können nicht aufgenommen werden, weil fortwährend eine Sperre der Aufnahme ist, und man nicht gewillt zu sein scheint, ehemalige Offiziere der alten Armee aufzunehmen.

Nun möchte ich darauf hinweisen, daß der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch seinerzeit einer Deputation von Offizieren folgende Antwort im Laufe einer übrigen Antwort — aber das Herausgegriffene wird ihren Sinn absolut nicht ändern — gegeben hat (*liest*):

„Ich bin der Meinung, daß die Auswahl, wenn einmal die sachlichen Erfordernisse feststehen, dann durch die Offiziere vor sich gehen kann. Denn Demokratie bedeutet, daß jede einzelne Schicht der Bevölkerung sich selbst verwaltet und nicht von oben

her regiert wird. Sie, meine Herren, sollen selbst entscheiden, wer Offizier sein wird.“

Das ist wörtlich das, was der Herr Staatssekretär damals der Offiziersdeputation bei Aufstellung der Wehrmacht gesagt hat. Auf das hin wurde auch die gewisse Punktierungskommission aufgestellt, und die hat die Reihenfolge festgelegt. Ich will mich nicht darauf einlassen, wer etwa außer dieser Punktierungskommission in die Wehrmacht gekommen ist. Das hing damals von den politischen Kraftverhältnissen ab. Aber wenn heute noch solche Personen vorhanden sind, so sollten sie im Sinne der seinerzeitigen Auffassung des Herrn Staatssekretärs Dr. Deutsch auch jetzt weiter bestätigt werden. Abgesehen davon, finde ich es geradezu als ein Unikum, daß der Heeresausschuß der einzige Ausschuß des Nationalrates ist, welcher die einzelnen Aufnahmen von Offizieren oder Beamten im Bereiche des Heeresamtes überwacht. Logischerweise müßten auch die übrigen Ministerien, beziehungsweise die übrigen Ausschüsse dasselbe Recht haben. Wir würden so weit kommen, daß jeder Ausschuß des Nationalrates damit zu tun hätte, die einzelnen Aufnahmen in das Ressort des betreffenden Ministeriums zu überwachen, beziehungsweise durchzuführen oder zu sperren. Ich kann mir auch gar nicht vorstellen, daß das gesetzliche Recht eines Ministers durch einen Ausschuß des Nationalrates, wenn nicht der ganze Nationalrat dafür stimmt, beengt werden könnte. Es soll im Gegensatz zu diesen Auffassungen geplant sein, einzelnen Heerespersonen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die vorgeschriebenen Bedingungen: Offiziersanwärterkurs und wie sie alle heißen, die Prüfungen etc., zu erlassen und sie in verhältnismäßig hohe Besoldungsgruppen zu überführen. Dagegen müßte natürlich der schärfste Protest erhoben werden und ich kann mir nicht vorstellen, daß das Ministerium für Heereswesen einer derartigen Auffassung nicht den gehörigen Widerstand entgegensetzen würde.

Ich habe eingangs betont, daß die Wehrmacht für einen alten Soldaten der Grundbegriff der Verteidigung des Vaterlandes nach innen und außen ist. Ich habe leider vermißt, das bei den furchtbaren Kravallen in Wien am 1. Dezember die Wehrmacht da war, um entsprechend einzuwirken. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Wehrmacht sowie seinerzeit in den Juni-Tagen des Vorjahres ausgerufen wäre, sie genügend Autorität gehabt hätte, um den ärgsten Verwüstungen vorzubeugen. Herr Staatssekretär Dr. Deutsch hat auch betont, daß die Wehrmacht dazu da ist, die Staatsbürger zu schützen, damit man ruhig im Lande leben könne. Ich bin auch dieser Auffassung; ich frage mich nur, warum nicht jener Teil der Wehrmacht, der am 1. Dezember in Wien war, dazu verwendet wurde, diese Ruhe zu gewährleisten.

Berehrte Damen und Herren! Ich bin — ich meine das nicht persönlich — ein Mitbetroffener und Sie werden mir daher verzeihen, daß ich um so mehr das Empfinden habe, daß nicht alles vorgekehrt wurde, was hätte vorgekehrt werden können, als das ganze Haus des Verbandsheims der Berufsmilitärgagisten am Schwarzenbergplatz Nr. 1 vernichtet wurde.

Ich stelle fest, daß nicht allein das angebliche Schieberlokal im ersten Stock die Veranlassung war, und will mich nur aus ganz bestimmten Gründen in eine Beweisführung nicht einlassen, weil wir in einer äußeren Krise stehen, ich kann aber den einzelnen Personen, welche sich dafür interessieren sollten, mit einem reichlichen Beweismaterial dienen. Ich stelle fest, daß gerade an diesem Tage nicht die Hungernden bei mir eingedrungen sind, sondern es waren Leute dabei von 18 bis 22 Jahren, kräftig, wohlgenährt und gut angezogen; speziell jene, welche vom ersten Stock zu mir gekommen sind, waren solche, daß kein Mensch von ihnen annehmen konnte, daß sie hungern. Die Pensionisten, Witwen und Waisen hungern, aber von diesen war niemand dabei, auch nicht die Kleinrentner, die im Frieden ein Vermögen von 100.000 K hatten, deren Ertragnis dazu hinreichte, daß sie ihr Leben fristen konnten, die aber heute zu Bettlern geworden sind. Ich stelle fest, daß alles kurz und klein geschlagen wurde. Ich habe mich dieser Horde entgegengestellt und ihr zu erklären versucht, daß es sich hier um eine Fürsorgeaktion, daß es sich hier um eine Organisation zur Selbsthilfe handelt, aber alles hat nichts genutzt, die Leute sind mit Drohungen über mich hinweggegangen und haben ein Vernichtungswerk vollführt, das in der Republik und in der ehemaligen Monarchie Österreich einzig dasteht; so etwas hat es noch nie gegeben. Deshalb darf es niemanden wundern, wenn man schließlich Vorkehrungen treffen wird, um in Zukunft sein eigenes Heim zu schützen. Ich verweise aber heute schon darauf, daß das Haus vom untersten Keller bis zum Dach hinauf durchsucht und verwüstet wurde und im ganzen Hause weder Waffen noch sonst dergleichen gefunden wurden, Dinge, die man uns hinter den Kulissen vorgeworfen hat. Wir waren ein vollkommen neutraler, lediglich zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder ins Leben gerufener Verband und haben uns bis zum heutigen Tage von Politik ferngehalten. Ich glaube, daß das auch jeder Gegner anerkennen muß.

Aber wenn wir bei Wiederholung solcher Dinge zur Selbsthilfe schreiten werden, dann bitte, sich nicht darüber zu verwundern. Ich weiß ganz genau, daß am 1. Dezember kein revolutionärer Tag war, denn wir haben die Revolution mitgemacht und ich war gerade beim Umsturz in einem großen Etablisement, wo tausende organisierte

Arbeiter waren, aber solche Dinge sind natürlich nicht vorgekommen und es mutet auch kein Mensch einem anständigen Arbeiter zu, daß er dabei war. Hier handelt es sich auch nicht um Arbeiter, sondern um eine gewisse Clique von Menschen, welche jede Gelegenheit benutzt, um ihre Suppe an irgendeinem aufflackernden Feuer zu kochen. Ich hege die bestimmte Zuversicht, daß es in Zukunft möglich sein wird, derartigen Blinderungen und Ausschreitungen entgegenzuwirken. Aber eines muß ich noch bemerken: Es mußte die breite Öffentlichkeit merkwürdig anmuten, daß durch nahezu einer Woche nach diesen Krawallen man sich in diesem hohen Hause nicht getraute, über diese Vorfälle zu sprechen und selbst Erklärungen von kompetenter Stelle nicht abgegeben werden durften, angeblich deshalb, um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen. Ich weiß nicht, ob man der Sache damit gedient hat, ob man nicht das schleichende Mißtrauen durch diese Verheimlichung noch mehr vermehrt hat. Ich will nicht darauf zurückkommen, welche Wirkungen solche Vorfälle im Auslande auslösen, wir wissen das alles und ich müßte nur wiederholen, was alle ernst zu nehmenden Menschen der Republik wissen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Weil wir gerade beim Budget des Heereswesens sind, so muß ich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der abgebauten Berufsmilitärpersonen berühren. Ich konstatiere, daß wir noch 1400 abgebaute Berufsmilitärpersonen haben, die Stellungen suchen und in den trostlosesten Verhältnissen mit den bescheidensten Pensionen zu leben gezwungen sind. Sie wissen alle, daß speziell eine große Anzahl junger Kameraden, junger Offiziere und Beamten abgebaut wurde und daß es schon seinerzeit durch die wirtschaftliche Depression unmöglich war, für den Anfang eine Anzahl von Menschen in das Wirtschaftsleben zu überführen. Es hat uns damals — ich gestehe es sehr gern und loyal zu — der damalige Staatssekretär Dr. Deutsch besonders geholfen und ich muß feststellen, daß in allen wirtschaftlichen Belangen, mit welchen wir zu ihm kamen, wir bei ihm immer ein offenes Ohr gefunden haben und daß er uns immer unterstützt hat. Etwas anderes war es selbstverständlich, wenn die Sache nur im geringsten die politischen Interessen des Herrn Staatssekretärs berührte. Ich möchte betonen, daß nunmehr die Aufnahme in die Wehrmacht seit Monaten gesperrt ist — da können die Leute also nicht unterkommen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Bankbeamenschaft eine Zeitlang die Betriebe für Berufsmilitärpersonen gesperrt hat, daß wir besonders Anstände in Klagenfurt und Vorarlberg hatten, und ich möchte weiters sagen, daß in einzelnen Betrieben die Aufnahme von Offizieren geradezu unmöglich geworden ist. Nun haben wir durch die seinerzeitige Vermittlung des Bundesministeriums für Heeres-

wesen wieder durch Herrn Staatssekretär Deutsch die Möglichkeit gehabt, eine Anzahl von abgebauten Berufsmilitärpersonen in den Steuerdienst zu überführen, und da hat es am sozialdemokratischen Parteitag ein gewisser Herr Jaklitsch — denn ich nicht kenne — für notwendig gefunden, gegen die Offiziere im Steuerdienst loszugehen. Er hat unter anderem bemerkt, sie seien weder Monarchisten noch Republikaner, da gehören sie also hinaus. Ich will mich über diese Folgerungen nicht näher auslassen und will keine Polemik führen. Ich möchte mir hinzufügen, daß auch eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer im Finanzausschusse speziell wegen dieser Steuerdienstler gestellt wurde, was mir um so merkwürdiger erscheint, weil ja gerade diese Maßnahme unter dem Bundeskanzler Doktor Renner und dem Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch vor sich gegangen ist.

Nun steht eine Anzahl von Berufsmilitärpersonen noch in aktiven Diensten, und ich möchte da auf einen Vorfall hinweisen zu dem Zweck, daß es verhütet wird, daß er noch einmal eintritt. Am 17. März des Jahres 1920 wurde das Militärabbaugefetz hier im hohen Hause, der damaligen Nationalversammlung, beschlossen, und am 18. wurde das Besoldungsübergangsgesetz für die Bundesangestellten beschlossen, welches wesentliche Begünstigungen für die Bundesangestellten beinhaltete. Es wurde damals erwiesenermaßen das Abbaugefetz deshalb um einen Tag früher eingebracht, damit die an sich schwer in ihrer Existenz geschädigten Berufsmilitärpersonen dieses Besoldungsübergangsgesetzes nicht mehr teilhaftig werden. Ich fürchte, daß man, da jetzt wieder ein Beamtenabbaugefetz in Vorbereitung ist, sich etwa sehr beeilen wird, die Berufsmilitärpersonen noch vor Gesetzwerdung dieses Beamtenabbaugegesetzes in Pension zu schicken, und es scheinen schon diesbezügliche Vorarbeiten in den Ministerien gemacht zu werden. Ich hoffe, daß Sie einsichtig genug sind, um anzuerkennen, daß auch die Berufsmilitärpersonen — in Sonderheit aber jetzt, wo es diese gewisse Ansrede nicht mehr gibt — in der Republik bis zum heutigen Tage gedient haben, völlig gleich behandelt werden müssen, wie die Bundesangestellten im zivilen Dienst. Ich darf daher mit Recht verlangen, daß diese Berufsmilitärpersonen, die etwa noch entlassen oder abgebaut werden sollen, nicht etwa nach einem Gesetz von Anno Schnee, nach dem Gesetze vom 17. März 1920, sondern nach demselben Gesetz abgebaut werden wie die sonstigen Zivilangestellten, und daß jeder Abbau dieser Personen eingestellt wird, bis dieses Gesetz herauskommt. Ich sehe nicht ein, warum sie schlechter behandelt werden sollen als die übrigen Bundesangestellten, da wir doch eine große Anzahl von Gesetzen über die nunmehrige gleiche Behandlung der Berufsmilitärpersonen mit den Bundesangestellten

haben. Aber ein bißchen Unterschied wird immer gemacht. Ich habe dies auch in den letzten Debatten bezüglich der Gesetze bemerkt, die nunmehr in Kraft treten sollen. Ich gehe auf Details nicht ein, aber ich habe bemerkt, es herrscht immer eine gewisse Animosität, wenn man mit einer Sache von Berufsmilitärpersonen kommt. Es ist mir übrigens ganz unerfindlich, warum gerade die Partei der Sozialdemokraten bei wirklich unumgänglichen Erfordernissen immer genau nachschaut, ob das für den Betreffenden wirklich notwendig ist, zehnmal genauer, als bei den übrigen Bundesangestellten. Ich möchte Ihnen einen Beweis dafür geben, daß sogar im Schoße der Regierung oder sagen wir in den betreffenden Ministerien ein wesentlicher Unterschied gemacht wird. Wir haben unzählige Anforderungen und Bitten gestellt, daß endlich einmal die Entschädigungen für gewisse Kriegsschäden, die Entschädigungen für Verluste den Betroffenen in einem ausgiebigen Maße zugesührt werden mögen. Ich kann Ihnen nur mitteilen, daß bis zum heutigen Tage noch Gesuche einlaufen und die werden so erledigt, daß der Betreffende für erlittene Verluste an Hab und Gut, Wohnung usw. 400 bis 3000 K erhalten kann, während ich ganz genau weiß, daß es bei anderen Bundesangestellten Beträge nach dem Familienstand abgestuft, von 8000 bis 20.000 K gibt — für die heutigen Verhältnisse natürlich auch überhaupt nichts, weil man davon nichts kaufen kann. Aber wenn man heute noch Sätze von 400 bis 3000 K festlegt, so glaube ich, daß eine weitere Kennzeichnung dessen gar nicht mehr notwendig ist. Dabei ist das Interessante, daß jene, die zum Beispiel nach dem SHS-Staate fahren konnten, um von dort ihre Möbel heraufzuholen, die Reisekosten und die Fahrt vergütet erhalten haben, diejenigen aber, die unten im selben SHS-Staate ihre ganze Wohnung vernichtet gefunden haben, beziehungsweise bei denen es gar keinen Zweck hatte, sie heraufzuholen, weil sie eben vernichtet waren, nichts bekamen, beziehungsweise 400 bis 3000 K. Ich überlasse es Ihrem Urteil, ob das als ganz besonders sozial anzusehen ist.

Ich habe zwei Anfragen wegen der Krankenversicherung gestellt. Wir haben eine große Anzahl von Menschen, die jetzt mit der Pension als Beihilfe bedacht sind. Trotz meiner zwei Anfragen war es nicht zu erreichen, daß diese Leute endlich einmal in die Krankenversicherung einbezogen werden. Es kommen bei dieser Gelegenheit die unglaublichsten Dinge vor. Das geht so weit, daß es heißt, daß der Ruheständler, der nicht vor dem 1. November 1918 in Österreich heimatzuständig war, der Krankenversicherung nicht teilhaftig werden kann. Ist er in die Wehrmacht eingetreten, so hat er während der Dienstleistung in der Wehrmacht die Krankenversicherung bezogen. Nun ist er in Pension

gegangen und nun wird sein Kind krank: da setzt die Krankenversicherung aus und er kann die ganze Geschichte bezahlen, weil er nicht vor dem 1. November 1918 hier heimatsberechtigt war. Ich habe mir gestattet, mit einzelnen Abgeordneten anderer Parteien einen Gesetzentwurf über die Krankenversicherung einzubringen. Obwohl unsere Intervention nichts gefruchtet hat, hoffe ich denn doch, daß diese Krankenversicherung möglichst noch im Dezember dieses Jahres herauskommt, denn hier handelt es sich wirklich um Sein oder Nichtsein. Es gibt auch unter den Pensionisten Leute, die nicht so lawinenartig avanciert sind, wie es jetzt geschieht, denen nicht die Dienstzeit durchgerechnet wurde wie jetzt den Staatsbediensteten, sondern die vielfach in der IX., X. und XI. Rangklasse und daher außerstande sind, mit diesen Pensionsätzen ohne Krankenversicherung auszukommen, und es ist ganz klar, wie viele Leute deshalb zugrunde gehen, weil es ihnen nicht möglich war, in die Krankenversicherung hineinzukommen. Ich hoffe, daß dieser Appell genügen wird, daß endlich einmal das Gesetz über die Krankenversicherung herauskommt.

Ich habe gehört, daß die Regierung plant, diese Krankenversicherung nunmehr wohl durchzuführen, daß sie aber wünscht, daß diese mit Beihilfen bedachten Pensionsparteien die ganze Quote zahlen, nicht daß, wie jetzt, zwei Drittel der Bezugsberechtigte und ein Drittel der Staat zahlt. Es ist mir unerfindlich, warum man da einen Unterschied macht, um so mehr, als ganz bestimmt nach weiß Gott welchen Verträgen sowie nach den Vereinbarungen von Portorož jene Personen, die sich zu Deutschösterreich bekannt und die Staatsbürgerschaft hier erlangt haben, zweifellos ihre Pensionen weiter von uns beziehen werden. Andererseits müßte man, wenn die Regierung darauf beharren und der Nationalrat zustimmen würde — was ich gar nicht glaube —, sagen, wenn der Mann wirklich Deutschösterreicher auch nach diesen Verträgen bleibt, dann müßte der Staat dieses Drittel dem Manne zurückzahlen. Hoffentlich ist zu diesem Zeitpunkt die Valuta besser, so daß sie dann einen Profit machen; wenn es aber so weiter geht wie jetzt, dann bekommt er die Hälfte oder ein Drittel von dem zurück, was er dem Staate vorgeschossen hat. Ich glaube daher, daß diese Maßregel sehr zu überlegen ist.

Über die Pensionen möchte ich mich nicht verbreiten, weil gerade jetzt im Finanzausschuß durch alle Parteien in ausgiebiger Weise für die Pensionisten vorgesorgt und gerade heute im Budgetausschuß das bezüglichende Gesetz beschlossen wurde, und zwar in einem Rahmen, daß zweifellos alle Pensionsparteien damit zufrieden sein können. Ich möchte aber sagen: bis dat, qui cito dat; es ist zwingende Notwendigkeit, die Beträge, die jetzt mit 10.000, 8000, 6000 und 3000 K festgesetzt wurden,

im entsprechenden Verhältnis zu den valutarischen Umsätzen auf das Doppelte zu erhöhen.

Ich möchte weiters betonen, daß es heute für die Staatsangestellten ungeheuer schwer ist, ein Kind in eine Staats Erziehungsanstalt zu bringen. Es werden dort bezüglich Wäsche, Kleidung usw. solche Anforderungen gestellt, daß sie ein Staatsangestellter nicht erfüllen kann, insbesondere aber nicht die Witwen, Waisen und Pensionisten. Das Kind muß drei Hemden, sondern so viel Hosen und alles mögliche andere mitbringen, und wenn es das nicht genau mitbringt, wird es nicht aufgenommen. Ferner werden bei der Aufnahme wegen einer Überschreitung des Alters selbst um 14 Tage Anstände gemacht, die mir unverständlich sind. Ich glaube, für Staatsangestellte und deren Witwen und Waisen, zumindest aber für Invalide und deren Hinterbliebenen, müßte man doch in den Staats Erziehungsanstalten Ermäßigungen gewähren, so wie es seinerzeit war, denn sonst kämen wir zu demselben Zustande, der früher besonders von sozialdemokratischer Seite gerügt wurde, daß nämlich immer nur die Besitzenden in diese Anstalten hineinkommen, die das Geld dazu haben, nur hat sich das Verhältnis jetzt umgekehrt.

Ein weiteres Übel der ausgeschiedenen Berufsmilitärpersonen besteht in der verschiedenartigen Bemessung ihrer Ansprüche in den verschiedenen Anstalten und Ämtern. Sie sind eingeteilt in den Vermessungsdienst, den Archivdienst, den Steuerdienst, den Zolldienst, Ernährungsdienst usw. Tatsächlich steht fest, daß wo möglich jede dieser Gruppen nach einem anderen Schema in den Bundesdienst überführt wurde, daß sie eine andere Anrechnung der Dienstzeit haben, daß sie bezüglich der Einreihung anders behandelt sind usw. Auch was die Avancementsverhältnisse, sagen wir das alte Avancement vom Juli 1920, betrifft, so werden diese Gruppen verschieden behandelt. Ich würde daher empfehlen, daß eine interministerielle Besprechung endlich einmal zu einer gleichartigen Auffassung für alle in den Zivilbundesdienst überführten Militärpersonen stattfinden möge.

In der letzten Zeit, verehrte Damen und Herren, mehren sich wieder die Fälle der Angriffe gegen Offiziere, und zwar generelle Angriffe. Das Offizierskorps hat gegen Einzelangriffe, wo sie berechtigt sind, nichts einzuwenden. Es war schon in der alten Armee Usus, daß wir unter den Offizieren Leute nicht geduldet haben, welche irgend etwas am Herdholz hatten und die dem Rechtsempfinden und dem sittlichen Empfinden des Volkes und des Standes nicht Rechnung getragen haben. Aber was ereignet sich in unserer Zeit wieder gegen Offiziere! Das Aufbauschen jedes kleinen Vorfalls, das Dr. Deutsch bei der Wehrmannschaft mit Recht

angenagelt hat, trifft bei den Offizieren in reichlichem Maße zu; ich bin der Auffassung, daß, wenn ein Wehrmann etwas stiehlt oder etwas anstellt, man nicht sagen darf: die Wehrmacht stiehlt oder ist schlecht. Aber ich möchte bitten, daß die gleiche Auffassung auch für Offiziere gilt. Da wird aber generalisiert. Lesen Sie die „Arbeiter-Zeitung“, was sich da alles gegen die Offiziere tut, wenn irgendwo eine Kleinigkeit vorfällt; in wiederholten Fällen entspricht aber die Notiz gar nicht den Tatsachen. Wir hatten einen Fall in der Tramway. Da ist ein Offizier des Bundesheeres in der Tramway gefahren; der Schaffner sagte zu ihm: Ich gebe Ihnen keine Karte, Sie haben die Medaillen nach außen gedreht, das gibt es bei uns nicht. Es entstand ein Krawall, der Offizier mußte, gezwungen durch andere Schaffner, die dazu kamen, die Medaillen abnehmen und die „Arbeiter-Zeitung“ hat einen Artikel gebracht und darin so quasi gesagt: Wir raten den andern Schaffnern, daß sie sich ebenso republikanisch verhalten, wie dieser Schaffner usw. Also eine glatte Verheerung gegen die Offiziere. Ich glaube, es ist das wenigste, was ein Offizier anstellen kann, wenn er mit seinen vor dem Feinde teuer erworbenen Auszeichnungen in der Wiener Tramway spazieren fährt. Wenn das auch schon ein Verbrechen ist, dann hört sich auch bei uns in der Republik langsam alles auf.

Der Herr Abgeordnete Dr. Bauer hat gesagt — ich war leider gerade nicht im Hause, aber ich habe es im stenographischen Protokoll gelesen —, im Momente, wo draußen die Wehrmänner ihr Leben lassen und vermutlich lassen werden, weil Kämpfe bevorstehen, schreibe die „Wehrzeitung“, das Organ eines Mitgliedes des Hauses, des Nationalrates Kollarz, daß Österreich die verächtlichste Republik sei. Ich bin der Sache nachgegangen, habe mir das Blatt geben lassen, und da stellt sich die Geschichte natürlich wesentlich anders dar. Eines muß ich vorweg erklären: Die Verbindung des Heldentodes braver Männer mit einer damit nicht im Zusammenhang stehenden politischen Äußerung, dem Bruchstück einer solchen, in einer Zeitung ist meiner Auffassung nach nicht nach jedermanns Geschmack. Und zweitens bin ich auch heute noch soviel Soldat, daß mir jeder vor dem Feinde gefallene Wehrmann, welcher Partei immer er angehört, lieber ist als die ganze Parteipolitik überhaupt. (Zustimmung.) Das kann man mir nicht übelnehmen, weil ich eben von Grund aus Soldat gewesen bin. Ich muß daher diese Äußerung des Herrn Dr. Bauer, die ich als eine — sagen wir — seltsame Konstruktion ansehe, als ehrlicher deutscher Mann und Offizier, auf das entrüstetste — auch im Namen meiner Standesgenossen — zurückweisen. Ich stelle schließlich fest, daß es in dem Artikel wörtlich hieß (liest): „Die Sozialdemokraten haben

aus der freiesten aller Republiken die verächtlichste gemacht.“ Das klingt doch wesentlich anders. Denn so wie es Dr. Bauer gebracht hat, sah es aus, als ob wir Gegner der Republik wären. Ich glaube aber, daß der ganze Satz, so gehört, wie wir ihn jetzt gehört haben, geradezu ein Bekenntnis zur demokratischen Republik darstellt. Wir sind aber derartige Kunststücke sattfam gewohnt und empfinden deshalb keine besondere Überraschung.

Ich muß bemerken, daß just der Stand der Offiziere und Berufsunteroffiziere der verelendetesten und natürlich am meisten abgebaute ist, und gerade dieser Stand hat sich am besten mit der Situation abgefunden. Sie alle und auch Sie, meine Herren von der sozialdemokratischen Partei, haben gewiß keine Komplikationen von seiten des Offizierskorps durchgemacht. Dieses war bis zum heutigen Tage von einer geradezu zahmen Bescheidenheit, die Sie selbst bei ihm nicht vorausgesetzt hätten. Sie ist aber ein Beweis dafür, wie sehr der durch eine schwere Schule des Lebens gegangene Berufsmilitär es versteht, den jeweiligen Zeitläufen Rechnung zu tragen, daß er in erster Linie an der Scholle und am Vaterlande hängt, daß er nicht ein Umstürzler ist, sondern ein Aufbauer. (Sehr richtig!) Sie wissen ganz genau, daß neben einem alten General ein junger Leutnant auf der Schuster- und Schneiderbank gesessen ist, um ein neues Gewerbe zu lernen, um am Wiederaufbau zu arbeiten, daß keiner sich geschämt hat, zu einer x-beliebigen Arbeit zu greifen. Schauen Sie hinaus auf das Land, unsere Leute haben sich als Knechte verbunden, sie sind in die Werkstätten, in die Banken gegangen, überall werden Sie fleißige altösterreichische Offiziere finden, die sich auch unter den jetzigen Verhältnissen im Wiederaufbau des Volkes vollauf bewähren.

Und wenn nun gerade dieser Stand seine Pflicht auch in der neuen Zeit in hervorragendem Maße erfüllt hat, so werde ich auch bei Ihnen nicht auf Widerspruch stoßen können, wenn ich Sie alle bitte, den Aufbau der weiterhin zu gründenden Existenzen unseres schwer bedrückten Berufsmilitärstandes zu unterstützen und damit auch mitzuhelfen an dem Wiederaufbau unserer Republik. Ich glaube, es ist zweifellos und jeder anständige Mensch muß es anerkennen, daß man einem schwer bedrückten Stand zu all den unvermeidlichen Hindernissen, die durch die Situation gegeben sind, nicht noch unnötige Hindernisse in seiner wirklich selbstlosen, treuen Arbeit im eigenen Interesse und im Interesse der Republik schaffen soll. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer (weler während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Baumgärtel; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Baumgärtel: Hohes Haus! Man hätte vermeint, daß die diesjährige Budgetdebatte über das Heereswesen ganz andere Formen annehmen würde als bisher. Bisher war es vor allem die Aufgabe der christlichsozialen Partei, bei jeder Gelegenheit die Wehrmacht dieses Staates als eine solche hinzustellen, die nie imstande sein werde, ihre Pflicht zu erfüllen, als eine Wehrmacht, die in dem Augenblick, wo es der Ernst der Zeit gebieten würde, versagen müsse, und wie diese Dinge alle hießen. Die Wehrmacht steht nun schon seit Wochen an den Grenzen unseres Landes, ja sie ist nunmehr über die alten Grenzen der Republik hinausgegangen und hat nun die Aufgabe, die Brosamen der Gerechtigkeit, die uns der Friedensvertrag von Saint-Germain in Form des Burgenlandes gegeben hat, zu schützen, die dortigen Bewohner von den ungarischen Banden zu befreien, kurz um die neuen Grenzen der Republik zu sichern. Und in diesem Augenblick, wo die Wehrmacht durch Wochen hindurch in einem Zustande, der alles andere denn neidenswert genannt werden kann, in einem Zustande, der so beschaffen ist, daß sie nicht einmal gegen die Kälte geschützt ist, wie es notwendig wäre, in diesem Augenblick, wo die Wehrmacht ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, erfolgt hier im Hause neuerdings derselbe Luftstich, wie wir ihn auch voriges Jahr erlebt haben.

Wir müssen uns einmal fragen: Wenn die Herren immer davon sprechen, daß die Wehrmacht nichts anderes sei, als ein Parteinstrument, wenn die Herren darüber jammern, daß die Wehrmacht nicht demokratisch eingerichtet sei, sind die Herren überhaupt imstande, zu begreifen, welche Wehrmacht einer demokratischen Republik eigentlich zukommt? Ich muß sagen, mich wundert es besonders von Herren dieses Hauses, die selbst Offiziere waren, daß sie heute noch wädhnen, eine Wehrmacht könne nur dann aufgebaut werden, wenn in ihr der alte Offiziersgeist herrsche, wenn der Offizier wieder zum unbedingten Befehlshaber und der Mann wieder einfach zur Null degradiert, das heißt zu einer Maschine wird. Sie sehen nun, meine Herren, die Wehrmacht, der das Notdürftigste fehlt, der der arme Staat nicht einmal die notwendigen Kleider zur Verfügung stellen kann, damit sie gegen die Kälte geschützt ist, die alles andere eher als eine Bezahlung hat, die einem Söldner entsprechen würde, der nur vom reinen Standpunkt der Bezahlung aus in die Armee eingetreten ist, kurz, eine Armee, der alle Voraussetzungen fehlen, daß einer in ihr ein sorgloses Leben führen könnte, tut ihre Pflicht trotz aller Anwürfe der Regierungspartei, erfüllt ihre Pflicht in hervorragendem Maße und hat sogar für diese Republik schon ihr Blut vergossen. Da müssen wir uns doch fragen: Ist da nicht irgendein sittliches Ideal vorhanden, das die

Leute zusammenhält, muß da nicht eine sittliche Forderung vorhanden sein, die die Leute zwingt, auszuharren, trotzdem sie nicht ausgerüstet sind, trotzdem sie verhältnismäßig schlecht entlohnt werden, kurz, trotzdem keine materielle Vorbedingung erfüllt ist? Aus den Ausführungen meines Freundes Dr. Deutsch ist es schon hervorgegangen: Sie begreifen oder wollen größtenteils die geänderten Verhältnisse nicht begreifen. Sie wollen vor allem nicht begreifen, daß die große Masse der Wehrmänner einem sittlichen Ideal nachhängt und nur aus diesem Ideal heraus überhaupt imstande ist, in einer so furchtbaren Zeit ihre Pflicht zu erfüllen. Dieses sittliche Ideal besteht in nichts anderem, als daß diese Männer heute nicht mehr als kadavergehorfame Leute mit der Waffe in der Hand hinausgehen, sondern daß diese Männer als gleichberechtigte Staatsbürger draußen sind und wissen, daß sie etwas Höheres zu schützen haben, wie einstmals, wissen, daß sie ihr Heimatland, ihr Vaterland zu schützen haben, wissen, daß alle ihre Arbeitskollegen, daß die gesamte werktätige Bevölkerung dieses Staates in den Fabriken, in den Unternehmungen den gleichberechtigten Staatsbürgern im Waffenrock die Waffen zur Verfügung gestellt hat, damit sie in Ruhe und Ordnung ihrer Beschäftigung nachgehen können, in der Gewißheit, daß die Freiheit, daß der freie Staat, die freie Republik geschützt ist. Und nur dieses eine sittliche Ideal ist es, das unsere Wehrmacht überhaupt aufrechterhalten kann. Meine Herren, Sie mögen sagen, was Sie wollen, Sie mögen Kübel des Unrats über die Wehrmacht und ihre Schöpfer ausschütten, wie Sie wollen, das eine steht fest, wird von der Geschichte bewiesen und läßt sich nicht ableugnen: Diese sittliche Idee war die Schöpfung meines Freundes Deutsch. Er hat den Wehrmännern den Weg gezeigt, der ihnen wirklich ein Ideal vorgeschrieben hat, der ihnen ermöglichte, nun auch all die Not und all das Elend zu ertragen für den einzigen hohen Gedanken, daß es darum geht, die Ruhe unseres verelendeten Staates zu wahren und zu schützen.

Und wenn man nun die Reden der christlichsozialen Redner von gestern genau verfolgt hat, so hat sich hier wieder das Typische, Verlogene der christlichsozialen Politik ausgeprägt, die geschickte Art und Weise, einen früheren Heeresminister, dann einen akademischen Bürger dieses Staates und zu guter Letzt wahrscheinlich einen Herrn aus Europa in die Debatte zu schicken und jedem eine andere Möglichkeit der Begründung zu geben. Der erste Redner der christlichsozialen Partei, der akademische Staatsbürger dieses Staates, der Herr Dr. Ferzabel, hat den ganzen Unratkübel der „Wiener Stimmen“ über die Wehrmacht ausgeschüttet. Man begreift das vielleicht dann, wenn man weiß, daß ja von diesem Herrn die Sage geht, daß er auch

vor Leichen nicht haltmacht, wenn es sich um Verleumdungen dreht. In einem Augenblicke, wo die Gräber der gefallenen Volkswehrleute kaum zugeschüttet sind, wo noch in uns allen der Schmerz zittert, daß wieder Blut vergossen werden mußte, in demselben Augenblick wagt es ein Mensch, von dem man schon annehmen muß, daß er weiß, was er tut und was er sagt, nachdem er über einen akademischen Bildungsgrad verfügt, den ganzen Schmutz und den ganzen Unrat eines Jahrganges der „Wiener Stimmen“ hier neuerdings über die Volkswehr auszuschütten.

Es war auch sehr interessant, seine einzelnen Begründungen zu hören. Er glaubte dem Hause eine große neue Idee vorzulegen, als er sagte, aus dem sozialdemokratischen Saulus sei ein Paulus geworden, da die Sozialdemokraten, die im alten Staate die erbittertesten Antimilitaristen waren, nun mit einem Male zu Militaristen geworden sind. Ich meine, es erübrigt sich wohl, auf diese Art der Demagogie in diesem Hause einzugehen. Ich möchte nur sagen, daß wir als Sozialdemokraten heute noch und immer unentwegte Antimilitaristen sind; aber wir haben in der Geschichte gelernt und wir haben erkennen gelernt, daß auch das arbeitende Volk die Waffen nicht früher aus der Hand geben darf, solange es noch andere Schichten im Staate gibt, die unter Umständen imstande sind, mit Waffengewalt das arbeitende Volk niederzuhalten. *(Beifall und Händeklatschen.)* Das ist für uns der maßgebende Grund, und solange nicht der Zeitpunkt in der Welt und im Staate eingetreten ist, daß entweder niemand oder daß alle Waffen tragen, solange werden auch wir dafür Sorge tragen, daß die Arbeiterklasse, daß die werktätigen Menschen nicht entwaffnet werden. Und wenn er sagt, Sowjetrußland habe doch bewiesen, daß der Militarismus in dem Augenblick, wo ein Stück Sozialismus verwirklicht werden soll, immer stärker wird, so ist ja auch das entweder nur aus Unkenntnis gesprochen oder eine Demagogie; denn er weiß genau, daß dieses Sowjetrußland durch Jahre kein anderes Bedürfnis hatte, als sich ruhig im Innern entwickeln zu können, und daß es gerade die kapitalistischen Staaten waren, die dieses Sowjetrußland in ununterbrochener Qual niedergehalten haben und es gezwungen haben, zu den Waffen zu greifen.

Das alles wäre noch erträglich. Aber der Herr Abgeordnete Jerzabek hat in seiner Rede meines Erachtens etwas getan, was — ich möchte mir den Ausdruck ersparen, der dafür der richtige wäre. Ich glaube, mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß der Herr Heeresminister seinerzeit im Anschluß uns vertrauliche Mitteilungen über den Waffenstand, vertrauliche Mitteilungen über den Feuergewehrstand im Burgenland und über andere Dinge gegeben hat. Dem Herrn Abgeordneten

Dr. Jerzabek ist es vorbehalten geblieben, gestern hier im offenen Hause diese, meines Erachtens vertraulichen Mitteilungen der Öffentlichkeit bekanntzugeben, obgleich er ganz genau wußte — und ich beschuldige ihn da, daß er bewußt gelogen hat — daß diese 7500 Mann, die er angegeben hat, nichts anderes bedeuten, als den Feuergewehrstand, weil er bei dem ausführlichen Referate des Heeresministers anwesend war, und es seiner Intelligenz schon zugute zu halten ist, daß er weiß, daß er in diesem Augenblick eine bewußte Unwahrheit gesagt hat. Es kam in allen Reden zum Ausdruck, daß über die Frage des Burgenlandes, über den ganzen Aufbau, über den Einmarsch unserer Truppen nicht zuviel gesprochen werden soll. Der Herr Abgeordnete Dr. Jerzabek hat aber gestern ohneweiters Ziffern angegeben, die tatsächlich nichts anderes bedeuten als, ich möchte sagen, ein Zuhältertum für die ungarischen Banden. *(Lebhafte Zustimmung. — Zwischenrufe.)*

Nach dem Herrn Abgeordneten Dr. Jerzabek ist der Herr Abgeordnete Vaugoin auf die Tribüne getreten, und da hat sich wiederum die ganze Zwiespältigkeit und Verlogenheit der christlichsozialen Politik gezeigt, denn der Herr Abgeordnete Vaugoin hat ganz kalten Herzens seinen Klub- und Gesinnungsgenossen Dr. Jerzabek fallen gelassen, indem er erklärte, daß man ihn nicht verantwortlich machen kann für jede Rede eines Mitgliedes der christlichsozialen Partei. *(Abgeordneter Vaugoin: Das habe ich nicht gesagt!)* Es mag sein, daß Sie es nicht mit diesen Worten gesagt haben, aber es ist Tatsache, daß Sie gestern von diesem Tische aus erklärt haben, ich bin weder dafür verantwortlich, was unsere Zeitungen schreiben, noch kann ich die Verantwortung für die Rede eines Christlichsozialen tragen. *(Zwischenrufe.)* Es ist das ja die berühmte Taktik, daß der eine angreift und der andere wieder den Balsam gibt.

Wollen wir von dem gestrigen absehen und uns anschauen, wie Sie arbeiten, wie der Herr Abgeordnete Vaugoin als Heeresminister gearbeitet hat. Hier, von dieser Stelle aus, erinnere ich mich noch deutlich — es war das Ministerportefeuille noch nicht in seiner Tasche, aber es war schon nahe im Anzuge —, hat er die Erklärung abgegeben: Heute ein Urteil über die Wehrmacht abzuschließen wäre verfehlt, man müsse der Wehrmacht mindestens noch ein oder zwei Jahre Zeit lassen, dann könne man erst ein abschließendes Urteil darüber fällen. *(Abgeordneter Vaugoin: Sehr richtig!)* Der Herr Abgeordnete Vaugoin sagt „sehr richtig“ in dem Augenblick, wo er sich darüber aufregt, weil ich ihm zum Vorwurf mache, daß tagtäglich die christlichsozialen Abgeordneten, die Abgeordneten seiner Partei über die Wehrmacht Urteile fällen, die auf keiner anderen Basis beruhen, als auf der Basis

der Demagogie. *(Zwischenrufe.)* Der Herr Abgeordnete Baugoin ist als Heeresminister hervorgegangen und hat draußen in salbungsvoller Weise den Freund der Soldaten gespielt. Er hat auch einmal den Versuch gemacht, bei den Soldaten so hie und da anzufragen, aus welchen Gründen sie in die Wehrmacht eingetreten sind, und er hat im Heeresausschuß eines Tages erklärt, daß ihm der größte Teil dieser Wehrleute erklärt hat, sie seien aus keinem anderen Grunde in die Wehrmacht eingetreten, als weil sie arbeitslos waren.

Ich habe damals nicht Gelegenheit gehabt, Ihnen, Herr Abgeordneter Baugoin, im Heeresausschuße zu antworten, weil die Sitzung geschlossen wurde. Ich hätte Ihnen damals gesagt, daß es doch aufrichtiger und ehrlicher und offener gewesen wäre, zu sagen, daß in Linz und in allen Städten die Wehrmänner dem Herrn Minister erklärt haben: „Ich bin in die Wehrmacht zum Schutze der Republik eingetreten.“ *(Zwischenrufe.)* Wenn alle diese Leute wirklich nur zu dem Zwecke in die Wehrmacht eingetreten wären, um sich vor der Arbeitslosigkeit zu schützen, dann wäre es nicht möglich, daß diese Leute heute in Sturm und Schnee draußen ohne weiteres so ihre Pflicht erfüllen; dann wäre es nicht möglich gewesen, daß in dem Augenblicke, wo die Regierung dieses Landes von den Soldaten verlangt, daß sie hinausziehen, um die Grenze zu schützen, dies in musterhafter Art und Weise geschehen ist, in einer Form, um die die alte Armee die neue Wehrmacht hätte beneiden können. Wenn, meine Herren, in unserer Wehrmacht ein höheres sittliches Ideal steckt als in der alten Wehrmacht — das weiß der zu schätzen, der selbst Soldat war, der selbst an der Front gestanden ist und gesehen hat, daß in dem Augenblicke, wo dieses falsche christlich-monarchistische Ideal in den Herzen der Soldaten zusammengebrochen war, auch die Armee als solche zusammengebrochen ist —, so werden Sie mir zugeben, daß die Wehrmacht heute zu hoch steht, als daß wir sie nur als eine große Bande von Arbeitslosen ansehen können, wie sich der Herr Abgeordnete Baugoin ausgedrückt hat, denn eine solche könnte nie die sittliche Kraft aufbringen, für diese Republik zu kämpfen. Sie könnte diese deswegen nicht aufbringen, weil ein großer Teil der Abgeordneten dieses Hauses keine andere Aufgabe sieht, als die Wehrmacht ununterbrochen zu besiegeln und ununterbrochen gegen die Wehrmacht zu heizen. *(Abgeordneter Vaugoin: Das heißt man die Worte verdrehen! Das ist eine verlogene Kampfesweise!)* Ich bitte, Herr Abgeordneter Baugoin! Abgesehen davon, daß ich den Vorwurf der Verlogenheit zurückweise ... *(Abgeordneter Vaugoin: Sie haben ihn zuerst erhoben!)* Ich habe ihn Ihnen gegenüber nicht ausgesprochen, sondern gegenüber einem anderen Mitgliede Ihres Klubs und den halte ich auch aufrecht.

Ich habe gestern im stillen gehofft, daß die beiden berufensten Faktoren in diesem Hause, die beiden einstmaligen Heeresminister, die Debatte im größeren Stile führen würden und habe gemeint, daß auf die großangelegten Ausführungen meines Freundes Deutsch der spätere Heeresminister Baugoin entsprechend antworten würde. Der Herr Abgeordnete Baugoin hat das geschickter gemacht. Er hat aus der ganzen Rede des Abgeordneten Deutsch nichts anderes herausgesucht als den Angriff gegen den Oberstleutnant Gasteiger, hat diese kleine Geschichte, die kaum der Rede wert war, im Parlament ausführlich besprochen zu werden, sofort zu einer Haupt- und Staatsaktion gemacht und hat hinter dieser Haupt- und Staatsaktion alles das verborgen, was er nicht sagen wollte, und was er in der Polemik gegen den Abgeordneten Dr. Deutsch nicht vorbringen wollte. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte, keine Aufregung! *(Fortdauernde lebhafte Zwischenrufe.)* Ich bitte, meine Herren, den Redner fortfahren zu lassen.

Abgeordneter Baumgärtel: Nun bin ich aber in der Lage, dem Herrn Abgeordneten Baugoin auch nachzuweisen, daß der Oberstleutnant Gasteiger, den er gestern hier mit Feuer und Flamme verteidigt hat, ein Mensch ist, der zweifelsohne ehebaldigt aus der Wehrmacht ausgeschieden gehört. Der Oberstleutnant Gasteiger, von dem der Herr Abgeordnete Baugoin gestern erklärte, daß er eine nahezu zweijährige Felddienstzeit hinter sich habe, hat seine Felddienstzeit in Formen verbracht, die jedem, der selbst Soldat und im Felde war, gut bekannt sind.

Er ist mit der Marschkompagnie bis in die Etappe gegangen, und hat dann einmal das große Glück gehabt, den Namen Col di Lana, an den sich der Tod tausender Kaiserjäger knüpft, auch in sein Protokoll aufnehmen zu dürfen. Er ist in der Zeit des tiefsten Winters in der Umgebung des Col di Lana drei Monate Abschnittskommandant gewesen, und hat dort am warmen Ofen in der Nähe des Baldes bei Arabe, wo eine feindliche Kugel überhaupt nicht hinkommen konnte, vier friedliche Monate mit Essen und Trinken zugebracht. Das wird als große Felddienstleistung eines aktiven Offiziers gemeldet, und wenn wir uns nun überlegen, daß dieser Oberstleutnant selbst nach dem Schlüssel der Gerechtigkeit in der Wehrmacht nichts zu suchen hatte, nachdem er von 280 Oberstleutnants der 150. war, der eine Berechtigung hätte, in die Wehrmacht aufgenommen zu werden — das ist Kameradenurteil —, so sehen wir daraus wohl am besten, daß Sie gestern jemanden verteidigt haben, von dem Sie,

wenn Sie in der Wehrmacht gerecht vorgehen und Protektion verhindern wollen, besser geschwiegen hätten. Aber selbst wenn der Oberstleutnant Gasteiger fünf Jahre Felddienst hätte, ist die ganze Art und Weise, wie er in der neuen Wehrmacht den Dienst versteht, eines Offiziers der neuen Wehrmacht unwürdig. Er soll die Konsequenzen daraus ziehen und aus der Wehrmacht, die er haßt und in der er die Wehrmänner nur drangsaliieren will, ausscheiden. Er soll auch jetzt wieder einmal simulieren, wie er es im Kriege getan hat. Dort konnte man ihm nachweisen, daß er als Gelenksrheumatiker alle zwei bis drei Monate in das Hinterland zurückgegangen ist. Und merkwürdig! In dem Augenblicke, wo der Krieg aufgehört hat, war der Oberstleutnant Gasteiger ein gesunder Mensch, wurde nie mehr krank; aber er praktiziert jetzt auch wieder im Berufe dasselbe, was er während des Krieges getan hat, sich dort hinzusetzen, wo er im sichern Hinterhalte steckt und mit den Truppen eigentlich gar keinen Kontakt hat. Vor mir liegt eine Skizze, die mir übermittelt wurde, aus der hervorgeht, daß er selbst bei dem Vormarsche seine alte Gewohnheit, sich nach Möglichkeit dort aufzuhalten, wo keine Kugel pfeift, beibehalten hat. Während das Bataillon im Vormarsche war, blieb er weiter in Ebenfurt zwei bis drei Kilometer hinter der Front. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Mensch in der Wehrmacht seine Pflicht erfüllen soll, und wir machen keinen Unterschied zwischen Offizier und Mannschaft. Es liegt uns vollständig fern, jene Offiziere, die der Republik den Treueid geschworen haben und ihre Pflicht in der Wehrmacht erfüllen, als Menschen zu betrachten, gegen die wir in irgendeiner Form Stellung nehmen müssen. Wir wünschen nichts anderes, als daß diese Wehrmacht eine Wehrmacht zum Schutze der Freiheit, die wir durch Millionen von Leichen errungen haben, wird, und wir wünschen, daß diese Wehrmacht mit ihren Führern einzig und allein ein Interesse kennt, das Interesse der Republik.

Wenn Sie uns den Vorwurf machen, daß die Wehrmacht sozialdemokratisch ist, und wenn selbst Herr Oberst Kollarz diesen Ausdruck gebraucht hat, so bedaure ich das. Denn es hat eine Zeit gegeben, wo die Werbungen für die Wehrmacht eingesetzt haben, und ich erinnere mich aus dieser Zeit, daß von jeder Dorffanzel in Oberösterreich herunter der Pfarrer Sonntags den Bauernknechten und Bauernsöhnen gepredigt hat, daß es ihre heiligste Pflicht ist, in die Wehrmacht einzutreten, die den Schutz dieses Staates darstellen soll. Aber Herr Abgeordneter Baugoin hat gestern ein ganz richtiges Wort gebraucht, indem er gesagt hat: Zahlen Sie den Volkswehrleuten höhere Gebühren, so werden Sie auch Hofräte für die Volkswehr finden. Das möchte ich auf die Herren Bauernsöhne anwenden, auf Ihre Söhne, die Gelegenheit gehabt hätten, in die

Wehrmacht einzutreten, die es aber nicht notwendig gehabt haben, die nicht das Bedürfnis gehabt haben, die Republik zu schützen, sondern die sich eben abseits gestellt haben.

Wenn gestern ein Redner sagte, daß der Bauer immer das beste Element beim Militär war, so sage ich Ihnen nur, daß gerade dieser Krieg das Gegenteil bewiesen hat. War der russische Bauer als Soldat imstande, gegen den intelligenten deutschen Industriearbeiter in irgendeiner Form aufzukommen? War es nicht gerade die hohe Intelligenz der Industriearbeiter in allen Staaten, die imstande war, tatsächlich erstklassiges Soldatenmaterial zur Verfügung zu stellen? Außer man geht von dem Standpunkt aus, daß die Aufgabe des Soldaten darin bestehen muß, daß, wenn ihm ein Richtumknopf angegeben wird, er dort hinrennen muß, auch wenn er bei den nächsten zwei bis drei Schritten schon vom Maschinengewehr niedergemäht wird. Von diesem Standpunkte mag es sein, daß die eine oder die andere Gruppe bessere Soldaten waren.

Ich muß offen sagen, daß ich mich, als ich mich zum Worte meldete, geglaubt habe, daß mir in diesem Jahre eine derartige Polemik gegen die christlichsoziale Partei und auch gegen den Herrn Abgeordneten Kollarz erspart bleibt, denn wenn der Herr Abgeordnete Kollarz mit großer Entrüstung sagte, er müsse es zurückweisen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch dem Bürgertum den Vorwurf machte, daß es der Wehrmacht feindlich gesinnt war, so meine ich schon, daß der Herr Abgeordnete Kollarz allein das Bürgertum nicht verkörpert, aber tatsächlich Teile des Bürgertums vorhanden sind, die die Wehrmacht, trotzdem sie eine Staatsmacht ist, trotzdem sie nichts anderes bedeuten soll, als die Verteidigung unseres Volkes und unseres Landes, damit wir in Ruhe und Frieden wenigstens im Innern arbeiten können, überall, wo es nur möglich ist, mit Haß übersäen.

Sie haben, meine Herren, kein Recht, die Wehrmacht als eine sozialistische Institution hinzustellen; Ihnen fehlt das Recht hiezu deswegen, weil Sie gar nicht verlangen könnten, daß auch nur ein Wehrmann Ihrem Rufe Folge leistet, die Sie seit drei Jahren nichts anderes tun, als alles das, was die Wehrmacht tut, zu beschmutzen und zu verleumdern. An Ihnen sind die Zeiten von Linz und Wien, wo gerade damals die Volkswehr ungeheures Unglück verhindert hat, spurlos vorübergegangen. (Zwischenrufe.) Lachen Sie nicht zu früh; vielleicht wäre es damals eine bessere Lehre für Sie gewesen, wenn die Volkswehr nicht dort gestanden wäre und Sie gesehen hätten, welches Elend dort angerichtet wurde.

Es war sehr erfreulich, aus dem Referate des Herrn Berichterstatters zu entnehmen, daß auch er an alle Parteien dieses Hauses das dringende

Ersuchen richtete, die Werbungen fortzusetzen, um endlich unsere Wehrmacht auf den vollen Stand zu bringen. Es würde ein Kapitel für sich bedeuten, und man müßte sehr lange darüber sprechen, wenn man alle Widerstände, die den vollständigen Aufbau unserer Wehrmacht entgegenstanden, nur kurz schildern wollte. Aber ich möchte doch feststellen, daß besonders in den Ländern draußen ein ungeheurer Widerstand von Seiten der christlichsozialen Funktionäre vorhanden ist, daß aber auch von Seiten der Funktionäre der deutschfreihheitlichen Partei in den einzelnen Ländern merkwürdigerweise große Widerstände entgegengesetzt werden. Es ist dies sehr merkwürdig, wenn man sich überlegt, daß die deutschfreihheitliche Partei es war, die in ihrem Programm sagte: Endlich sind wir ein Staat mit einheitlicher Sprache, endlich sind wir Deutsche in diesem Staate vereinigt. Und doch nimmt heute schon der eine oder andere Landeshauptmann-Stellvertreter eines Landes eine Qualifikation der Deutschen vor, indem der Oberösterreicher mit 1 a und der Wiener mit 2 oder 3 qualifiziert wird!

Unter diesen Umständen werden Sie nicht imstande sein, unsere Wehrmacht so auszubauen, daß sie wirklich schlagfertig ist, und solange Sie nicht die feste Absicht haben, die Wehrmacht zumindest nach dem Stande, den uns der Friedensvertrag vorschreibt, auszubauen, wird es Ihnen auch nichts nützen, die Offiziere ergänzen zu wollen, weil wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkte stehen, daß erst, wenn der volle Mannschaftsstand vorhanden ist, auch der volle Offiziersstand durchgeführt werden kann. Wir verwahren uns aber dagegen, daß man zwar den vollständigen Offiziersstand aufstellt, den Mannschaftsstand aber auf zwei Drittel des nach dem Geleiche feststehenden Mannschaftsstandes reduziert.

Ich möchte nur kurz noch einige Fragen streifen und besonders den Herrn Bundesminister für Heereswesen auf die Zustände in der vierten Brigade aufmerksam machen. Die vierte Brigade hat als Oberstbrigadier den Oberst Glöckner. Der Oberst Glöckner ist jedem, der Oberösterreich nur halbwegs kennt, als ein Mensch bekannt, der, vielleicht nicht einmal aus böser Absicht, aber jedenfalls zu allem anderen eher als zu einem Brigadier in einer demokratischen Armee geeignet ist. Der Oberst Glöckner ist es, der an jedem Tag der Wiederkehr der Republik immer und immer wieder Reden gehalten hat, die mit dem Eid, den er der Republik geschworen hat, nicht in Einklang zu bringen sind. Der Oberst Glöckner ist aber auch einer jener Menschen, die je nach dem Forum, vor dem sie stehen, ähnlich wie ein Chamäleon die Farbe wechselt. Er hat nichts von dem Takt des alten geraden Offiziers, den er eigentlich haben sollte, sondern er ist einer jener Menschen, die es geschickt verstehen, sich nach ihrer Umgebung zu richten. Wir

mußten die Beobachtung machen, daß in dem Augenblick, als die Brigade nach Niederösterreich, nach Wiener-Neustadt kam und dort in enge Fühlung mit den Arbeiterkreisen trat, der Herr Oberst Glöckner der beste Brigadefeldkommandant war, den man sich nur vorstellen kann; er hat weder den Vertrauensmännern in der Wehrmacht, noch sonst in irgendeiner Form der Wehrmacht etwas in den Weg gelegt; er hat sich streng an seine Vorschriften gehalten, ein Zustand, den wir begrüßen, denn wir verlangen nichts anderes, als daß der betreffende Kommandant sich an seine Vorschriften hält. Ganz anders wurde die Situation in dem Augenblick, als Oberst Glöckner mit seiner Truppe in das Burgenland einzog; ganz anders wurde die Situation, als die Truppe von der Arbeiterschaft losgelöst war, und als Oberst Glöckner glaubte, daß die Zeit gekommen sei, in der er den Diktator über seine Brigade spielen könnte.

Es ist eine Infamie und es gehört tatsächlich eine kalte Brutalität dazu, an Leute, die mit schlechten Mänteln, mit schlechten Schuhen ausgerüstet sind, kurzum, die unter Aufbietung all ihres Pflichtgefühles ihre Pflicht erfüllen, einen Befehl des Inhaltes hinauszugeben: Die Dienstzeit dauert von der 0. bis zur 24. Stunde. Was wollte Oberst Glöckner mit diesem Befehl? Er hat damit eine brutale Rechtsbeugung begangen, denn seine Absicht bestand ja nur darin, durch Ansetzung des Dienstes von 0 bis 24 den Soldaten die ihnen gesetzlich garantierten bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte zu nehmen. Er wollte damit nichts anderes erreichen, als daß sämtliche Wehrmänner kein Recht mehr haben, auch nur ein politisches Gespräch zu führen, ja daß sie vielleicht sogar wegen Lesens einer politischen Zeitung in Disziplinaruntersuchung kommen. Wir müssen den Herrn Heeresminister darauf aufmerksam machen, daß uns dies nicht nur von einer Seite, sondern von verschiedenen Seiten zur Kenntnis gebracht wurde, und daß wir darauf bestehen, daß diese Zustände abgeschafft werden. Es geht nicht an, in einem Augenblick, wo wir an den Idealismus unserer Soldaten große Anforderungen stellen, ihnen womöglich den Idealismus dadurch zu nehmen, daß man sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu degradieren versucht.

Die Wehrmänner beklagen sich auch darüber, daß sie seit Wochen nicht in den Besitz einer Zeitung kommen können, und daß sie nicht einmal das bescheidene Blättchen der Heimat, das die sorgsame Frau einpackt und unter Aufopferung der paar Kronen, die sie als Porto bezahlt, wegschickt, in ihre Hände bekommen. Wir fragen uns, wo denn diese Zeitungen wochenlang aufgestapelt werden, und ob die Absicht vorhanden ist, die Wehrmänner wieder brutal auszuliefern und ihnen nicht einmal

die Möglichkeit zu geben, sich mit der Zeitung zu beschäftigen. Glauben Sie wirklich, dadurch Zustände wieder herbeiführen zu können, wie sie im alten Heere bestanden, wo dem Soldaten zunächst klargelegt wurde, daß er gar nichts bedeutet, daß er kein Gehirn haben dürfe und nur eine Maschine sei? Der Mann will zum mindesten wissen, was in der Heimat vorgeht; er will als gleichberechtigter Staatsbürger behandelt werden, und als solcher hat er ein Recht, zu erfahren, was im Hinterlande vorgeht. Wir möchten insofern den Herrn Heeresminister bitten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wer vor allen Dingen dieses Verbot des Nachschubes der Zeitungen hinausgegeben hat, und warum die Zeitungen nicht in die Hände der Soldaten kommen.

Das gleiche gilt auch von der Behandlung der Vertrauensmänner. Sie mögen über die Frage der Vertrauensmänner denken wie Sie wollen. Ich selbst war jahrelang ein solcher und habe selbst den Aufbau vom ersten Tag des Zusammenbruches an mitgemacht, ich weiß, wenn Sie es auch zehnmal bestreiten, was wir den Volkswehrleuten schuldig sind, was für Elend und Unglück sie verhüten haben. Ich weiß, daß damals die Verbitterung in den Massen der Soldaten so groß war, daß sie in den letzten Wochen an der Front nur das einzige Bedürfnis gehabt haben, heimzukommen, um Rache zu nehmen an all denen, die dieses Verbrechen begangen haben, Rache zu nehmen, an all denen, die sie solange zum besten gehalten haben. Und war es nicht gerade das, ich möchte sagen, Reservoir der Volkswehr, das alle diese Verzweifelten und Verelendeten, als sie heimkamen, aufgenommen hat, damit sie sofort wieder einem menschlichen Zweck zugeführt wurden, dem Zweck, mitzuhelfen, all das, was noch nicht vernichtet war, zu schützen? Und dagegen geht die Flut der Verleumdung. Warum? Weil es in der Hauptsache Arme, Verzweifelte waren, die im Krieg alles verloren hatten, und weil ihre Söhne nach Hause gekommen sind, zwar nicht revolutionär, aber empört, aber bei ihnen die Empörung sich sehr bald gelegt hat, als sie den feisten Schinken, den guten Most wieder auf dem Tisch im Hause des Vaters sahen. Und da hat selbstverständlich keiner das Bedürfnis mehr gehabt, der Volkswehr anzugehören, sondern es waren wieder die Ärmsten der Armen, die in die Volkswehr eintreten mußten, und die dann auch in der Volkswehr zum größten Teil ihre Pflicht erfüllt haben.

Der Herr Abgeordnete Kollarz hat darüber Klage geführt, daß es ausgerechnet der Ausschuß für Heereswesen sei, der sich die Berechtigung genommen hat, in der Frage der Offiziersergänzung mitzusprechen zu können. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Offiziersergänzung dann durchgeführt werden kann, wenn Sie Ihre Vertreter in den

Ländern endlich einmal veranlassen, in die Wehrmacht nicht einen Kantönligeist hineinzutragen, nicht die Vändertrottelosigkeit in der Wehrmacht durchzuführen, weil die Wehrmacht für uns nur dann einen Zweck hat, wenn sie wirklich ein einheitliches Gebilde ist. Veranlassen Sie Ihre maßgebenden Faktoren in den Ländern diesen ihren Widerstand aufzugeben, veranlassen Sie, daß endlich die Wehrmacht auf die Höhe gebracht wird, die der Friedensvertrag vorschreibt, und wir haben absolut nichts einzuwenden, daß auch die notwendigen Offiziersergänzungen vorgenommen werden. Dabei möchte ich aber den Herrn Bundesminister für Heereswesen auf eines aufmerksam machen: Es sind viele Menschen, die in der Wehrmacht, im Dienste der Republik ihre Lebensaufgabe sehen. Die gesetzgebende Körperschaft hat ihnen durch das Wehrgesetz garantiert, daß sie vom einfachen Mann zum Offizier, zum Führer der Truppe ernannt werden können. Wir möchten ausdrücklich betonen, daß vor allen Dingen die Ergänzung der Führer der Wehrmacht aus dem Mannschaftsstande zu geschehen hat, weil das auch ein Bindeglied von großer moralischer Bedeutung ist, weil der betreffende Wehrmann dann sieht, daß er sich einen Beruf geschaffen hat, der einzig und allein darin besteht, als vollständig gleichberechtigter Staatsbürger das Staatswesen zu schützen.

Und nun meinen wir über die Wehrmacht folgendes: Wir sagen, daß eine Wehrmacht, die, obgleich ihr der arme Staat, wie ich schon einmal betont habe, bei weitem nicht das zur Verfügung stellen kann, was notwendig wäre, um sie wenigstens vor Kälte und vor den Unbilden, denen sie ausgesetzt ist, zu schützen, eine Wehrmacht, die trotzdem ihre Pflicht tut, nicht eine solche Bande sein kann, die nur das Bestreben hat, nach Möglichkeit den Sold zu erhalten, sondern eine solche Wehrmacht ist von sittlichem Geist getragen, und wer nur etwas gerecht urteilt, muß darauf stolz sein, daß in einer dreijährigen Bewährung nach einem solchen totalen Zusammenbruch eines ganzen Landes die Wehrmacht sich heute so herausgearbeitet hat, daß von berufenem Munde und von der berufenen Stelle ausgesprochen werden muß, daß jeder, der es ernst mit dem Gedanken der Republik, mit dem Gedanken des freien Staates meint, heute die Aufgabe hat, diesen Männern, die draußen in eisiger Kälte ihre Pflicht mmentwegt tun, zuzurufen: Wir danken Euch! Das Volk Deutschösterreichs dankt Euch! (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident **Reith** (*welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat*): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete **Luttenberger**.

Abgeordneter **Luttenberger**: Hohes Haus! Gestatten Sie auch mir als bäuerlichen Vertreter,

daß ich einigen Worte über das Kapitel Heereswesen verliere. Wenn wir das Budget über das Kapitel Heereswesen anschauen, so sehen wir, daß wohl eine ziemlich bedeutende Summe für unsere Wehrmacht ausgeworfen wird. Ich glaube, im jetzigen Moment ist diese Summe bereits durch den Niedergang unserer Krone bedeutend überholt; aber immerhin ist diese Ausgabe für die verhältnismäßig kleine Anzahl von Wehrmännern sehr groß; zwar hat der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch gemeint, daß sie viel zu klein sei.

Nun einige Worte über unsere Wehrmacht selbst. Es ist Ihnen allen zu gut bekannt, daß durch das Friedensdiktat von Saint-Germain uns dieses Söldnerheer aufgezwungen worden ist. Wir mußten uns wohl oder übel mit diesem Söldnerheer zufrieden geben. Daß nun das Söldnerheer nicht ein solches sein kann wie ein aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutiertes Heer ist klar.

Welche Aufgabe hat denn dieses Söldnerheer? Eine Wehrmacht hat vor allen Dingen die Aufgabe, die Regierung und Gesetzgebung und den Staatsbürger zu schützen. Um diese Aufgaben und Pflichten erfüllen zu können, dazu gehören verschiedene Grundtugenden, und unter diesen Grundtugenden stelle ich mir zwei hauptsächlich Tugenden vor, und das ist die Disziplin und die Autorität. Ohne Disziplin und Autorität wird es unmöglich sein, aus einem Heere etwas Praktisches zu machen. Wie schaut es nun mit der Disziplin und Autorität in unserer Wehrmacht aus? Ich gebe zu, und ich freue mich, das zugeben zu können, daß es sich in vielen Dingen diesbezüglich bereits gebessert hat. Aber vergessen wir nicht, es ist noch lange nicht so, wie es sein soll. Man hört ab und zu leider allzu berechnete Klagen über Disziplinarvergehen der Wehrmänner gegenüber Offizieren. Nun wird von sozialdemokratischer Seite ständig behauptet, natürlich, die Christlichsozialen wollen wieder eine solche Armee wie sie früher in der Habsburger-Monarchie war. Nein, wir wissen ganz genau, und ich selbst als Soldat weiß es, wieviel sich da manchmal zugegetragen hat, was nicht gut war, was wir ebenso verurteilen wie Sie. Aber wir wollen in der neuen Wehrmacht, die auch von den Steuergeldern der bürgerlichen Bevölkerung gezahlt ist, auch Disziplin haben, damit die neue Wehrmacht eine Truppe der Ordnung für jeden Staatsbürger, für Staat und Gesetzgebung sei.

Autorität! Es muß ja — das ist schon ein Naturgesetz — Untergebene und Vorgesetzte geben, und die Vorgesetzten haben eben als solche eine viel höhere Verantwortung als die Untergebenen. Infolgedessen hat der Untergebene in gewisser Beziehung seinem Vorgesetzten Folge zu leisten. Und so auch beim Militär. Man hört aber ab und zu, daß es diesbezüglich in unserer Wehrmacht stark

hapert. Ich gebe zu, es hat sich ziemlich viel gebessert. Ich möchte nur einen Fall anführen. Als wir das Burgenland zum ersten Male besetzen sollten, in den August- und Septembertagen dieses Jahres, waren unsere Leute unten an der steirisch-niederösterreichischen, Grenze, und als man sie zurückziehen mußte, waren sie dort in den Grenzorten versammelt. Da hat sich nun in Feiring in Steiermark folgender Fall zugetragen: Nach der Befehlsverlesung hat ein gewisser Major Hubritius zwei Wehrmänner ersucht — er hat es nicht befohlen —, er hatte sie in höflicher Weise ersucht, ihm zwei Kisten, ich weiß nicht, was darin war, in seine Wohnung zu tragen. Was ist darauf geschehen? Was glauben Sie wohl? Die Wehrmänner haben gesagt: Tragens es Ihnen selbst hinein . . ., ich will mich hier im hohen Hause nicht so ausdrücken und die Äußerung nicht weiter wiedergeben. (*Abgeordneter Sever: Sie sind ja keine Puckeltrager!*) Wenn auch nicht . . . (*Abgeordneter Sever: Sie tragen ja auch nicht!*) Ich hätte es getragen, ich hätte soviel Respekt gegenüber dem Offizier gehabt, daß ich es getan hätte. (*Zwischenrufe.*) Das wissen wir schon, daß Arbeit bei Ihnen eine Nebensache ist. Was ist nun geschehen? Der betreffende Major hat seinen Unmut darüber Ausdruck gegeben, vielleicht hat er sogar geschimpft, nach meiner Meinung vollständig mit Recht. Darauf ist der hochlöbliche Soldatenrat zusammengetreten und hat bewirkt, daß der Major von der Truppe entfernt worden ist.

Ich frage Sie, ob dieses Vorgehen der Mannschaft gerechtfertigt ist, ob damit die Disziplin sich gebessert hat? Und solcher Fälle ereignen sich leider sehr viele. Da darf es Sie dann nicht wundern, verehrte Herren von der sozialdemokratischen Seite, daß die Bevölkerung draußen, die bürgerliche Bevölkerung, nicht das Vertrauen zu dieser Wehrmacht hat, wie es sein soll.

Das ist nur ein einziger Fall, ich will keine weiteren anführen. Schon daraus ersieht man, daß, wenn man von gewisser Seite systematisch die Vorgesetzten, die Offiziere in den Kot zieht, sie verleumdet usw., damit der Disziplin ein äußerst schlechter Dienst erwiesen wird und damit auch dem ganzen Staate.

Nun möchte ich ein paar Fälle anderer Art anführen, die auch nicht danach angetan sind, das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung in die Wehrmacht zu heben. Erst am vergangenen Samstag hat sich in dem oststeirischen Marktflecken Burgau folgendes ereignet. Es betrifft einen Offizier.

Ich würde nur wünschen, daß der Herr Bundesminister für Heereswesen anwesend wäre, um sich die Sache notieren zu können. Zu einem Besitzer Hackel kam nachmittags ein Offizier und beanspruchte ein Zimmer. Der Besitzer konnte es ihm nicht geben,

weil er keines hatte. Da hat ihm der Offizier einfach gesagt: Sie haben Ihr Schlafzimmer — das Schlafzimmer, das er mit seiner Ehegattin teilte — mir zu überlassen, widrigenfalls geschieht das und das. Der Besitzer hat gesagt, das könne er nicht. Darauf hat ihn der Offizier einfach beim Kragen gepackt und das Bajonett angelegt.

Ein anderer Fall, der sich an demselben Tage zugetragen hat. Zu einem Besitzer Wagner sind eine Menge Volkswehrleute gekommen — Wehrmänner, wie man heute sagt — und haben einfach zu ihm gesagt: Sie haben überhaupt nichts zu reden, die Wohnung gehört jetzt uns. (Heiterkeit und Zwischenrufe.)

Meine Herren! Wenn sich solche Dinge ereignen, dann können Sie doch nicht verlangen, daß in der Bevölkerung Vertrauen zur Wehrmacht besteht. (Zwischenrufe.)

Sie lachen darüber, Sie täten aber viel besser, diese Dinge zur Kenntnis zu nehmen und nicht zu viel zu hegen, sondern einen besseren Geist in die Wehrmacht zu bringen, nicht den des Mysteriums von der „Arbeiter-Zeitung“. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Das ärgert Sie natürlich, wenn man Sie bei der Wahrheit erwischt. (Abgeordneter Sever: Wir werden schon ganz rot! — Lebhaftes Heiterkeit.) Sie werden ja gar nicht mehr rot, Herr Landeshauptmann, weil Sie sich nicht mehr schämen.

Nun möchte ich eine andere Angelegenheit zur Sprache bringen. Die Leute an der steirisch-ungarischen Grenze mußten Vorspanndienste leisten, und diese sind wohl sehr schlecht bezahlt. Für einen ganzen Tag Fuhrwerksleistung 258 K.

Ich glaube, da müssen auch die Herrschaften von der Linken zugeben, daß das viel zu wenig ist. Es wird Zeit sein, daß von seiten des Heeresministeriums sobald wie möglich Änderungen geschaffen werden, denn Sie können von keinem Besitzer verlangen, daß er einen ganzen Tag ohne Verpflegung fährt und nur 250 K bezahlt bekommt. (Abgeordneter Smitka: Das Opfer ist zu groß!) Sie haben das Opfer noch nicht gebracht.

Es ist hier vom Herrn Abgeordneten Dr. Deutsch über das Vertrauensmännerssystem gesprochen worden. Nun, es hat auch in der alten Wehrmacht Vertrauensmänner gegeben, aber die Vertrauensmänner von heute, die Herren Soldatenräte, spielen ja dort die Hauptrolle. Die Offiziere haben im großen und ganzen einfach nichts zu sagen. (Zwischenruf der Abgeordneten Freundlich.) Die Frau Abgeordnete Freundlich wird das Heereswesen sehr gut kennen. In Zukunft werden wir ein Amazonenheer aufstellen, dann wird sie dort die erste sein. (Heiterkeit und Lachen. — Zwischenrufe.)

Präsident Reich: Ich bitte den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Luffenberger (fortfahrend): Das Vertrauensmännerssystem mag in mancher Hinsicht ganz gut sein, aber die Übergriffe, die sich die Soldatenräte zuschulden kommen lassen, sind nicht dazu angetan, die Autorität und Disziplin zu befestigen. Vielleicht kommt einmal die Zeit, daß wir mit diesem System aufräumen können. Sie wird kommen, da können Sie versichert sein.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch gesagt, die Wehrmacht sei zum Schutze der Republik da. Das ist doch selbstverständlich. Bei dieser Gelegenheit konnte er nicht umhin, wenn auch in versteckter Form, nur sich selbst, die sozialdemokratische Partei und die Wehrmacht, die ja zum großen Teil aus Sozialdemokraten besteht, als Patentrepublikaner hinzustellen. Die bürgerlichen Kreise und besonders wir Christlichsoziale gelten nicht als Vollblutrepublikaner. Die Vollblutrepublikaner sind ständig nur auf der linken Seite zu suchen. (Zwischenrufe.)

Dann wird auch davon gesprochen, daß unsere Partei einen „inneren Haß“ gegen die Wehrmacht hätte. Ich kann nicht behaupten, daß von unserer Seite ein innerer Haß gegen die Wehrmacht genährt würde. Wenn unter uns Leute sind, die die Wehrmacht kritisieren, so haben sie allen Grund dazu. Denn man fragt sich nicht mit Unrecht, wieso wird soviel Geld ausgegeben, und schließlich kann man den Leuten nicht darauf antworten: Ja, die Wehrmacht schützt ja. (Abgeordneter Smitka: Und will aber nicht Packel tragen!) Herr Kollege, wenn Sie das Packeltragen so interessiert, dann werden Sie Dienstmann, Sie können dann den ganzen Tag Packel umeinandertragen.

Dann wird davon gesprochen, daß wir nur eine Habsburgerarmee haben wollen. Ich habe schon früher erwähnt, das liegt gar nicht in unserem Interesse. Was aber auch nicht in unserem Interesse liegt, ist, daß wir keine rote Deutsch-Armee haben wollen. (Zwischenrufe.) Die Wehrmacht soll eine Truppe der Ordnung und des Anstandes bilden. Hoffen wir, daß es gelingen wird, im Verein mit allen Parteien die Wehrmacht derart auszugestalten, daß wir wirklich sagen können, die Wehrmacht ist eine Truppe der Ordnung, eine Truppe zum Schutze der Regierung, des gesamten Volkes und des Staates. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Reich: Zum Worte gelangt der Herr Minister für Heereswesen; ich erteile ihm das Wort.

2638 76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 14. Dezember 1921.

Bundesminister für Heereswesen **Wächter**: Hohes Haus! Die sachkundigen Ausführungen des Herrn Berichterstatters und die ebenso sachkundigen wie temperamentvollen Erörterungen meiner hochgeehrten Herren Vorredner haben das Budget meines Ressorts derart gründlich durchleuchtet, daß ich mich wohl mit der Hervorhebung einiger mir wichtig scheinenden Tatsachen und mit der Beantwortung gestellter Anfragen begnügen darf.

Bezüglich der Landnahme des Burgenlandes gereicht es mir zur besonderen Freude und Genugtuung, konstatieren zu können, daß die Urteile über die hiezu verwendete Wehrmacht durchaus günstig sind. Eine gleiche Genugtuung empfinde ich darüber, daß die ganze Aktion der Landnahme ohne jedes Blutvergießen erfolgen konnte. Voller Dank und Anerkennung gebührt den pflichttreuen Führern und den braven Wehrmännern. Speziell gedacht sei der Leistung des Oberstbrigadiers Bidossich als des Höchstkommmandierenden, der unter schwierigen Verhältnissen sehr geschickt operiert hat. Ebenso danke ich den Wehrmännern und selbstverständlich auch den Offizieren für die tapfere Haltung während des Grenzschutzes, der infolge der Übersälle von Bänden leider blutige Opfer kostete. Insbesondere erinnere ich an das Gefecht des Regiments 5 bei Kirchschlag. Mit tiefstem Schmerz aber gedenke ich der Helden, die für die Verteidigung des Heimatlandes ihr Leben lassen mußten, in gleicher Weise der braven Wehrmänner und des Menschenfreundes Generalstabsarzt Dr. Turnowsky als der Opfer von Unglücksfällen. Über Anregung meines hochgeehrten Amtsvorgängers und durch die tatkräftige Initiative des Herrn Bundeskanzlers wurde ein Fonds für die Opfer der Landnahme des Burgenlandes gegründet. Es gelang bisher, in 23 Fällen Witwen und Waisen aus diesem Fonds mit Beträgen von 10.000 bis 20.000 K zu unterstützen. In Summe wurde hiefür bereits gegen eine halbe Million aufgewendet. Diese Hilfe wirkte um so besser und wohlthätiger, als sie sofort, also raschestens erfolgen konnte.

Eine Mitwirkung des Bundesheeres, welche auch von einem Herrn Vorredner bereits erwähnt wurde, fand auch bei Hochwasserkatastrophen statt, speziell im Gebiete der Traisen, aber auch bei anderen Hochwasserkatastrophen, bei Wald- und Objektsbränden. Es war dies eine Hilfe, die auch von der Bevölkerung auf das freudigste begrüßt wurde. Ich habe die Ehre und die Freude, allen beteiligten Mannschaften für ihre Hilfeleistung den Dank auch von dieser Stelle aussprechen zu dürfen. Sie haben sich vorzüglich bewährt.

Weiters muß ich gedenken der Mitwirkung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, die in einem speziellen Falle anlässlich der Straßhausrevolte in Stein an der Donau stattfand. Es

haben sich damals die beteiligten Abteilungen der Infanterie in wirklich vorzüglicher Weise betätigt.

Die erwähnten Tatsachen der erfolgreichen Verwendung des Heeres rechtfertigen seine Erhaltung, seinen Ausbau und die hiefür notwendigen Kosten. Ich komme nun zum Budget. Es erscheinen da förmlich astronomische Ziffern. Für das Heeresbudget sind 4½ Milliarden aufgewendet. Man darf jedoch diese Zahlen nicht rein absolut nehmen, sondern als Verhältniszahlen, und da stellt sich dann heraus, daß das Budget des Heeres nur den Prozentsatz von 1,85 Prozent, also nicht einmal ganz 2 Prozent des gesamten Budgets ausmacht — eine Summe, die wohl die bescheidenste von allen europäischen Staaten genannt werden muß.

Ein in seiner Stärke so streng begrenztes Heer muß durch Güte der Ausrüstung und Ausbildung das ersetzen, was ihm an Zahl abgeht. Ich komme damit zur Charakteristik des Heeres hinsichtlich seines Zustandes in materieller Beziehung.

In erster Linie kommen hiefür die Personalstände in Betracht. Diese sind wohl als sehr gering zu bezeichnen. Wir mußten in die Burgenlandkrise mit einem Abgang von zirka 7000 Mann eintreten, das ist von zirka einem Viertel des organisationsgemäßen Standes der Wehrmacht. Dadurch waren wir gezwungen, mit nur der Hälfte der Infanterieformationen und einem Drittel der Batterien kämpfen oder wenigstens marschieren zu müssen.

Ich möchte da zu bedenken geben, daß die rückbleibende Zahl so gering war, daß die eine Aufgabe der Wehrmacht, nämlich die Sicherung des Schutzes im Innern, während dieser Zeit wenigstens nicht gewährleistet erscheint. Die Gesundung der Personalverhältnisse unserer Wehrmacht würde ich darin erblicken, und es ist dies schon von einem Vorredner erwähnt worden, daß eine rege Werbetätigkeit in allen Kreisen der Bevölkerung einsetzt und eine strenge Auswahl geeigneter Anwärter erfolgt. Daß dies nicht nur eine innere Frage des Heeres, sondern eine Staatsfrage ist, glaube ich durch meine früheren Ausführungen bewiesen zu haben.

Ein sehr bedeutender Abgang besteht bei den Ausrüstungsgegenständen der verschiedensten Art sowie bei den Pferden. Bei der Aufstellung des Heeres wurde dies ja nicht erkannt; es wurde ein fundus instructus aufgestellt, jedoch konnte an die mobile Gesamtverwendung, wie sie tatsächlich eingetreten ist, nicht gedacht werden. Die Verwendbarkeit als Berufsheer war auch eine Neverscheinung, und es stellte sich auch, man muß sagen, damals eine gewisse Kriegsmüdigkeit ein. Außerdem, und das war vielleicht die Hauptursache, war viel Kriegs-

material bereits abverkauft, so daß nicht einmal der fundus instructus erreicht werden konnte.

Die finanzielle Lage der Republik zwingt uns dazu, die so notwendige Ergänzung, die wir in allen Sachen anstreben, in Raten zu erbitten. Die Entschließung des Nationalrates vom 25. Oktober ist ein entscheidender Schritt zur weiteren Festigung des Heeres und gibt der Heeresverwaltung die Zuversicht, bei Durchführung ihrer Pläne auf dieser wichtigen Grundlage weiterbauen zu können.

Bezüglich anderer wichtiger Fragen glaube ich sowohl im Finanz- und Budgetausschuß als im Ausschuß für Heereswesen genügend Aufklärungen gegeben zu haben, zum Teil sind sie im Berichte des Finanz- und Budgetausschusses, der dem hohen Hause vorliegt, auch enthalten.

Ich möchte nur kurz bemerken, daß das Wort „Kleider machen Leute“ nirgends so zutrifft, wie beim Soldaten. Ein gut angezogener Soldat ist ein Stückchen Staatsautorität. Ich möchte da einen Vergleich mit der Sicherheitswache in Wien ziehen, der sehr zuungunsten der Wehrmacht ausfällt. Wir sind mit den Anschaffungen von Haus aus sehr sparsam gewesen. Nachschaffungen sind kostspielig und die Ersatzstoffe, die zur Verfügung stehen, ermöglichen nicht die Herstellung eines gefälligen Kleides. Ich möchte auch noch erwähnen, daß von Vereinen, Ausschüssen usw. um Überlassung von Unterkünften, Bettenorten, Bekleidungsanhilfen usw. herangetreten wurde. Es ist da vielfach die Meinung verbreitet, daß im Bundesheer an solchen Sachen Überfluß besteht. Das ist eine irriige Auffassung. Ich bitte, in dieser Beziehung aufklärend und auch beruhigend in jenen Fällen zu wirken, wo von seiten der Heeresverwaltung ein abschlägiger Bescheid erfolgen muß.

Ich komme nunmehr zur Beantwortung der an mich gestellten Anfragen. Ich möchte zunächst dem Herrn Berichterstatter Dr. Schürff für die wohlwollende Beurteilung des Strebens der Heeresverwaltung danken. Dem Wunsche nach weiterem Ausbau schließe ich mich vollkommen an. In bezug auf die Anregung, zu Weihnachten den im Felde Stehenden eine Weihnachtsbescherung zu verschaffen, erlaube ich mir mitzuteilen, daß ein diesbezüglicher Antrag bereits ausgearbeitet ist und in Durchführung steht. Ich werde weiter die dankenswerten Befürwortung des Herrn Berichtstatters in dieser Beziehung der Begründung meines Antrages beifügen.

Daß kein Leutnant und so viele höhere Offiziere in der Wehrmacht vorhanden sind, ist eine Folge der Angleichung der Offiziere an die Zivilstaatsbeamten, wie auch später der Herr Abgeordnete Baugoin erörtert hat.

Ich komme nun zu den Anfragen des Herrn Staatssekretärs Dr. Deutsch. Der Konstatierung des Herrn Staatssekretärs bezüglich mangelhafter

Ausrüstung muß ich im allgemeinen beistimmen. Die Heeresleitung tut alles, was in ihren Kräften steht, um diesem Übelstand abzuhelpen und hat bereits entsprechende Schritte unternommen. Infolge der sehr abfälligen Beurteilung des Obersten Gasteiger muß ich pflichtgemäß die amtlichen Daten, welche mir in der Dienstbeschreibung zur Verfügung stehen, bekanntgeben. Danach verbrachte Oberst Gasteiger wohl tatsächlich zuerst über ein Jahr beim Armeeoberkommando und beim Kommando der Südwestfront, stand aber dann vom 24. November 1915 bis 19. April 1916 und vom 15. August 1916 bis 10. März 1917 an der Front, dabei unter anderem am Col di Lana und am Pasubio. Seine damaligen Vorgesetzten schildern ihn als einen in jeder Beziehung hervorragend entsprechenden Offizier. Daß er die übrige Zeit im Hinterlande in Verwendung stand, ist darauf zurückzuführen, daß er während dieser Zeit krank und krankheits halber schonungsbedürftig war.

Was die Stände der Formationen an der Front betrifft, so muß ich konstatieren, daß die Offiziersstände komplett sind. Daß sie unzureichend sind, ist darauf zurückzuführen, daß uns die Friedensbedingungen äußerst geringe Offiziersstände zulassen. Es ist selbstverständlich, daß die Leistungen jener Offiziere, die jetzt im Burgenland in schwerer Pflichterfüllung ihren Dienst versehen, bei der Besetzung der Posten auf Grund des Stellenplanes entsprechend berücksichtigt werden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Ferzabek glaubte, aus meinem Berichte im Heeresausschuße, daß im Burgenland nur 7200 Feuerwaffen in Verwendung stehen, schließen zu können, daß dort nur diese Anzahl Wehrmänner Dienst macht. Tatsächlich sind bei einem Feuerwaffenstand die Stände an Maschinengewehrmannschaften, die gesamte Geschützbedienung, also die Hauptmasse der Artillerie, und schließlich die Troßmannschaft nicht mitgerechnet. In Wirklichkeit stehen derzeit fast 18.000 Mann im Felde, was bei dem bekannten Gesamtstande und der Notwendigkeit der Zurücklassung von Wachmannschaften und Kasernbereitschaften und von unausgebildeten Rekruten gewiß als ein sehr hoher Prozentsatz zu bezeichnen ist.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Waneck danke ich für seine freundliche Gesinnung für die Wehrmacht. Seine dankenswerten Anregungen bezüglich der Felddienstausrüstung werde ich zu verwerthen trachten. Die Angaben bezüglich der leidigen Postverhältnisse sind mir auch gestern bekannt geworden und wurden bereits an die zuständige Stelle zur Behebung geleitet.

Der eingebrachten Resolution und der Zusatzresolution des Herrn Staatssekretärs Dr. Deutsch stimme ich vollkommen zu.

Der Ehrenratsfall, den der Herr Abgeordnete Dr. Waneck angedeutet hat, ist mir nicht unbekannt. Das Bundesministerium für Heereswesen plant den Entwurf zu einem Gesetze einzubringen, auf Grund dessen ehemaligen Offizieren und Militärbeamten, denen durch ein nicht einwandfreies Urteil die Charge aberkannt wurde, die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens eröffnet wird.

Dem Herrn Minister Bango in danke ich für seine Anregungen bezüglich des Wohn- und Siedlungsfonds und stelle zugleich fest, daß die bisher reibungslose Landnahme des Burgenlandes zum großen Teile seinen erfolgreichen Bemühungen um die materielle Ausgestaltung der Wehrmacht während seiner Amtsführung zu verdanken ist. (*Bravo!*)

Auch ich hoffe zuversichtlich, daß die erforderlichen Mittel zur Behebung der unhaltbaren Wohnungsverhältnisse der verheirateten Angehörigen des Bundesheeres und der Bundesheeresverwaltung ehestens aufgebracht werden können, und daß namentlich der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds die unerlässliche Hilfe bringen wird.

Der Herr Nationalrat Oberstleutnant Kollarz hat einige Fragen wirtschaftlicher Natur berührt. An Strohüberschußen ist tatsächlich nur der Bedarf für die Garnisonswachposten vorhanden. Deren Nachschaffung macht derzeit besondere Schwierigkeiten; es mußten daher Strohöberschuße beschafft werden, die in den nächsten Tagen zur Einkieferung und Verteilung an die Truppen gelangen.

Bezüglich des § 26 des Besoldungsgesetzes, der von der Offiziers- und Unteroffiziersbekleidung handelt, möchte ich bemerken, daß die Bekleidungsfragen aller militärisch organisierten Wachkörper nach gleichen Grundsätzen geregelt werden müssen, und eine Entscheidung des Finanzministeriums noch nicht erfolgte. Dieses Ministerium schlägt für das Bundesheer eine provisorische Regelung vor, die in den nächsten Tagen verlautbart werden wird.

Die Festsetzung der Burgenlandsgebühren erfolgte einheitlich für alle im Burgenlande verwendete Bundesangestellten, das heißt also auch für die Zivilbediensteten, Post-, Eisenbahn-, Gendarmerie- und Finanzwachbeamten. Laut Mitteilung des Bundesministeriums für Inneres, Burgenlandsdienst, werden derzeit Erhebungen über die Preisverhältnisse im Burgenland durchgeführt, welche Daten dann die Grundlagen für die mit dem Bundesministerium für Finanzen zu pflegenden Verhandlungen wegen Neu festsetzung der besonderen Gebühren bilden werden. Die im Burgenlandsdienste verwendeten Personen beziehen besondere Gebühren, welche im allgemeinen den Reisepdiäten entsprechen. Diese Diäten sehen auch eine entsprechende Quote für die Mäztigung vor. Wird das Quartier in natura beige stellt, so muß diese Quote in Wegfall kommen. Dafür aber obliegt der Heeresverwaltung die Pflicht,

nicht allein das Quartier dem Mann beizustellen, sondern auch für Liegestroh, Heizung, Beleuchtung usw. zu sorgen, was in der jetzigen Zeit große Kosten verursacht.

Weiters bemerke ich noch, daß, um das Los der abgebauten Offiziere und Militärbeamten zu erleichtern, das Bundesministerium für Heereswesen das möglichste tut. So habe ich in letzter Zeit eine Aktion eingeleitet, um der vom Heeresamt geschaffenen Arbeitsvermittlungstelle für abgebaute Berufsmilitärs eine Unterstützung zuwenden zu können.

Was die Mobiliaraußhilfen für erlittene Schäden anbelangt, so werden gegebenenfalls Beiträge von 4000 K pro Kopf, im Maximum bis zu 20.000 K pro Familie gewährt werden.

Herr Abgeordneter Baumgärtel hat den Oberstbrigadier Glöckner angegriffen. Ich möchte hiezu bemerken, daß Oberstbrigadier Glöckner ein ganz hervorragender Offizier ist, der sich in jeder Lage, in welcher er bis jetzt dienstliche Verwendung fand, ausgezeichnet bewährte. Die letzte Anschuldigung, die erhoben worden ist, ist auch der Heeresverwaltung und mir bekannt geworden, und es wurde ein diesbezüglicher Bericht eingefordert.

Bezüglich der Postbeförderung wurde bereits früher erwähnt, daß die Behebung der Mißstände, die angegeben wurden, wie wir hoffen, bald zu gewärtigen sein wird; da aber die Verwaltung des Burgenlandes der politischen Behörde übergeben wurde, so steht der Heeresverwaltung in allen diesen Sachen kein Einfluß zu.

Die Ergänzung der Führer, die auch von dem Herrn Abgeordneten angeregt wurde, ist gesetzlich festgelegt, und erst ab Ende 1923 kann dieselbe rein aus den Mannschaftsständen erfolgen.

Ich komme nun zum Schlusse. Hohes Haus! In Zusammenfassung meiner Darlegungen glaube ich, die Notwendigkeit der Erhaltung eines Heeres und die Rechtfertigung der für unser Bundesheer beanspruchten Kosten erweisen zu haben. Ich muß wohl zugeben, daß mancherlei Vorkommnisse bedenklicher Art, die ja auch im hohen Hause zur Sprache kamen, sich ereigneten. Bei genauer Prüfung der einzelnen Fällen haben sich dieselben jedoch glücklicherweise zumeist als Einzelercheinungen erwiesen, die auch auf nur einige Truppenkörper beschränkt blieben. Nur durch das vielfach zu beobachtende gegenseitige Mißtrauen erklären sich die Verschärfungen in Angelegenheiten an sich geringfügiger Natur.

Ich bitte, es meiner Besorgnis für den weiteren Ausbau unserer Wehrmacht zuzuschreiben, wenn ich mir zu bemerken erlaube, daß die Aufmachung solcher unliebsamen Dinge als politische Prinzipienfragen für diesen Ausbau nicht förderlich ist.

Das Bundesheer ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Es hat in der burgenländischen Krise, der ersten, in welcher es vor ernstere Aufgaben gestellt war, wie allseits zugegeben wird, voll entsprochen. Ich bitte das hohe Haus und durch Sie, meine Damen und Herren, das ganze deutschösterreichische Volk, unseren Bemühungen für den weiteren Ausbau Vertrauen entgegenzubringen. Das Heer bedarf einer ruhigen Entwicklung. Noch keine Wehrmacht der Weltgeschichte hat es ohne Schädigung ertragen, Gegenstand des politischen Tageskampfes zu sein. *(Zustimmung.)* Unterstützen Sie uns in unserem aufrichtigen Streben, durch pflichttreue Arbeit, Pflege der notwendigen Disziplin und eines innigen kameradschaftlichen Verhältnisses treu zu dienen unserem deutschen Volk und Vaterlande, der Republik Österreich. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat):* Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Smilka.

Abgeordneter Smilka: Hohes Haus! Mein Parteigenosse Kollege Dr. Deutsch hat in seiner Rede die großen Probleme darzustellen versucht, die seinerzeit bei Errichtung der heutigen Wehrmacht vor dem Staate und unmittelbar vor ihm gestanden sind. Das große Problem hat Kollege Dr. Deutsch in zwei Worten zu charakterisieren versucht, indem er sagte: Wir sind vor der Frage gestanden, ob demokratisches oder autokratisches System in der Wehrmacht. Ich sage, für uns war damals ein anderes als das demokratische System überhaupt nicht möglich. Wenn man die Verhältnisse und Zustände berücksichtigt, die damals in unserem Lande geherrscht haben, konnte die junge Republik unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich wieder das alte autokratische System des Heeres herstellen. Aber auch beim demokratischen System hat es sich darum gehandelt, ein solches demokratisches System innerhalb der Heeresmacht aufzustellen, daß einerseits der Zweck und Sinn der Heeresmacht erreicht und andererseits doch dem demokratischen Empfinden der Bevölkerung, dem psychologischen Zustande, in dem damals die Bevölkerung gestanden ist, auch in dieser Sache voll Rechnung getragen wird. Heute, da unsere Wehrmacht die Probe auf das Exempel bestanden hat, da durch die Besetzung des Burgenlandes und auch durch eine Reihe anderer Dinge die Wehrmacht gezeigt hat, daß sie tatsächlich auch das leistet, was man billigerweise von einer Wehrmacht verlangen kann, kann man wohl ruhig behaupten, daß die Art und Weise, wie dieses demokratische System in unserer Wehrmacht durchgeführt wurde, sich voll und ganz bewährt hat, weil, wie sich nun praktisch zeigt, unsere Wehrmacht

allen Anforderungen entspricht, die man unter den gegebenen Verhältnissen an eine Wehrmacht stellen kann.

Wenn man heute einen Rückblick auf die Errichtung des demokratischen Systems wirft, so muß man aber auch alle die ungeheuren Schwierigkeiten und Widerstände berücksichtigen, die sich gerade der Errichtung dieses demokratischen Systems sowohl bei den bürgerlichen Parteien als auch bei einem Teil des Offizierskorps entgegen gestellt haben. Wenn es dennoch gelungen ist, dieses demokratische System so durchzuführen, daß es unserer Auffassung als Republikaner entspricht und doch sich bewährt, so zeigt das doch, daß die Art der Durchführung des demokratischen Systems eine überlegte, den Verhältnissen entsprechende gewesen ist.

Meine Herren! Heute wird hier im Hause von seiten der bürgerlichen Parteien wiederholt verlangt, daß den Wehrmännern die politische Betätigung entzogen werden soll. Ich verstehe nicht, wie man nicht begreifen und nicht einsehen kann, daß in dem demokratischen System selbst die politische Betätigung der Wehrmänner eine unbedingte Notwendigkeit ist, wie man nicht einsehen kann, daß die Frage: autokratisches oder demokratisches System, so steht, ob der Wehrmann ein blindes Werkzeug in den Händen der Befehlshaber ist oder ob er auch als Wehrmann sich als Staatsbürger dieser Republik fühlt, ausgestattet mit all den politischen Rechten, die dem Staatsbürger der Republik zustehen, und ob er sich aus diesem Grunde auch politisch betätigen und die politische Betätigung ihm absolut nicht verboten werden kann.

Meine Herren! Es wurde hier von seiten der bürgerlichen Parteien beanstandet, daß die Disziplin in der Wehrmacht nicht eine solche sei, wie wir es verlangen, und daß die Soldatenräte dazu beitragen, daß die Disziplin untergraben wird. Meine Herren! Es war kein Mensch in diesem Staate, der imstande gewesen wäre, die Disziplin — dies wurde schon von einigen Rednern hier hervorgehoben —, die Disziplin, so wie sie in der alten Wehrmacht bestanden hat, diesen Kadavergehorsam, wieder herzustellen. Die Wehrmänner und die Bevölkerung haben nicht so schnell vergessen, wie sie während des Krieges behandelt worden sind, wie es Herr Abgeordneter Niedrist vergessen zu haben scheint, wie er von der alten Wehrmacht behandelt worden ist. Dieser Haß gegen all das, was sich damals ereignet hat, hat noch fortgelebt und lebt zum Teile heute noch fort, und es wäre ganz unmöglich gewesen, ein demokratisches Heer zu schaffen und die Disziplin, wie sie in der alten Armee bestand, diesen unbedingten Gehorsam, unter allen Umständen wieder herzustellen.

Wenn man aber trotzdem Disziplin herstellen will — und wir alle sind der festen Überzeugung, daß ein Heer ohne Disziplin nicht lebensfähig ist —, so könnte diese Disziplin nur aufgebaut werden auf dem Vertrauen der Mannschaft zu den Offizieren, auf dem Vertrauen der Mannschaft zu den Führern, auf dem Vertrauen nicht nur in ihre militärischen Fähigkeiten, sondern auch auf dem politischen Vertrauen, dem Vertrauen in ihre republikanische Gesinnung. Dieses Vertrauen, meine Damen und Herren, war nicht vorhanden. Hier die Möglichkeit zu bieten, daß, wenn irgend ein Verdacht besteht, daß die Offiziere die Wehrmacht nicht zu dem bringen oder sie nicht so verwenden wollen, wie es im Interesse des Staates, der Republik, gelegen ist, hier der Wehrmannschaft eine Sicherheit zu bieten, daß jemand da ist, der darüber wacht, der das genau sieht und auch die Möglichkeit hat, einzugreifen und es zu beseitigen, war einzig und allein nur durch die Soldatenräte, einzig und allein nur durch das Vertrauensmännersystem möglich, wie es in der Wehrmacht ausgebildet worden ist. Je mehr das Vertrauen zu den Offizieren nicht allein in bezug auf ihre Fähigkeiten, sondern auch in bezug auf ihre republikanische Gesinnung gefestigt wird, je mehr die Wehrmannschaft überzeugt sein wird, daß sie sich in dieser Beziehung auf ihre Führer, auf ihre Offiziere verlassen kann, desto mehr wird das Vertrauensmännersystem, das Soldatenrätesystem einen anderen Charakter bekommen als den, den ich eben gekennzeichnet habe. Dieses ganze Problem, vor dem damals der Staat gestanden ist, auf Grund eines Diktats des Vertrages von Saint-Germain ein Söldnerheer aufzustellen, ein Söldnerheer mit all den Gefahren, die in dem Söldnersystem liegen, aufzustellen unter den schwierigen Verhältnissen, wie wir sie damals bei uns in Deutschösterreich gehabt haben, dieses große Problem ist gelöst worden und, wie sich heute praktisch zeigt, so, daß sich selbst sein strengster Kritiker und Gegner sagen muß, daß sich das Heer und dieses System bewährt haben. Wen haben wir in diesen zwei Tagen als Gegner der Wehrmacht gesehen? Was ist hier von seiten der Vertreter der bürgerlichen Parteien und insbesondere der christlichsozialen Partei eingewendet worden? Der Kollege Jerzabek ist wohl schon von meinen Vorrednern dahin gekennzeichnet worden, daß er hier bewußt die Unwahrheit dargestellt und in jesuitischer Manier die Sachen so gebracht hat, um den Anschein zu erwecken, als sei der geringe Stand unserer Heeresmacht im Burgenland nur darauf zurückzuführen, daß eine große Anzahl von Personen der Heeresmacht in Disziplinaruntersuchung stehe. Der Kollege Jerzabek hat in seinen Ausführungen behauptet, es sei rechter Hand, linker Hand alles vertauscht. Es ist bemerkenswert, daß in derselben Stunde, in

der unsere Heeresmacht draußen steht im schweren Kampfe, unter schweren Verhältnissen, um unter schweren Opfern das Land zu schützen und das, was uns der Friedensvertrag von Saint-Germain zugesprochen hat, auch tatsächlich zu bewahren, wo niemand weiß, wie sich in den nächsten Tagen all die Dinge entwickeln werden, ein Vertreter der Regierungspartei hier auftritt und gegen die Wehrmacht in so gehässiger Weise loszieht. Es hat sich, meine Herren, Ihre Stellung zur Wehrmacht geändert. Sie haben früher im alten Staat, in der alten Monarchie, niemals den Mut aufgebracht, auch nur ein Wort gegen den Militarismus zu sagen, wenn von seiten der herrschenden Klassen gegen das Bürgertum, gegen die Arbeiter mit den Mitteln der brutalsten Gewalt vorgegangen worden ist. Sie haben niemals den Mut gehabt, gegen den Militarismus aufzutreten, wie wir es damals getan haben; wir haben schon damals erkannt, daß im Militarismus die Gefahr liegt, daß sich aus ihm heraus jene furchtbaren Ereignisse entwickeln werden, wie wir sie schauernd miterlebt und durchgemacht haben.

Aber auch der Herr Kollege Vaugoin hat hier in einer Weise polemisiert, die ganz eigentümlich anmutet. Er hat die Phrase hier vorgebracht: Wir wollen ja das Gute in der Wehrmacht anerkennen und nur das Schlechte in ihr bekämpfen. Ja, meine Herren, da stehen wir ja immer noch vor derselben Frage.

Es kommt darauf an, was man als das Schlechte in der Wehrmacht ansieht. Ich sehe es als eine schlechte Sache in der Wehrmacht an, wenn sie heute noch Offiziere hat, die sich offen zum monarchischen Prinzip bekennen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat vor einiger Zeit eine Liste der Mitglieder der Frontvereingung veröffentlicht und in dieser Liste war auch eine Anzahl von Offizieren enthalten, die sich zum monarchischen, legitimistischen Prinzip bekennen, Offiziere der republikanischen Wehrmacht, die sich trotz ihres Eides, der Republik treu zu sein, offen zum legitimistischen Prinzip, also zu einem Prinzip bekennen, das der republikanischen Staatsform entgegengesetzt ist. Es wurde damals an die Offiziere die Frage gerichtet, wie sie das rechtfertigen könnten. Diese Offiziere haben geschrieben, daß sie auch das Recht hätten, ihre politische Meinung zu haben, so wie jeder andere, was absolut unrichtig ist; denn, wenn jemand den Eid auf die republikanische Staatsform geleistet hat, so mußte er damals wissen, daß er den Eid nicht leisten kann, wenn seine politische Überzeugung eine andere ist, als sie die republikanische Staatsform mit sich bringt. Damals waren es die Herren von der christlichsozialen Partei, die dafür eingetreten sind, daß diesen Offizieren nicht im geringsten entgegengetreten werde.

Wir meinen also, das Schlechte in der Wehrmacht, von dem der Herr Kollege Baugoin spricht, liegt nicht darin, daß ein großer Teil der Wehrmacht aus Sozialdemokraten, aus tüchtigen, unentwegten Republikanern besteht, sondern es liegt unserer Auffassung nach — und da werden wir allerdings mit dem Herrn Kollegen Baugoin nicht übereinstimmen — darin, daß es heute noch im Offiziersstande Offiziere gibt, die sich nicht frei und offen zur Republik bekennen und die dazu beitragen, daß das Mißtrauen zu den Offizieren immer noch weiter wuchert und in der Wehrmacht noch immer vorhanden ist, daß dann manchmal ein Offizier, dem man das nicht nachsagen kann, unter diesem Mißtrauen leidet, und daß unter diesem Mißtrauen die Disziplin und das ganze System leidet. Darin liegt unserer Auffassung nach das Schlechte und ich meine, es müßte der Herr Bundesminister für Heereswesen dafür sorgen, daß das beseitigt wird, und daß die Wehrmannschaft das vollste Vertrauen zu der Wehrmacht und deren Führern hat.

Aber alle diese Ausführungen der Herren der bürgerlichen Parteien machen auf mich immer einen eigenartigen Eindruck. Es ist ja ein alter Brauch in der Budgetdebatte, daß die Parteien bei den einzelnen Kapiteln des Budgets durch ihre Sprecher ihren großen prinzipiellen Standpunkt zu den Fragen beleuchten, und daß sie neben dem großen prinzipiellen Standpunkt auch Einzelheiten anführen, die sie als bekämpfungswert bezeichnen.

Meine Herren! Von Ihrer Seite ist nicht ein Redner aufgetreten, der dem prinzipiellen Standpunkte, den Kollege Deutsch hier vorgebracht hat, dem Standpunkte der demokratischen Wehrmacht, irgendeinen anderen Standpunkt entgegengestellt, der irgendwie die Behauptung aufgestellt hätte, daß ein anderes System der Wehrmacht das bessere, das von Ihrem Standpunkt aus nützlichere ist.

Meine Herren! Ich begreife es, daß Sie da nicht aufgetreten sind, weil Sie nicht aufreten können. Denn das, was Sie in Ihrem inneren Herzen von der Wehrmacht wollen, das hier offen zu sagen, haben Sie nicht den Mut. Sie haben nicht den Mut, offen zu sagen: wir bekämpfen die Wehrmacht, weil sie eine solche ist, daß sie sich nicht gegen die Arbeiterschaft gebrauchen läßt. Sie haben nicht den Mut, zu sagen: Wir bekämpfen die Wehrmacht deshalb, weil sie uns nicht ein Mittel ist, eine Waffe ist, die Arbeiter, wenn sie bei irgendeiner Frage zu weit gehen, mit Gewalt niederzuhalten, wie in der alten Monarchie. Das ist der eigentliche Beweggrund, warum Sie gegen die Wehrmacht sind, weil sie eben, wie sie heute ist, sich gegen die Arbeiterschaft und gegen die Arbeiterklasse in politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen nicht gebrauchen läßt. Die Wehrmacht als Wehrmacht, als Verteidigerin unseres Landes, als Be-

schützerin unserer Grenzen hat ihre Pflicht getan und wird sie tun, gegen streikende Arbeiter aber wird sie sich nicht gebrauchen lassen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Und weil sie dazu nicht zu gebrauchen ist, daher Ihr Gegensatz gegen sie. Darum haben Sie alles Mögliche an ihr auszuüben, darum üben Sie Kritik, darum führen Sie als Beweis für die Schlechtigkeit der Armee die Lächerlichkeit an, daß sich ein paar Wehrmänner geweigert haben, ein Paket irgendwohin zu tragen. Das sind ja so kleinliche und nichtssagende Dinge, daß ich meine Verwunderung darüber aussprechen muß, daß ein Abgeordneter hier aufsteht und derlei Dinge als Beweis gegen die Wehrmacht anführt.

Beweisen Sie uns, daß damals, unter den gegebenen Verhältnissen eine andere Wehrmacht aufzustellen möglich war! Ja, es war eine andere Wehrmacht möglich, aber eine solche wie in Ungarn, eine Wehrmacht, die sich stützt auf die Deklassierten, die geführt wird von einigen Offizieren und die dann diktiert, was eigentlich im Staate zu geschehen hat, diktiert nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch dem Bürgertum, auch dem Bauerntum. Eine solche Wehrmacht wäre vielen von Ihnen — zu Ihrer Ehre will ich sagen: nicht allen — nach dem Herzen geschnitten.

Aber damals in der jungen demokratischen Republik war keine andere Möglichkeit, als eine Wehrmacht aufzubauen, die auf anderen Grundlagen ruhte als die alte Armee. Nicht der Kadavergehorsam, nicht der blinde Gehorsam unter allen Umständen, sondern der Wehrmann selbst als Wehrmann ein Bürger dieser Republik, durchdrungen von dem Bewußtsein: Ich habe als Soldat meine Pflicht zu erfüllen, habe als Soldat mich unterzuordnen dem großen Ganzen, dem Interesse des Staates, den Befehlshabern, den Führern, ich habe als Soldat meine Pflicht zu tun, aber nur dann, wenn ich überzeugt bin, daß diese Pflichterfüllung getragen ist von einer Notwendigkeit im Interesse des Staates, von dem, was unter den gegebenen Verhältnissen sein muß, und nicht zur Unterdrückung irgendeiner Klasse in diesem Staate dient, oder zur Beseitigung der republikanischen Form dieses Staates überhaupt. Sorgen Sie dafür, daß die Mannschaft das vollste Vertrauen in die republikanische Gesinnung der Offiziere bekommt, daß die Mannschaft sieht, daß wirklich der Offizier bis ins tiefste Innere hinein dasselbe will wie sie, die Aufrechterhaltung der republikanischen Staatsform, und ich bin überzeugt, daß vieles, was heute noch als Reibungsfläche, als Differenz besteht, beseitigt sein wird. Dann wird es vielleicht auch in weiteren Kreisen als bisher anerkannt werden, daß die Arbeiterschaft, die in der Wehrmacht ist, wirklich — ich bitte, meine Herren, ich will es aussprechen — wirklich viel dazu beigetragen hat, daß unsere junge

Republik, daß unser junges Staatswesen so ohne große Schwierigkeiten über all diese Aufregungszustände hinweggekommen ist.

Und wenn einer der Sprecher erwähnt hatte, daß die Wehrmacht nicht anwesend gewesen ist bei den Plünderungen, und bezweifelt hat, daß sie sie verhindert hätte, dann muß ich sagen: Wir haben als Arbeiter in dem alten Staate wiederholt große Demonstrationen gehabt, wir haben wiederholt Erregungszustände unter der Arbeiterschaft gehabt, und immer haben die Ordner unserer Partei selbst dafür gesorgt, daß nicht einzelne Elemente sich zu Plünderungen und ähnlichen Dingen hinreißen lassen, die wir niemals gutheißen, die man wohl menschlich aus den Erregungszuständen einer bestimmten Zeit begreifen kann, die man jedoch nicht gutheißen kann, weil sie zu nichts führen und ihren Zweck absolut nicht erreichen, sondern nur den Plünderern selbst schaden. Wir haben immer, auch ohne Wehrmacht, die Ordnung aufrecht erhalten, und wenn es dazu kommen sollte, wird auch die Wehrmacht die Ordnung zu erhalten wissen. Es hat sich bereits früher, bei Gelegenheit der kommunistischen Demonstrationen, gezeigt, daß die Wehrmacht ihren Mann stellt. Ich bin überzeugt, auch sonst wird die Wehrmacht in allen schweren Aufgaben, die immer an sie herantreten mögen, ihren Mann stellen.

Ich begreife ja, daß die Wehrmacht, mag sie noch so gut, tüchtig und im Dienste der Republik eifrig sein, Ihnen doch nicht genehm ist, denn eines wird die Wehrmacht nicht tun: sie wird gegen die Arbeiterklasse nicht zu gebrauchen sein in ihrem Kampfe um den Aufstieg zu einer besseren Lebenshaltung. Darum Ihr Haß und Ihre Gegnerschaft gegen die Wehrmacht. Daran werden Sie aber nichts ändern, das wird so bleiben, solange noch ein Arm der Arbeiterklasse in diesem Reiche sich erheben kann, um das wenige zu erhalten, was die Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit in diesem Reiche errungen hat. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Steinegger; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Steinegger: Hohes Haus! Der Herr Vorredner hat in seinen Schlußbemerkungen wieder das alte Lied gesungen, daß wir Christlichsozialen, oder wie er uns genannt hat, wir Bürgerlichen von einem inneren Haß gegen die Wehrmacht erfüllt seien, und daß wir jederzeit diesem Hasse Ausdruck verleihen. Er hat allerdings — und ich schließe mich hier dem Gedankengang eines früheren sozialdemokratischen Redners an — dabei ganz übersehen, daß eigentlich einer der früheren Redner seiner Partei durch seine Ausführungen das gerade Gegenteil bewiesen und geradezu dargetan hat, wie

wir Christlichsozialen bestrebt sind, mit allen Mitteln an der Gesundung und der Förderung der Wehrmacht mitzuwirken und mitzuarbeiten. Es war ja der Herr Abgeordnete Baumgärtel, der festgestellt hat, daß sogar von der Kanzel herunter von der Geistlichkeit für die Wehrmacht geworben worden ist. Da diese Kreise alle auf unserer Seite stehen, dürften damit diese letzten demagogischen Worte hinfällig geworden sein.

Ich erinnere weiters daran, daß der gegenwärtige Herr Minister gerade einen Mann aus unserer Partei, der früher den Ministerposten bekleidet hat, als denjenigen bezeichnete, der in ganz hervorragender Weise an dem Aufbau und der guten Gestaltung dieser Wehrmacht gewirkt hat, so daß für den Mann unserer Partei dieses Verdienst, etwas Gutes und Annehmbares geleistet zu haben, zu buchen ist.

Allerdings das Eine ist richtig, mit einzelnen Zuständen, die wir in der Wehrmacht vorgefunden haben, und auch mit dem System als solchem, sind wir natürlich nicht einverstanden. Wir wissen ja, daß wir gegenwärtig wahrscheinlich kaum oder nur sehr schwer zu einem anderen System gelangen werden. Wir wollen aber bei jeder Gelegenheit unsere Forderung nach dem Milizsystem erheben, wie wir es immer getan haben. Es ist wohl nicht notwendig, hier darüber heute mehr zu sprechen. Es sind auch gewisse Dinge vorgekommen, die niemand gutheißen kann, der auf Ordnung, auf gutes Funktionieren der Wehrmacht und auf das Ansehen der Wehrmacht irgendwelches Gewicht legt. Diese Zustände haben wir stets einer offenen Kritik unterzogen und werden dies auch in Zukunft tun.

Außerordentlich erfreut bin ich darüber, daß ein Großteil der Redner, insbesondere auch der Herr Minister, unsere Truppen im Burgenlande, zu denen ja insbesondere auch das Alpenjägerbataillon 12 und mehrere andere Alpenländertruppen zählen, so außerordentlich hervorgehoben und gelobt haben. Es ist mir deshalb ganz unerfindlich, wieso der frühere Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch gerade heute aus dem Alpenjägerbataillon in so persönlicher Weise — bei einer sachlichen Kritik würde ich gar nichts sagen, aber die militärischen Eigenschaften und Qualitäten, die bisherige Tätigkeit in militärischer Hinsicht ist ja gar nicht bestritten worden — in rein persönlicher, ich möchte sagen, gehässiger Weise angreifen kann. Die Sache wird mir aber ohne weiteres erklärlich, wenn ich mich daran erinnere, daß der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch, bevor er diese Reden zuerst im Finanz- und Budgetausschuß und dann hier im Hause gehalten hat, selbst an der Front die Truppen besucht und dort vielleicht nicht jenes Entgegenkommen gefunden hat, das er gesucht hat. Ich habe mir sagen lassen, daß ihm einzelne Offiziere —

darunter scheint auch Oberst Gasteiger zu sein — nicht die Hand gegeben haben, und daß sich daraus eine Art persönlicher Rache entwickelt hat, diese Personen mit ganz persönlichen Argumenten anzugreifen. (*Abgeordneter Dr. Deutsch: Unsinn!*) Daß die Sache kein Unsinn ist, zeigt schon folgendes: Die im Ausschuß vorgebrachten Argumente mußte Abgeordneter Deutsch hier im Hause bereits selbst einer Revision unterziehen. Seine neueren Beschuldigungen sind durch die bereits in der Debatte angegebenen Tatsachen, die weiter vermehrt werden können, hinfällig geworden, und es kann infolgedessen nichts anderes mehr übrig bleiben als das Motiv persönlicher Geßässigkeit. Denn es trägt wohl nicht dazu bei, die von Ihrer Seite und vom ganzen Hause verlangte Ordnung, Disziplin, Autorität, Schlagfertigkeit usw. im Heer aufrecht zu erhalten, wenn man die Führer des Heeres fortwährend so herunterzieht, in ungerechtfertigter Weise verdächtigt, in geßässiger Weise angreift, mit unsachlichen Momenten bekämpft usw.

Ich würde gar nichts darüber sagen, weil ich mir kein Urteil darüber anmaßen würde, wenn irgendwelche Argumente militärischer Natur, daß die Führung zum Beispiel keine glückliche war, vorgebracht würden. Aber wir haben aus dem Munde des Herrn Ministers selbst gehört, daß der Mann in seiner bisherigen Tätigkeit sich außerordentlich bewährt hat. Wir wissen auch, daß er in den Kreisen des Tiroler Militärs beliebt ist, und wir wissen auch, daß seine Vergangenheit hier von Seiten des Herrn Abgeordneten Deutsch, wie er ja selbst später zugeben mußte, in ganz falscher Weise dargestellt worden ist.

Aber die Sache bekommt noch einen ganz anderen Hintergrund. Man versuchte dem Obersten Gasteiger vorzuwerfen — und man hat es teilweise auch versucht —, daß er ein Legitimist sei. Es ist das gar nicht richtig. Ich erinnere daran, daß zur Zeit der Anschlußbewegung in Tirol Oberst Gasteiger einer derjenigen war, die sich in hervorragendem Maße für die Anschlußbewegung in Tirol eingesetzt haben, und daß er sich dadurch gerade die Legitimen zu Feinden gemacht hat. Der Grund für diese Angriffe ist vielleicht in dem zu suchen, was man in einzelnen Tiroler Kreisen vermutet. Man sagt dort nämlich, man wolle tüchtige Leute in der Wehrmacht, die einen gewissen Einfluß haben, Leute, die über ein gewisses Talent verfügen, Leute, die auch die Soldaten zum größten Teil hinter sich haben, unmöglich machen, weil gewisse andere Staaten dahinter stecken, die ein Interesse daran haben, daß solche Leute unmöglich gemacht werden. (*Hört! Hört!*) Man hört solche Meinungen verschiedentlich, und ich habe diese Meinung hier ausgedrückt. Es wäre dies nicht gerade unmöglich, und man würde die ganze Geschichte dieser Angriffe

jetzt etwas besser begreifen, besonders nach den Darstellungen, die in der gegenwärtigen Debatte gegeben wurden.

Aber damit, daß man gerade jetzt in Oberst Gasteiger einen Angehörigen des Landes Tirol angreift, der hervorragend im Lande wirkt, und der das Vertrauen großer Kreise in Tirol genießt, daß man ihn fortwährend hier herunterreißt, daß man fortwährend in ungerechtfertigter, ich möchte sagen, geradezu leichtsinniger Weise an ihm nörgelt, schafft man nichts Gutes. Man trägt nur dazu bei, daß der Widerwille eines ganzen Landes, der Widerwille Tirols gegen Wien, gegen diese gewissen Wiener Kreise, die fortwährend auf die Länder Lothauern, die auf alles Lothauern, was in den Ländern existiert, die selbst dort, wo keine sachlichen Argumente vorliegen, wie aus den verschiedenen Bestätigungen und bisherigen Ausführungen hervorgeht, dennoch fortwährend auf die Länder Lothämmern, sich verstärkt, und daß das Vertrauen und der Zusammenhalt dieser Länder immer mehr gelockert anstatt verstärkt oder unterstützt wird.

Wenn im weiteren gesagt worden ist, daß beim 12. Alpenjägerbataillon eine Art Doppelkommando existiere, von denen das eine der Altkaiserjägerklub führe, so weise ich das ebenso zurück. Dieser Zusammenhang ist — wenigstens nach den Mitteilungen der Presse, die mir zur Verfügung steht, das ist „Der freie Soldat“, den ich hier habe, und in dem auch die Debatte im Finanzausschuß enthalten ist — in der Weise konstruiert worden, daß man gesagt hat, der Oberst Gasteiger sei Hauptfunktionär des Altkaiserjägerklubs. Ich stelle ausdrücklich auf Grund von Informationen fest, daß der Oberst Gasteiger kein Hauptfunktionär des Altkaiserjägerklubs ist, sondern daß der Hauptfunktionär und der Präsident dieses Klubs seit seiner Gründung der Oberst Tschan gewesen ist. Ich stelle weiters fest, daß der Altkaiserjägerklub sich in keiner Weise, und es würde dies auch seinen Statuten widersprechen, irgendwie in die Angelegenheiten des gegenwärtigen Heeres eingemischt hat, sondern daß er ein unpolitischer Verein ist, der die Traditionen der Kameradschaft, wie sie früher bestanden hat, fördern und pflegen will. Ich glaube, daß das doch gar nichts mit dem gegenwärtigen Heere zu tun hat und auch nie in einen Zusammenhang gebracht werden kann.

Es hat diesmal der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch bei seinen Ausführungen merkwürdigerweise ein Gebiet außer acht gelassen — wahrscheinlich aus einer gewissen Vorsicht außer acht gelassen —, das er sonst bei jeder Gelegenheit, wo über das Heer gesprochen wird, in den Vordergrund stellte — er hat ja darüber auch im Budgetausschuß bei der Budgetdebatte gesprochen —, und

das ist der Wehrbund. Er hat dort den Wehrbund angegriffen und ihn beschuldigt, daß er die Ursache sei, wenn im Heere selbst Uneinigkeit herrsche. Ich bin selbst an der Wiege des Wehrbundes gestanden, der ja von Tirol seinen Ausgang genommen hat. Er ist eine Vereinigung von Militärpersonen, ähnlich der Militärgewerkschaft, nur daß eben diese Leute, die dem Wehrbund angehören, glauben, ihre Ansichten und ihre Interessen dort besser vertreten zu finden, als in der freien Gewerkschaft, wo ja nicht immer das Unpolitische zu Hause ist. Der Wehrbund hat in keiner Weise mit politischen Tendenzen zu tun.

Der Wehrbund wird leider von den höheren Stellen viel zu wenig als eine der Militärgewerkschaft gleichberechtigte Organisation gewertet und geschätzt. Ich muß die dringende Forderung erheben, daß der Wehrbund, der sich zum Motto gemacht hat: „Wir wollen Soldaten sein“ — eine ganz selbstverständliche Sache, da ihm ja nur Soldaten angehören — als vollständig gleichberechtigt behandelt wird. Die Reibungsflächen, die angeblich vorhanden sein sollen, könnten leicht beseitigt werden. Es wäre dazu nur nötig, daß gewisse Kreise der freien Militärgewerkschaft, ich möchte sagen, gewisse einzelne Personen, die ihre Hauptaufgabe nicht im Militärberuf erblicken, sondern darin, soviel als möglich als politische Sekretäre tätig zu sein, dazu verhalten würden, bei ihrer Agitation feinere und noblere Formen anzuwenden, und überhaupt gegenüber Leuten, die sich einmal für diese oder jene Gewerkschaft, für diese oder jene Vereinigung erklären, unserem Beispiel folgend, weitere Drangsalierungen, weitere Drohungen usw., wie sie vorgekommen sind, zu unterlassen. Es ist sogar vorgekommen, wie mir von einem Landtagsabgeordneten mitgeteilt wurde, daß in Tirol, während unsere Wehrmacht in das Burgenland gesendet wurde, Angehörige oder wenigstens Nahestehende der Militärgewerkschaft in die Wohnungen der Frauen von Wehrbündlern gingen und dort erklärten, der Mann müsse aus dem Wehrbund austreten, sonst bekäme er keine dieser Bonifikationen wie Militärzulagen usw. (Abgeordneter Abram: Wo war denn das?) Das soll in Hötting vorgekommen sein. (Abgeordneter Abram: „Soll!“) Ich bitte, ich habe erwähnt: Das ist mir von einem Landtagsabgeordneten mitgeteilt worden. Ich habe bereits veranlaßt, daß Erhebungen gepflogen werden, die ich sehr gerne zur Verfügung stellen werde. Diese Sache hat jedenfalls die Wahrscheinlichkeit für sich, und zwar viel mehr als die Verdächtigungen oder Angriffe, die der Herr Abgeordnete Deutsch gegen Gasteiger gerichtet hat, und weil ja auch anderwärts solche Mittel angewendet wurden, und zwar in Vandeck usw., wo man ähnliche Mittel angewendet hat, um Personen aus Vereinigungen hinauszubringen.

Allerdings, da wir ja sonst im allgemeinen unter den Führern in Tirol ruhiges Blut haben, wirken sie sich nicht so aus wie vielleicht in den Industrieorten anderer Länder.

Ich meine aber, eine solche Sache ist eben verwerflich. Dieser Zwiespalt zwischen Wehrbund und Militärgewerkschaft ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden, sondern er wird nur immer von den politischen Führern konstruiert. Ich habe mir zum Beispiel, um über die gegenwärtige Situation genauer informiert zu sein, selber aus der Ortschaft Klein-Höflein, wo ja Leute des Alpenjägerregiments sind, einen Bericht zukommen lassen, nach dem die Offiziere, Wehrbündler, Gewerkschaftler und Soldatenräte bei den verschiedensten Sachen ganz einverständlich zusammenwirken, ohne daß irgendwie zum Ausdruck kommt, daß einer oder der andere einer anderen Organisation angehört. Aber es muß dann natürlich irgendein Blatt sozialdemokratischer Richtung oder irgendein Führer, ein Politiker sozialdemokratischer Richtung kommen und trachten, dieses Zusammenwirken, dieses gemeinsame Erfüllen aller Aufgaben zu zerstören.

Es ist mehrmals erwähnt worden, daß die großangelegten Ideen des Herrn Abgeordneten Deutsch in der Debatte viel zu wenig behandelt worden sind. Die großangelegte Rede des Herrn Abgeordneten Deutsch hatte eigentlich folgende Essenz: „Wir sind gegen den Militarismus, aber wir brauchen einen Militarismus.“ Das war eigentlich das Gros seiner Rede, und zwar hat er den zweiten Satz: „wir brauchen einen Militarismus“ offenkundig nur deshalb hinzugefügt, weil er die Überzeugung hat, daß dermalen noch ein großer Teil des gegenwärtigen Heeres seiner Geistesrichtung angehört. Ich bin überzeugt, daß er vielleicht in fünf bis sechs Monaten, oder vielleicht in noch kürzerer Zeit, wenn ein Zeitpunkt eintreten würde, wo das Heer seinen unpolitischen Aufgaben wirklich vollständig, wie es heute schon zum großen Teil geschieht, nachkommt, ihnen in noch höherer Weise gerecht wird, sagen wird: „Wir sind gegen den Militarismus“ und den zweiten Satz: „wir brauchen keinen Militarismus“ einfach weglassen wird. Das ist überhaupt das Schöne an der sozialdemokratischen Partei, daß sie bei jeder Gelegenheit, bei jedem Gesetz, bei jeder Tat, bei jeder Handlung, immer den Satz ausspricht: „Wir treten für das ein, aber wir sind auch gegen das“, damit sie in späterer Zeit, mag die Sache gut oder schlecht gehen, entweder behaupten kann: Wir sind für das, oder wir haben gesagt, wir sind gegen das; davon lebt die Partei und davon wird sie auch in Zukunft leben. (Beifall.)

Präsident: Wie mir mitgeteilt wurde, hat der Herr Abgeordnete Abram dem Herrn Redner

zweimal ein Schimpfwort zugerufen. Ich sehe mich veranlaßt, das zu rügen und dem Abgeordneten Abram den Ordnungsruf zu erteilen.

Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Abram.

Abgeordneter Abram: Der Herr Vorsitzende hat sich soeben eine Mühe geleistet, weil ich einem Kollegen aus Tirol bei Erörterung eines Tatsaches ein kräftiges Wort gesagt habe. Ich werde das gebrauchte Wort trotz dieser Mühe als eine Notwendigkeit und berechtigt betrachten. Was aber die Behauptung anlangt, daß sozialdemokratische Vertrauensmänner in die Wohnung der Wehrbündler gegangen sind, um die Frauen zu bewegen, daß diese ihre Männer beeinflussen, aus dem Wehrbunde aus- und in die Militärgewerkschaft einzutreten, so konnte der Redner gar nichts anderes sagen, als daß das, durch irgend jemanden ihm berichtet, vorgekommen sein soll. Eine solche Argumentation ist im Hause neu. Ich bemerke, daß das gar nicht möglich sein kann, denn bei den letzten Wahlen der Soldatenräte in Tirol ist nicht ein einziges Mitglied des Wehrbundes gewählt worden, wohl ein Beweis dafür, daß innerhalb der tirolischen Soldaten nicht viel Platz für den Wehrbund und keine Möglichkeit ist, für ihn zu agitieren. Weil die Soldaten zum meist aufrechte Arbeiter sind, die es ablehnen, einer Gewerkschaft oder Ihrem Wehrbunde beizutreten, der die Aufgabe hat, die Rechte der Soldaten zu schmälern und sie zum Kadavergehorsam zurückzuführen. (*Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe.*) Die Arbeiter in Tirol, soweit sie aufrechte Leute sind und Verstand im Kopfe haben, sind wie überall Sozialdemokraten. Diese Sozialdemokraten sind auch in der Wehrmacht, sie haben ihre eigene Organisation und haben es gar nicht nötig, einen solchen Gang zu den Frauen zu machen. (*Zwischenrufe.* — *Ruf: Das ist ein Tratsch!*) Das ist eine Tatsache, die wohl niemand bestreiten kann. Der Wehrbund wird von dieser Umgebung des vielfach geschilderten Gasteiger auf das Lebhafteste gefördert, konnte aber bis zur Stunde keine nennenswerte Zahl von Mitgliedern erreichen, trotzdem ein Offizier aus dem Burgenlande berichtet, daß man alles tue, um die Militärgewerkschaft zu schädigen, daß er sich rühmt, daß bereits elf Mann über die Klinge mußten, und daß die Offiziere in Lauerstellung sind, bei dem kleinsten Vergehen eines Soldaten oder eines Soldatenrates, der der Militärgewerkschaft angehört, diesen aus der Armee hinauszubringen.

Dem Kommando, das unser Alpenjägerregiment hat, und seiner nächsten Umgebung wird in der Innsbrucker Arbeiterschaft und in der Arbeiterschaft des Landes das größte Mißtrauen, ich sage mehr, dem Obersten Gasteiger wird von der Arbeiterschaft des Landes Tirol die größte

Verachtung entgegengebracht, weil er es ist, der die Rechte der Soldaten mit aller Gewalt schmälern will. (*Zwischenrufe.*) Dieser Gasteiger ist nur ernannt worden, obwohl er unter Zweihundert der Hundertfünfzigste im Vorschlage war, weil ihn ein Mann protegiert hat, der bei der „Heimwehr“ mit dem großen Maul Dienst tut und während des ganzen Krieges mit drei militärärztlichen Zeugnissen seine Untauglichkeit infolge schwerer Magenkrankung dargetan hat. (*Hört!*) Diesem Mann mit dem großen Maul, den im Ernstfalle, wenn es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital käme, jeder Mensch mit einem nassen Feszen zum Teufel hauen würde, verdankt es Gasteiger, daß er heute Kommandant geworden ist. (*Hört!*) Er wurde darum Kommandant, weil der Protektor von leidenschaftlichem Hass gegen die bezugslose Klasse, von leidenschaftlichem Hass gegen die Arbeiterschaft erfüllt ist, weil er die Lösung der sozialen Frage sich so vorstellt. Diesem neumodischen Tiroler Christen, der nichts anderes kennt, als seinen zügellosen Haß gegen die Arbeiterklasse loszulassen, diesem Protektor verdankt Gasteiger seine Ernennung zum Kommandanten dieses Regiments. Es ist deshalb, was mein Freund Deutsch gesagt, nicht allzuviel, sondern zuwenig gesagt, und wir müssen heute den Herrn Minister für Heereswesen nochmals auf jenen niederträchtigen Artikel in den „Innsbrucker Nachrichten“ aufmerksam machen, wo alle Wehrleute auf das gemeinste beschuldigt werden, ein Artikel, der durchdringt erkennen läßt, daß es dem Schreiber nur darum zu tun ist, sich selber als außerordentlich fähigen Kommandanten herauszutreiben. Wir müssen bitten, daß der Herr Bundesminister für Heereswesen eine Untersuchung einleite, wer unter den Soldatschreibern des Gasteiger der Schuldige ist, wer sich vermaßen darf, in der Zeit, wo die Leute mit der geringsten Ausrüstung und bei den größten Strapazen ihre Pflicht voll und ganz getan haben, alle Soldaten Niederösterreichs, alle Wiener Soldaten, alle steirischen Soldaten auf das gemeinste zu beschimpfen. Wir erwarten, daß das Heeresamt die Untersuchung strenge führt, und daß es den schmähenden, unsere Wehrmacht im Auslande herabsetzenden Soldatschreiber zur vollen Verantwortung und Rechenschaft zieht. (*Zwischenrufe.*) Wie es mit der glänzenden Führung des Alpenjägerregiments unter dem mehrfach genannten Obersten bestellt ist, dafür ist ein Beweis, daß die Soldaten auch in Innsbruck, bevor sie in das Burgenland abmarschierten, wegen der kleinsten Kleinigkeiten in schwere Untersuchungshaft gesetzt wurden, während heute noch jene ehemaligen Offiziere und jene Tiroler Politiker, die sich an dem Diebstahl des Staatsgutes, den nach Millionen betragenden Diebstählen in Kramtsach, in Gottesburg und in Sitzl beteiligt haben, frei

herumlaufen. Diese niedrigen Diebe — sie sind unter den Politikern, unter den ehemaligen Offizieren und auch unter den Bürgern der Stadt Innsbruck zu suchen — gehen frei herum, während man einen Soldaten drei Monate in Untersuchungshaft gehalten hat und ihn dann freisprechen mußte; andere hat man wochenlang in Untersuchungshaft gehalten und sie bekamen dann zwei Tage.

Die ganze Arbeiterpartei Tirols mußte bei Gericht aufmarschieren und mußte Protest einlegen. Und dort wurde uns gesagt, daß eben die Formulierung der Beschuldigung und der Anklage dahin führt, daß die Leute in Untersuchungshaft gesetzt werden müssen. Es ist ein Haß gegen jedes demokratische Recht, der Gasteiger und seine nächste Umgebung auszeichnet. Er kann es in seinem beschränkten Hirn — fern von Europa — nicht begreifen, daß wir eine neue Zeit haben, eine Zeit, die demokratisches Recht auch dem dienenden Soldaten, auch dem arbeitenden Volke zubilligt.

Das, Herr Kollege, ist der Gasteiger in Wahrheit! Und ich komme zum Schlusse mit dem Bedauern, daß es gerade ein Arbeitervertreter sein will, der den Mut hat, den Mann zu verteidigen, der sich das Wegnehmen der Rechte der Arbeiter und die Kujonierung der Soldaten nach altem System zur Hauptaufgabe gemacht hat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünschen die Herrn Referenten Dr. Schürff und Dr. Odehnal ein Schlußwort zu sprechen? *(Nach einer Pause:)* Die beiden Herren verzichten auf das Schlußwort.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Baugoin.

Abgeordneter Baugoin: Es hat der Herr Abgeordnete Baumgärtel in seiner Rede nach dem stenographischen Protokoll folgendes gesagt *(liest):* „Sie werden mir zugeben, daß die Wehrmacht heute zu hoch steht, als daß wir sie nur als eine große Bande von Arbeitslosen ansehen könnten, wie sich der Herr Abgeordnete Baugoin ausdrückt hat.“ Demgegenüber berichtige ich tatsächlich, daß ich weder im Heeresausschusse noch auch im Hause jemals diesen Ausdruck über die Wehrmacht gebraucht habe. Es ist daher diese Behauptung des Herrn Abgeordneten Baumgärtel eine glatte Unwahrheit, die ich mit Entrüstung zurückweise. *(Zwischenrufe.)*

Präsident: Wir gelangen zur Abstimmung. Es liegt der Antrag vor *(liest):*

„Der Nationalrat wolle den Ansätzen des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes für

das Jahr 1922, Kapitel 27, „Heereswesen“ mit den aus der obigen Zusammenstellung ersichtlichen ziffermäßigen Änderungen die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen und die beigebrachten Entschliefungen annehmen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Es liegt nunmehr eine Entschliefung vor *(liest):*

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Teile des Verlustwesens, die jetzt verschiedenen Zentralstellen unterstehen, ungesäumt zu vereinigen, zu organisieren und einer Zentralstelle zu unterstellen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diese Entschliefung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ein zweiter Entschliefungsantrag lautet *(liest):*

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, das „Österreichische Schwarze Kreuz“ mit einer Reihe von Vorrechten auszustatten, um es in die Lage zu versetzen, durch Übernahme eines Teiles der dem Staate obliegenden Pflichten die Ausgaben des Staates für das Verlustwesen zu verringern.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ferner liegt ein Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Waneck vor *(liest):*

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, den im Grenzschutz dienenden oder in den Spitälern befindlichen Heeresangehörigen, Gendarmen und Finanzwachorganen eine angemessene Weihnachtspende zu verabschieden und zu diesem Zwecke auch öffentliche Sammlungen zu veranstalten und zu unterstützen.“

Zu diesem Antrag liegt ein Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Deutsch vor, in der dritten Zeile des Antrages nach dem Wort „Weihnachtspende“ die Worte „in natura“ einzuschalten.

Ich werde zuerst den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Waneck zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Zusatzantrag des Herrn Abgeord-

neten Dr. Deutsch zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, dem Kapitel 34 „Übergangsmaßnahmen“ mit den aus der Zusammenstellung sich ergebenden Änderungen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ferner liegt zu diesem Kapitel eine Entschließung vor *(liest)*:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, in den künftigen Bundesvoranschlägen das Kapitel „Übergangsmaßnahmen“ aufzulassen und die bisher daselbst veranschlagten Geburten, soweit deren Beibehaltung überhaupt noch gerechtfertigt erscheint, bei den zuständigen Ressortkapiteln darzustellen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die auch diesem Entschließungsantrag zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nunmehr zum fünften Abschnitt unserer Spezialdebatte: Gruppe XI „Land- und Forstwirtschaft“ und Gruppe XVI „Volksernährung“.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Eisenhut, als Berichterstatter für Land- und Forstwirtschaft, die Verhandlung einzuleiten.

Spezialberichterstatter Eisenhut: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, namens des Finanz- und Budgetausschusses über Gruppe XI, Kapitel 19 und 20, „Land- und Forstwirtschaft“, zu berichten. Vergleicht man die eingelegten Summen mit denen des Vorjahres, so findet man, daß wohl eine bedeutende Erhöhung eingetreten, die Erhöhung aber zumeist auf die Geldentwertung und nur in geringem Maß auf tatsächliche Erhöhungen zurückzuführen ist. Wir hoffen aber, daß durch das in Ausarbeitung oder vielmehr Umarbeitung befindliche Landeskulturförderungs-gesetz Abhilfe geschaffen wird, weil ja nach diesem Gesetz in vielen Belangen für die Landwirtschaft höhere Summen eingelegt erscheinen und diese mehr Unterstützung finden wird als bisher.

Ich will das hohe Haus nicht mit Zahlen ermüden, sondern nur einige der wichtigsten Titel herausgreifen. Der Titel 2: „Lehr- und Versuchswesen“ behandelt hauptsächlich das landwirtschaftliche Schulwesen. Wir haben zehn staatliche Lehranstalten, haben auch eine größere Anzahl niederer Ackerbauschulen und landwirtschaftliche Schulen in

den Ländern. In Niederösterreich auch zwei höhere landwirtschaftliche Schulen, und zwar in Mödling und in Laa an der Thaya. Aber trotzdem muß dem landwirtschaftlichen Schulwesen viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil ja Voraussetzung für eine intensive Bewirtschaftung ist, daß die Bildung der landwirtschaftlichen, insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung auf ein höheres Niveau gebracht wird. Es ist daher notwendig, daß diesem Gebiete Aufmerksamkeit geschenkt, und daß getrachtet wird, daß in Zukunft ein jeder Bauernsohn womöglich mindestens eine Winterschule oder einen Winterkurs besuchen kann, wenn es schon nicht möglich ist, daß er in einer landwirtschaftlichen Schule ausgebildet wird. Ich verweise hier auf die beiden Resolutionen bezüglich der Übernahme der beiden höheren landwirtschaftlichen Schulen in Mödling und Laa an der Thaya.

Es ist vom Herrn Kollegen Schneidmahl im Ausschuss der Antrag gestellt worden, daß das landwirtschaftliche Schulwesen nicht wie bisher dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, sondern dem Bundesministerium für Unterricht unterstellt werden soll. Selbstverständlich ist die landwirtschaftliche Bevölkerung entschieden dagegen, weil sie der Anschauung ist, daß das landwirtschaftliche Unterrichtswesen in engster Verbindung mit der Landwirtschaft und daher auch mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft steht. Dieser Antrag ist auch im Ausschuss abgelehnt worden, und ich empfehle Ihnen, ihn auch hier abzulehnen, weil im Ausschuss die Ansicht vertreten wurde, daß diese Schulen auch weiterhin dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstellt bleiben müssen.

Zu Titel 3 „Landeskultur“ konzentrieren sich die wichtigsten Fragen. Sie finden dort eine Reihe von Titeln, die alle von der größter Bedeutung sind. Ich möchte hier nur die wichtigsten herausgreifen und kurz besprechen. Sie finden dort zum Beispiel den Titel „Höhlenwirtschaft“. Es wurden bekanntlich während des Krieges Höhlen entdeckt, die phosphorsäurehaltige Düngemittel enthalten, es wurden im Laufe der Zeit noch mehr Höhlen entdeckt und untersucht. Sie finden dort, daß eine Einnahmepost von 33,720.000 K eingestellt ist, die teils aus den Einnahmen für Kunstdünger, andererseits aus den Einnahmen aus den sogenannten Schauhöhlen eingeflossen sind. Wir haben viele Höhlen, die Schenswürdigkeiten enthalten, in denen sich Gletscher usw. befinden, und wir sehen, daß wir in Österreich auch Schätze haben, die das Ausland anziehen und dazu dienen, daß Fremde in unser Vaterland kommen, wodurch die Einnahmen vermehrt werden. Es ist möglich, daß man aus diesen Höhlen einen geringen Bruchteil an Düngemitteln, hauptsächlich phosphorsäure-

2650

76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 14. Dezember 1921.

haltige Düngemittel bekommt, die heute infolge der valutarischen Verhältnisse aus dem Auslande nicht mehr zu beziehen sind. Es muß daher getrachtet werden, daß der im Inlande erzeugte Dünger voll ausgenutzt wird. Sie finden dort auch eine Post für Düngewirtschaft. Es ist unbedingt notwendig, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung darüber aufgeklärt wird, daß der animalische Dünger entsprechend behandelt, vermehrt und verbessert wird, damit wir nicht so sehr auf den Kunstdünger, der ja durchgehends aus dem Auslande bezogen werden muß, angewiesen sind.

Für die Viehzucht ist ein Betrag von 30 Millionen Kronen eingestellt. Er begründet sich auf den vor zwei Jahren gefaßten Beschluß, daß ab 1921 durch zehn Jahre jährlich 30 Millionen in den Voranschlag eingestellt werden, um so einen Fonds zu gründen, der zur Hebung der Viehzucht verwendet werden soll, so ähnlich wie der alte Viehförderungsfonds. Das ist gewiß notwendig. Freilich ist der Betrag von 30 Millionen nach den heutigen Verhältnissen viel zu gering, und wir hoffen, daß es möglich sein wird, diesen Betrag in dem sogenannten Kulturförderungsgesetz zu erhöhen.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, das heute hauptsächlich in Niederösterreich ziemlich gut ausgebaut ist, harret doch noch einer weiteren Ausgestaltung, und wir hoffen, daß damit nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der konsumierenden Bevölkerung sehr viel geholfen wird, weil durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften einerseits die Produktion verbilligt und vereinfacht wird, da die Genossenschaften gemeinsam Maschinen beziehen und verwenden, anderseits aber auch deshalb, weil die Genossenschaften ihre Produkte auf dem kürzesten Wege vom Produzenten zum Konsumenten befördern und sie auch mit möglichst geringem Gewinn arbeiten, da sie nur ihre Regiekosten zu decken bestrebt sind. Infolgedessen ist die Möglichkeit vorhanden, daß der Landwirt für seine Produkte entsprechende Preise bekommt, die mindestens die Herstellungskosten decken und daß anderseits der Konsument wieder Produkte bekommt, die er kaufen kann, die nicht durch den oft sehr unrealen Zwischenhandel verteuert sind. Das Genossenschaftswesen, bezieht sich auf alle Gebiete der Landwirtschaft und kann daher noch mehr ausgebaut werden. Wenn ich auf Deutschland hinweise, von dem immer hervorgehoben wird, daß dort die Landwirtschaft auf einer hohen Stufe steht, so ist das gewiß teilweise auch darauf zurückzuführen, daß das Genossenschaftswesen dort sehr gut ausgebaut ist und seit langen Jahren auch sehr gut funktioniert.

Auch das landwirtschaftliche Arbeiterwesen verdient unsere Aufmerksamkeit. Jeder selbständige Landwirt weiß, wie wichtig die landwirtschaftlichen Arbeiter sind. Es ist daher auch notwendig, um sie

sich zu erhalten und die Landflucht einzudämmen, daß soziale Einrichtungen für sie geschaffen werden. Krankenkassen bestehen bereits, Alters- und Invalidenversicherung müssen hinzukommen. Man muß aber auch den landwirtschaftlichen Arbeitern die Möglichkeit geben, sich anzusiedeln, sich ein Häuschen zu bauen und eine Familie, einen eigenen Herd zu gründen. Diese gewiß sehr wichtigen Fragen können im Rahmen dieses Budgets wohl nicht gelöst werden, aber es sind darin wenigstens Anfänge enthalten, und es ist Pflicht dieses hohen Hauses, auf diesem Wege weiterzuschreiten. Es ist eine der wichtigsten Fragen, denn wenn der Landwirtschaft die nötigen Arbeiter zur Verfügung stehen, wird sie auch mehr Lebensmittel erzeugen können.

Was die Schädlingsbekämpfung betrifft, so weise ich auf jenen Punkt des Budgets hin, welcher die Erforschung und Bekämpfung des Kartoffelkrebses betrifft. Bekanntlich ist diese Krankheit in Deutschland, in England, fast in allen Staaten furchtbar verheerend aufgetreten. Es wurde daher nach einem von unserer Partei gestellten Antrag beschlossen, die Bekämpfung energisch einzuleiten. Zu diesem Zwecke sind acht Millionen in den Voranschlag eingestellt worden. Dem steht aber eine Einnahme von vier Millionen gegenüber, die aus der Hinausgabe von immunisierten Kartoffeln an die Landwirte resultiert. Es ist dies eine sehr wichtige Angelegenheit, da ja die Kartoffel eines der notwendigsten Volksnahrungsmittel ist. Wenn der Krebs bei uns verheerend aufträte, kämen wir in eine entsetzliche Situation. Wir sind in der Kartoffelversorgung ebenso wie bei Getreide auf das Ausland angewiesen. Vielleicht können wir aber doch hoffen, daß es uns gelingt, in Zukunft genügend Kartoffel für die Ernährung der einheimischen Bevölkerung zu erzeugen.

Auch der Titel „Entwässerung und Bewässerung“ ist von hoher Bedeutung. Wir haben noch Tausende von Hektaren, die versumpft sind und der Entwässerung harren. Die Gewässer müssen reguliert, die versumpften Grundstücke durch Drainage entwässert werden. Die dafür eingesetzten Summen sind völlig ungenügend. Der Staat muß aber hier unterstützend eingreifen, weil die Landwirtschaft allein absolut nicht in der Lage ist, die hierfür nötigen Beträge aufzubringen. Es ist dies aber auch Pflicht des Staates, denn durch die Entsumpfung werden ja Tausende von Hektaren produktiv gemacht, und es können dadurch viel mehr Nahrungsmittel erzeugt und dem Konsum zugeführt werden.

Für Hochwasserschäden sind 340 Millionen ausgegeben worden. Wir hatten im September 1920 und im Juni 1921 verheerende Hochwässer. Die Landwirte waren zum Teile natürlich nicht in der Lage, ihre zerstörten Häuser aufzubauen, anderseits sind auch Brücken eingestürzt und Flußbette zerrissen

worden. Zur Wiedergutmachung der Schäden waren 340 Millionen notwendig. Dies ist gewiß bedauerlich, aber wir sind auch in Zukunft vor solchen Schäden, wenn schwere Gewitter eintreten, natürlich nicht geseit.

Was die agrarischen Operationen betrifft, so ist es auch da notwendig, daß da mehr gearbeitet wird. In erster Linie ist die Wiederbesiedelung zu fördern. Das Tempo war ja bisher sehr langsam, in der letzten Zeit ist aber ein Ansaß zur schnelleren Erledigung gemacht worden. Wir hoffen, daß das Gesetz so durchgeführt wird, wie es gedacht ist. Die Kommassierungen müssen in viel rascherem Tempo durchgeführt werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß im Viertel unter dem Mannhartsberg hauptsächlich im Marchfelde viele Gemeinden darauf warten. Es fehlt aber an dem entsprechenden Personal, es sind zuwenig Agrartechniker und Geometer. Ich möchte auf die Resolution des Kollegen Dr. Buresch hinweisen. In derselben wird darauf hingewiesen, daß den Agrargeometern die ihrer Arbeit entsprechende Stellung gegeben wird. Diese waren ja bekanntlich Leute, obwohl sie keine Hochschulbildung haben, die vor 20 und mehr Jahren zur Durchführung dieser Arbeiten berufen worden sind. Die Beamten haben diese Arbeiten tadellos durchgeführt, sie sind bei der Bevölkerung draußen beliebt, weil sie sich dort eingearbeitet haben. Leider hat man diese Geometer in der letzten Zeit in den Hintergrund gedrängt und andere Herren, akademisch Gebildete, sind in den Vordergrund getreten. Ich verweise also auf diese Resolution und möchte dafür eintreten, daß man diesen Agrargeometern, die in ganz geringer Anzahl sind — es handelt sich kaum um 30 Herren — mit Rücksicht darauf, daß sie Arbeiten leisten, die vollkommen den Arbeiten der Herren mit Hochschulbildung entsprechen, in die entsprechende Kategorie einreihe, weil sonst ihre Arbeitsfreudigkeit unterbunden wird.

Was die Pferdezuucht anbelangt, ist es ja selbstverständlich, daß dies einer der wichtigsten Zweige der Landwirtschaft ist. Wir müssen trachten, das Pferdmaterial im Inlande selbst zu ziehen. Wir haben ja früher sehr viel Pferde aus Ungarn bezogen. Dies ist aber heute nicht mehr so leicht möglich, und wir müssen trachten uns vom Auslande unabhängig zu machen. Für Zwecke der bäuerlichen Wirtschaft kommt die Kaltblutzuucht, und zwar in erster Linie die norische Rasse in Betracht. Es muß aber auch die Warmblutzuucht gefördert werden, damit hauptsächlich für die Städte und auch unserer Armee im Inlande genügend Pferde gezüchtet werden. Für den Einkauf von norischen Hengsten und Fohlen sind 20 Millionen eingesetzt. Jeder Mensch kann sich ausrechnen, welche geringe Anzahl mit Rücksicht auf unsere schlechte Valuta für dieses Geld gekauft werden kann. Wir haben fünf Hengststallämter, zwei Gestüte und zwei Fohlenhöfe, in

denen durchgehends Warmblutzuucht betrieben wird. Es war auch im Titel 4 eine Post von 60 Millionen vorgesehen, die für den Wirkungskreis der Staatskommission für Rennangelegenheiten bestimmt war. Es hat aber der Finanz- und Budgetausschuß den Beschluß gefaßt, daß diese Post aus dem Kapitel „Landwirtschaft“ ausgeschieden und in das Kapitel Finanzen unter Titel 4, Punkt 7, eingestellt werde. Diese Post hat den Zweck, daß die Rennen unterstützt werden. Eigentlich ist sie nach unserer Anschauung mehr oder weniger eine Entschädigung für die Einhebung der Steuern, die bei den Pferderennen eingehoben werden. Der Staat erzielt dadurch eine Einnahme von rund 240 Millionen, nahezu ebensoviel das Land und die Gemeinden, in denen die Rennen abgehalten werden, so daß sich die Einnahmen aus den Rennsteuern rund auf 500 bis 600 Millionen Kronen belaufen. Das hohe Haus wird sicherlich der Anschauung sein, daß man den genannten Betrag von 60 Millionen den Rennvereinen als Entschädigung für die Einhebung der Steuern gibt, weil sie dafür keinen Betrag bekommen, und wir ja wissen — ich weise nur auf die Linienverzehrungssteuer hin, die in der nächsten Zeit aufgehoben wird —, daß eine Steuer oft nicht soviel getragen hat, als für die Einhebung ausgegeben worden ist. Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

Titel 5: „Veterinärwesen“ ist gerade in der heutigen Zeit von großer Wichtigkeit, weil die Viehseuchen vielfach sehr stark auftreten, einerseits infolge der kriegerischen Verhältnisse, andererseits infolge der engbegrenzten Zone. Hauptsächlich die Maul- und Klauenseuche, die bei den Rindern so verheerend auftritt, wird kaum mehr verschwinden, wenn wir nicht mit aller Energie gegen sie auftreten, weil bei unseren heutigen Grenzen die Gefahr der Verseuchung immer sehr nahe liegt. Auf dem Balkan gibt es bekanntlich sehr wenig veterinäre Maßregeln. Früher war die Grenze unten bei Semlin an der Donau, jetzt ist aber die Grenze fast vor die Tore von Graz gerückt. Heute kann jeder albanische Bauer mit seinem Vieh bis nach Graz kommen und bringt die Seuche mit. Wenn das Vieh früher vom Balkan heraufgekommen ist, war die Seuche durch den langen Weg, der gleichsam einen Kotfilter darstellte, schon abgeschwächt, aber heute ist das nicht möglich. Es muß daher getrachtet werden, die Impfung von deren guten Wirkung man überzeugt ist, entsprechend durchzuführen. Dazu muß aber die Impfstoffgewinnungsanstalt in Mödling besser ausgestaltet werden und muß Impfstoff auf Vorrat hergestellt werden. Ich weise auf die Maul- und Klauenseuche hin, bei der das Blut erst von in Genesung befindlichen Tieren entnommen werden muß, um das Serum zu erzeugen. Um also den nötigen Impfstoff gewinnen zu können, muß die Impfstoff-

gewinnungsanstalt ausgestaltet werden. Es muß ihr ein Automobil zur Verfügung gestellt werden. Vom niederösterreichischen Landeskulturrat wurde in dieser Richtung interveniert. Als zum Beispiel die Seuche in Kirchberg am Wagram so verheerend aufgetreten ist, haben die Herren, die das Blut entnehmen müssen, nach Wien fahren müssen, sind dann mit der Franz-Josefsbahn weitergefahren, um das Blut zu entnehmen, dann sind, wieder zurück nach Wien, mit dem Auto zur Südbahn und nach Mödling gefahren. Das alles hat solange gedauert, daß die Tiere, bevor das Serum erzeugt war, längst zugrunde gegangen waren. Es muß das Blut so rasch als möglich entnommen und die Impfung vorgenommen werden, die heute zwar noch nicht vollkommen immunisierend wirkt, aber doch zur Folge hat, daß die Krankheit viel ruhiger verläuft und fast keine Nachwirkungen auftreten, während bei ungeimpften Tieren mindestens ein großer Milchentgang eintritt, was für Konsumenten und Produzenten von Nachteil ist.

Auch die Geflügelzucht ist überall gefährdet. Heute hält sich ja in Wien schon jeder ein paar Hühner, der nur etwas Platz hat. Aus Russisch Polen ist aber die Geflügelcholera eingeschleppt worden und tritt immer wieder auf. Auch da bin ich überzeugt, daß das Impfen hilft, und daß daher genügend Impfstoff erzeugt werden muß. Eine Entschließung bezüglich der Anstalt in Mödling und auch betreffend die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche wurde vom Ausschuss angenommen. Die Impfstoffgewinnungsanstalt verursacht dem Staate gar keine Auslagen, weil sie heute aktiv ist, indem den Ausgaben von 6·8 Millionen Einnahmen von 7 Millionen gegenüberstehen. Der Impfstoff wird ja gegen Entgelt abgegeben, nur darf der Preis nicht gar zu hoch sein, weil sonst der kleine Landwirt nicht in der Lage ist den Impfstoff zu bezahlen.

Das wäre das wichtigste über Kapitel 19. Zu Kapitel 20: „Forstwesen“, will ich nur kurz bemerken, daß dieses Kapitel aktiv ist. Man hat höhere Einnahmeposten als ursprünglich angesetzt angenommen, weil ja das Holz fast täglich teurer wird. Freilich sind auch die Auslagen für die Arbeitslöhne und für die Bringungskosten bedeutend größere geworden, aber trotzdem wird noch immer ein Überschuss verbleiben. Die Forstwirtschaft ist für den Staat von großer Bedeutung, weil die Forste des Bundes und des Religionsfonds eine sehr bedeutende Einnahme darstellen. Da aber auf Grund der Beschlüsse des Unterausschusses zur Untersuchung der Verhältnisse in den Bundesforsten Anträge gestellt werden, daß die Forstbetriebe auf eine andere Grundlage gestellt werden, so erübrigt es sich, daß ich weiter darauf eingehe: Durch diese Anträge wird ja die Möglichkeit gegeben werden, nach Durch-

führung dieser Reformen noch mehr Einnahmen aus den Forsten zu erzielen, als wie bisher.

Ich möchte zum Schluß den dringenden Appell an das hohe Haus richten, daß wir alle zusammen arbeiten und trachten sollen, daß die Produktion der Landwirtschaft gehoben und gefördert wird. Es liegt dies nicht nur im Interesse der Landwirtschaft allein, sondern noch mehr im Interesse der gesamten Bevölkerung. Ein kräftiger, gesunder, fleißiger Bauernstand wird eine Quelle der Ruhe, des Friedens und der Ordnung und daher auch eine Stütze der Republik sein.

Ich stelle daher namens des Finanz- und Budgetausschusses folgenden Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle den Ansätzen des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1922, Kapitel 19 und 20, Land- und Forstwirtschaft (Ausgaben und Einnahmen), unter Berücksichtigung der aus der obigen Tafel ersichtlichen ziffernmäßigen Änderungen die Genehmigung erteilen und die beigedruckten Entschlüsse annehmen.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages. (Beifall.)

Präsident: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Jerzabek die Verhandlung bezüglich des Kapitels „Volksernährung“ einzuleiten.

Spezialberichterstatter Dr. Jerzabek: Hohes Haus! Als das hervorragendste Merkmal des Voranschlages, über den ich zu referieren habe, muß wohl die wenig erfreuliche Tatsache bezeichnet werden, daß bei keinem anderen Ressort im Voranschlag die ungeheuren Kursverluste, die vom österreichischen Staate getragen werden müssen, in so erschreckender Deutlichkeit zum Ausdruck gelangen, wie in dem Voranschlag des Bundesministeriums für Volksernährung.

Insgesamt haben diese Kursverluste, wie aus den vorliegenden Ausweisen ersichtlich ist, bis zum November des laufenden Jahres die Summe von rund 165 Milliarden erreicht. Davon entfallen 83 1/2 Milliarden, also mehr als die Hälfte, auf den Voranschlag des Volksernährungsministeriums. Diese Feststellung erscheint mir deshalb notwendig, weil einerseits darin die Erklärung liegt für die gewaltigen Ziffern, welche der in Rede stehende Voranschlag aufweist, andererseits daraus aber auch zur Genüge hervorgeht, daß die von der Regierung mit 1. Jänner kommenden Jahres beabsichtigte Einstellung der Lebensmittelzuschüsse wohl nur unter gleichzeitiger Vorkehrung umfassender Sicherungsmaßnahmen vor sich gehen kann, wenn wirtschaftliche Krisen größten Umfanges vermieden werden sollen. Jedenfalls geht es nicht an, die

83 1/2 Milliarden einfach auf die Schultern der Konsumenten zu überwälzen und sie zu zwingen, die vom Staate bewirtschafteten und bisher zu verbilligten Preisen abgegebenen Lebensmittel, wie Mehl, Brot, Milch und Fett nunmehr zum jeweiligen Marktpreis einzukaufen. Das würde gewiß die finanzielle Leistungsfähigkeit der einzelnen Haushaltungen weit übersteigen und geradezu katastrophale Wirkungen auslösen müssen.

Hierzu kommt aber noch, daß im vorliegenden Voranschlage die Post „Verbrauchervereinigungen“, die im früheren Budget mit einem Betrag von 52 Millionen bedacht gewesen ist, nicht mehr aufscheint, und daß durch den Wegfall dieser Post vor allem jene Institutionen besonders hart getroffen werden, die sich in der Ernährungsfürsorge für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten betätigen, wie Gemeinschaftsküchen, Mensen u. dgl. Jedermann weiß aber, daß diese Anstalten schon heute mit kolossalen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um den an sie gestellten Anforderungen auch nur halbwegs nachkommen zu können, und daß nur die ihnen bisher gewährte staatliche Hilfe es ermöglicht hat, daß sie sich noch über Wasser halten. Bleibt jedoch diese Hilfe aus, dann wird wohl nichts mehr in der Welt diese Anstalten vor dem Zusammenbruche und vor der Betriebseinstellung retten können und gleichzeitig Tausenden und Abertausenden von Menschen die Möglichkeit entzogen werden, wenigstens einmal im Tage zu erschwinglichen Preisen sich ein Essen zu verschaffen.

In Würdigung dieser Eventualitäten hat der Finanz- und Budgetausschuß beschlossen, statt des in Aussicht genommenen Abstriches von 64.429.000.000 K bei den Kursverlusten sich mit einem solchen von bloß 41.429.000.000 K zu begnügen, so daß also ungefähr die Hälfte der Kursverlustsumme noch immer im Voranschlag bleibt und dadurch der Regierung ein gewisses Maß von Ellenbogenfreiheit eingeräumt wird, um alle zur Hintanhaltung wirtschaftlicher Krisen erforderlichen Präventivmaßnahmen treffen zu können. Aus dem gleichen Grunde hat auch der Ausschuß eine vom Abgeordneten Steinegger eingebrachte Entschließung angenommen, welche der Regierung nachdrücklichst die Vorkehrung solcher Maßnahmen ans Herz legt.

Auf die Einzelheiten des Voranschlages übergehend, will ich mich nur mit drei Posten beschäftigen, die in den Erläuterungen zu dem Berichte nicht erwähnt worden sind, und zwar aus dem Grunde, weil sie in Verrechnung des Finanzministeriums stehen. Es sind dies die Posten 3, 5 und 6 zu Titel 3.

Die Post 3, „Kinder und Jugendliche“, weist auf der Ausgabenseite einen Betrag von 104.206.000 K auf. Es handelt sich hier um die

amerikanische Kinderhilfsaktion, bei der wir aber zur Beistellung von Mehl verpflichtet sind. Wir müssen aber nicht nur Mehl liefern, das im Inlande aufgebracht wird, sondern auch solches, das wir aus Deutschland beziehen, wofür wir natürlich auch die Transportkosten zu bestreiten haben.

Die Post 5, „Liebesgaben“, die mit einer Ausgabensumme von 1.000.000 K ausgewiesen erscheint, betrifft die Fracht- und Einlagerungskosten für die aus dem Ausland kommenden Gratissendungen, die wir aus eigenem zu tragen haben, während die Post „Verschiedene Ausgaben“ in der Höhe von 50.000 K einen einfachen Verrechnungssatz darstellt, der hauptsächlich zur Bestreitung der Bahngebühren ausländischer Offiziere aus Anlaß von Reisen im Interesse der inländischen Volksernährung dient.

Auf die übrigen Details des Voranschlages glaube ich nicht näher eingehen zu müssen, da Sie darüber im Berichte alles ausführlich niedergelegt finden. Ich beschränke mich daher auf die Bitte, das hohe Haus möge dem Voranschlage des Bundesministeriums für Volksernährung die Zustimmung erteilen und den Entschließungsantrag des Abgeordneten Steinegger annehmen.

Präsident: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Schneidmadr.

Abgeordneter Schneidmadr: Hohes Haus! Die Revolution, die dem Zusammenbruche des Krieges gefolgt ist, hat auch das Landvolk in Bewegung gebracht: Die Klassengegensätze auf dem Lande, zwischen landwirtschaftlichen Arbeitern und Gutbesitzern, zwischen Häuslern und Großbauern, zwischen Pächtern und Großgrundbesitzern sind sichtbar geworden. Die Agrarrevolution, die in Rußland ihren Ausgang genommen hat, die sich dann fortgesetzt hat in Ungarn, in Rumänien, in Jugoslawien, in der Tschecho-Slowakei, hat ihre Wellen auch nach Deutschösterreich herübergeschlagen. Das war die Zeit, wo die bürgerlichen Parteien dem Landvolke das Versprechen gegeben haben, daß sie eine großzügige Agrarreform auch in Deutschösterreich durchführen werden. In der Provisorischen Nationalversammlung ist das Gesetz, betreffend die Ablösung der Zinsgründe, beschlossen worden, das vor allem die Absicht hatte, die in der Zins knechtschaft der Schwarzenberge und sonstiger böhmischer Aristokraten schmachtenden Pächter zu befreien. Dieses Zinsgründegesetz war aber nicht auf Deutschösterreich anwendbar, weil es ja den besonderen Verhältnissen auf diesen Gütern Rechnung getragen hat. Die unteren Klassen des Landvolkes aber forderten auch in Deutschösterreich eine großzügige Agrarreform, und es konnten sich dem Drucke

dieser Forderung die bürgerlichen Parteien nicht entziehen.

Im Aktionsprogramm der christlichsozialen Partei vom 3. März 1919 lesen wir, daß es „im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion gelegen ist, alle Vorrechte und Servituten auf Grund und Boden aufzuheben, die notwendigen Bodenmeliorationen und Flußregulierungen nach einem einheitlichen Arbeitsplan durchzuführen“. Wir lesen weiter, daß es notwendig ist „zur Stärkung und Vermehrung des bäuerlichen Mittel- und Kleinbesitzes und zur Schaffung von Heimstätten für Kriegsbeschädigte und landwirtschaftliche Dienstboten den übermäßig großen Grundbesitz heranzuziehen. In erster Linie kommen hierfür die Staats- und Krondomänen, dann die der landwirtschaftlichen Produktion in den letzten Jahrzehnten zur Schaffung von Jagd- und Lugsbesitz entzogenen Grundstücke sowie die während des Krieges als bloße Kapitalsanlage oder zu Spekulationszwecken erworbenen Liegenschaften, ferner die in Pacht gegebenen, nicht rationell bewirtschafteten Teile des privaten Großgrundbesitzes in Betracht. Soweit zur Durchführung dieser Aktion privater Besitz enteignet werden muß, hat die Ablösung stattzufinden, auf dem öffentlichen können Erbpachtrechte begründet werden.“

Sie werden zugeben, daß dieses Agrarreformprogramm, das sich die christlichsoziale Partei da gegeben hat, wenn man berücksichtigt, daß diese Partei ihrem Wesen nach eine konservative Partei ist, überaus radikal ist. Sie sprechen von Enteignung, Sie sprechen von der Aufhebung aller Vorrechte und Servituten auf Grund und Boden, und ich werde ja darauf noch zu sprechen kommen, wie Sie praktisch diese Versprechungen eingelöst haben.

Aber nicht nur die christlichsoziale Partei mußte nach dem Zusammenbruch dem Druck nachgeben und eine Agrarreform versprechen, auch die Großdeutschen sind nicht weniger weit gegangen, und wenn ich Sie an den Herrn Abgeordneten Stocker erinnere, der der Konstituierenden Nationalversammlung angehörte und der in bäuerlichen Fragen der Führer innerhalb der Großdeutschen Partei gewesen ist — denn die Sezession zwischen Großdeutschen und deutscher Bauernpartei ist erst später eingetreten —, dann werden Sie zugeben, daß der Abgeordnete Stocker in der Konstituierenden Nationalversammlung Forderungen von einem Radikalismus erhoben hat, die sicherlich auch draußen auf dem Lande Widerhall gefunden und große Hoffnungen erweckt haben. Wenn Sie, meine Herren, sich heute darauf zurückziehen, daß Sie sagen, die Sozialdemokraten haben die Unruhe auf das Land hinausgetragen, weil sie den kleinen Bauern Grund und Boden versprochen haben, so ist das eine Fälschung der Tatsachen. Nicht wir haben den kleinen Bauern Grund und Boden versprochen und

nicht wir haben versprochen, daß wir den Großgrundbesitz aufteilen werden — wir haben von der Sozialisierung des Großgrundbesitzes gesprochen —, sondern Sie haben diese Forderungen erhoben, nicht nur in Versammlungen und Zeitungen zu demagogischen Zwecken, sondern Sie haben sich auch zur Erfüllung dieser Forderungen ganz offiziell in Ihrem Parteiprogramm verpflichtet. Wie sehr Sie bestrebt gewesen sind, sich in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch den Anschein zu geben, als ob Sie eine Agrarreform durchführen und das Interesse der Kleinen am Lande wahrnehmen wollten, beweist auch die Tatsache, daß Sie sofort, nachdem wir den Antrag auf Ablösung langjähriger Pachtverträge in der Konstituierenden Nationalversammlung gestellt haben, auch solche Anträge stellten, und zwar Anträge, die womöglich noch radikaler waren als der sozialdemokratische Antrag. Da kamen zuerst die Abgeordneten Stocker, Egger, Größbauer usw., Haueis und Genossen, die einen Antrag, betreffend die Ablösung langjährig verpachteter Grundstücke, eingebracht haben. Der Herr Abgeordnete Haueis, der in dem demagogischen Wettrennen um die Gunst der Kleinen am Lande draußen nicht ins Hintertreffen geraten wollte und zuerst den Antrag Stocker mitunterschrieben hatte, hat wenige Tage später einen eigenen Antrag, betreffend die Enteignung von Pachtgründen, eingebracht. Während der Abgeordnete Stocker sich begnügte, von der Ablösung langjährig verpachteter Grundstücke zu sprechen, sprechen die Abgeordneten Haueis, Buchinger, Födermahr und Genossen bereits von der Enteignung. Sie haben sich also damals bemüht, den Anschein zu erwecken, als ob sie den Forderungen der Kleinen am Lande draußen, die ja nicht klar formuliert gewesen sind, entsprechen würden.

Wenn wir uns nun fragen, was tatsächlich geschehen ist, so finden wir, daß aus dieser Agrarreformbewegung, die da unter der Führung der Christlichsozialen und Großdeutschen, beziehungsweise der deutschen Bauernbündler durchgeführt worden ist, blutwenig herausgekommen ist. Wir haben eine Pächterschutzverordnung, aber diese ist nicht etwa dadurch zustande gekommen, daß die bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit des Pächterschutzes betont haben, sondern es ist bekannt, daß die Pächterschutzverordnung einem sozialdemokratischen Antrag zu danken ist. Der Antrag des Abgeordneten Schneidmahl und Genossen, betreffend Ablösung landwirtschaftlicher Pachtgründe hat im Wesen vor Augen gehabt, jene landwirtschaftlichen Pachtgründe zur Ablösung zu bringen, die ein Hörigkeitsverhältnis von arbeitenden Menschen zu Großgrundbesitzern bedingen. Dieser sozialdemokratische Antrag, den Sie, meine Herren, durch ihre Anträge überboten haben, ist in der Konstituierenden Nationalversammlung

gar nicht zur Erledigung gekommen. Die Herren haben diesen Antrag, der den Zweck gehabt hat, altes Unrecht gutzumachen, zum Vorspann für ihre selbstischen Zwecke benutzen wollen; es sind da die Abgeordneten Haucis, Niedrist usw. aus dem schönen Lande Tirol gekommen und haben uns gesagt, daß es viel wichtiger ist, vor allem das Rahlgebirge in den Besitz der Anrainer überzuführen, daß es viel wichtiger ist, die Allgemeinheit, den Staat zugunsten von Privaten zu enteignen, als die Großgrundbesitzer zugunsten der Pächter, und sie haben diesen Gesetzesantrag über die Ablösung langjähriger Pachtverträge — nicht nur den sozialdemokratischen, sondern auch den christlichsozialen und großdeutschen — im Ausschusse obstruiert, weil sie mit dieser Obstruktion durchsetzen wollten, daß das Rahlgebirge in Tirol den Anrainern geschenkt wird. Im Nationalrat ist dieses Gesetz erst nach einem harten Kampf gegen den Widerstand der Christlichsozialen und auch zum Teile der Großdeutschen und deutschen Bauernbündler zur Erledigung gekommen.

Wenn wir uns umsehen, was wir sonst noch an bodenreformerischen Gesetzen haben, so werden Sie auf das Wiederbesiedlungsgesetz hinweisen. Das Wiederbesiedlungsgesetz ist von der Konstituierenden Nationalversammlung bereits am 31. Mai 1919 erledigt worden. Der Bericht zum vorliegenden Budgetkapitel weist darauf hin, daß die Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes sich erst in den Anfangsstadien befindet. Meine Herren! Wenn man bedenkt, mit welcher großen Hoffnungen die ländliche Bevölkerung dieses Wiederbesiedlungsgesetz begrüßt hat, wenn man bedenkt, daß die ländliche Bevölkerung die Erwartung gehabt hat, daß nun endlich Grundstücke, die von den Adelligen, von den Feudalen und auch von anderen Spekulanten für Jagd- und Luxuszwecke aufgekauft worden sind, nun wieder der Volkswirtschaft zugeführt werden würden, und wenn man dann bedenkt, daß die Durchführung dieses Gesetzes sich nach mehr als zwei Jahren nach Ihrem eigenen Zugeständnis noch in den Anfangsstadien befindet, dann muß man schon sagen, daß Ihr Eifer, eine Agrarreform, ja nur das Wiederbesiedlungsgesetz selbst durchzuführen, anzuzweifeln ist. Das Wiederbesiedlungsgesetz selbst wird von den weltlichen, kirchlichen und klösterlichen Großgrundbesitzern begreiflicherweise heftig bekämpft. Aber es ist bezeichnend, daß bei der Sabotage dieses Gesetzes auch die Agrarbehörden, vor allem aber die Agraroberbehörde, die sich in unserem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft befindet, mitwirkt.

Ein Beispiel hiefür: In Zell-Nezberg bei Waidhofen an der Ybbs befindet sich ein Gut, das aus fünf ehemaligen blühenden Bauernwirtschaften besteht und gegenwärtig einem gewissen Herrn Milo Weitmann gehört. Auf der Fläche dieses

Gutes standen früher Hunderte von Obstbäumen, die der Herr Milo Weitmann kurzerhand hat fällen lassen, fünf prächtige Bauerngehöfte sind heute vollständige Ruinen. Auf dem Grunde dieses Gebietes konnte früher ein Viehstand von durchschnittlich 400 Stück gehalten werden; gegenwärtig hat der Herr Milo Weitmann einen Viehstand von rund 100 Stück, davon sind 90 im Gutshofe des Herrn Weitmann selbst; diese aber sind in einem so herabgekommenen Zustande, daß eine Kommission, die von der Agrarbezirksbehörde Melk auf dieses Gut entsendet wurde, darüber entsetzt gewesen ist. Das ganze Gebiet, das sehr guter Mittelboden ist, wurde von Herrn Weitmann in Jagdgebiet verwandelt. Körnerfrüchte werden überhaupt nicht mehr angebaut, aber auch Heu erntet der Herr Weitmann viel weniger, als er für sein Gut braucht, und er muß Heu dazu kaufen. Im vergangenen Jahre hat er beispielsweise 15 Meterzentner ankaufen müssen, obwohl dieses Gut früher 400 Stück Vieh erhalten konnte. Die ganze Wirtschaft macht selbst auf einen Laien einen niederschmetternden Eindruck, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man diese Wirtschaft als eine Sawirtschaft bezeichnet. Ich führe diese Daten deswegen an, damit Sie sich einen beiläufigen Begriff von der Verfassung dieses Gutes machen können. Und nun hören wir, daß die Agraroberbehörde auch eine Kommission hinausgeschickt hat, weil die Interessenten an der Wiederbesiedlung dieses Gutes begreiflicherweise das Verfahren beschleunigen wollen und sich auch an die Agraroberbehörde gewendet haben. Diese Kommission hat nun gefunden, daß man es hier mit einer „Musterwirtschaft“ zu tun hat, die man nicht zur Wiederbesiedlung gelangen lassen kann. (Hört!)

Meine Herren! Es ist begreiflich, daß da die Bevölkerung draußen das Vertrauen in die Durchführung dieses Gesetzes verlieren muß. (Zwischenruf.) Selbst ein christlichsozialer Landtagsabgeordneter — und das ist bezeichnend — hat zu einem unserer Parteigenossen gesagt: „Unterstützen Sie und Ihre Partei uns im Kampfe um die Wiederbesiedlung, damit der Widerstand der Agraroberbehörde, in der lauter Aristokraten sitzen, gebrochen werden kann, denn sonst wird aus der Wiederbesiedlung überhaupt nichts.“ Wir haben das Gefühl, daß die Agraroberbehörde und das Landwirtschaftsministerium nicht nur nicht das Bestreben haben, eine Agrarreform anzuregen und einzuleiten, sondern auch die bisher auf diesem Gebiete zustande gekommenen Gesetze zu sabotieren und zu verhindern. Daß sich das Landwirtschaftsamt beharrlich seiner Pflicht entzieht, Aufträge, die es von diesem Hause erhalten hat, zu erfüllen, darauf habe ich schon mehrmals hingewiesen. Ich habe bei der letzten Budgetverhandlung darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Resolutionsanträgen, die in diesem Hause einstimmig, also von allen

Parteien, beschlossen worden sind, vom Landwirtschaftsamt einfach nicht beachtet wurden. (*Hört! Hört!*) Ein Resolutionsantrag — ich führe das nur zur Illustration des Vorhergesagten an — der Herren Abgeordneten Stocker und Genossen hat einen Gesetzentwurf über den Abbau des Großgrundbesitzes gefordert. Auch die Christlichsozialen haben natürlich dieser Resolution zugestimmt in der sicheren Erwartung, daß ja das Landwirtschaftsamt diesem Resolutionsantrag nie Rechnung tragen wird, aber auch in der Hoffnung, daß solche Resolutionen in der Propaganda draußen auf dem Lande für den christlichsozialen Bauernbund ebenso gut zu verwerten sind wie für den Deutschen Bauernbund. Im Zusammenhang mit dieser Resolution ist auch vom Hause beschlossen worden, daß die Regierung aufzufordern sei, einen Gesetzentwurf über die Schaffung von Rentengütern dem Hause vorzulegen. Ich möchte besonders darauf Nachdruck legen, daß auch die Resolution der Abgeordneten Weber und Genossen, betreffend ein Gesetz über die Regelung des Erbpachtrechtes, dem Hause noch immer nicht vorgelegt worden ist, und ich lege deswegen besondern Nachdruck darauf, weil gerade dieses Gesetz für die ländliche Bevölkerung, insbesondere für die kleinen Leute auf dem Lande draußen von Bedeutung werden könnte. Aber auch der Gesetzentwurf, der vom Landwirtschaftsamt nach einem einstimmig gefaßten Beschluß des Hauses vorzulegen gewesen wäre, nämlich der Gesetzentwurf über das Vertauschrecht der Gemeinden bei allen entgeltlichen Übertragungen von Liegenschaften ist bisher nicht vorgelegt worden.

Meine Herren! Wenn wir die Bilanz aus der Boden- und Agrarreform ziehen, die von den bürgerlichen Parteien nach dem Zusammenbruch versprochen worden ist, dann müssen wir schon sagen, daß diese Bilanz überaus kärglich ist, daß sie gleichzeitig aber auch eine schwere Anklage gegen die bürgerlichen Parteien ist (*Sehr richtig!*), die mit ihren Versprechungen das Landvolk genarrt haben. (*Sehr richtig!*)

Wenn wir aber feststellen müssen, daß die bisher geschaffenen Bodenreformgesetze vom Landwirtschaftsamt sabotiert werden, da wird es nicht unnützlich sein, sich auch die Frage vorzulegen, welche Funktion denn dieses Landwirtschaftsamt gegenwärtig zu erfüllen hat. Ich habe die Empfindung, daß es die letzte Position ist, die dem Großgrundbesitz und den Feudalen nach dem Zusammenbruch geblieben ist, und daß der Großgrundbesitz und die Feudalen dieses Landwirtschaftsamt als ein Werkzeug benutzen, die Agrarreform zu verhindern. (*Sehr richtig!*)

Wir haben an der Spitze dieses Amtes gegenwärtig ja keinen Landwirt, sondern... (*Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Hennel: Bitte, bitte, ich bin doch Landwirt!*) Ja, vielleicht

auch Landwirt. Es sind ja auch die Ehrenfelse, die im Fachbeirat sind, praktische Landwirte aber ich meine, wir haben einen Aristokraten an der Spitze dieses Amtes, und wenn man in dieses Amt hineinsieht, so findet man, daß dort eine recht hochfeudale Gesellschaft versammelt ist.

Meine Herren, die Sie hier die Vertreter der Landwirte sind, kommt es Ihnen denn nicht zum Bewußtsein, daß Sie eigentlich die Statisten sind, die verwendet werden, um die Bestrebungen ganz anderer Ihnen selbst feindlicher Kreise zu decken?

Das Landwirtschaftsamt könnte unserer Überzeugung nach auch in den Beamtenabbau einbezogen werden. Nach der neuen Verfassung ist ja das Schwergewicht der Landwirtschaftsverwaltung in die Länder verlegt, und das Landwirtschaftsministerium hat im Wesen nur die Agrarreform durchzuführen. Die Agrarreform ist nach der neuen Verfassung Bundesache. Auf diesem Gebiete aber geschieht, wie die Erfahrung gezeigt hat, nichts. Es ist bisher nichts geschehen und es ist daraus natürlich mit Begründung zu schließen, daß auch in Zukunft noch weniger geschehen wird. Wenn wir bei Besprechung der weiteren Kapitel die Tätigkeit des Landwirtschaftsamtes näher untersuchen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß da ein ganz bedeutender Abbau möglich ist, und daß das Landwirtschaftsamt seine Aufgaben, die es tatsächlich zu erfüllen hat, erfüllen kann, auch wenn sein Umfang ganz bedeutend vermindert wird.

Meine Herren! Daß wir nicht damit zu rechnen haben, daß eine Agrarreform durchgeführt wird, das hat die Kampfabstimmung am Schluß der gestrigen Sitzung ganz deutlich bewiesen. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Umwandlung des Gemeindevermögens in Gemeindeamtvermögen eingebracht. Dieser Antrag will altes Unrecht gutmachen, er will eine Verbesserung der Verhältnisse auf dem flachen Lande herbeiführen. Wir sind der Überzeugung, daß das nur möglich ist, wenn die in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts mit allen Mitteln der Gewalt und List durchgeführte Enteignung der Gemeinden zugunsten der gewesenen Gemeindehohen rückgängig gemacht wird, soweit es nur irgendwie möglich ist.

Der Antrag stellt sich diese Wiedergutmachung zum Ziel, indem er die angemessenen Vorrechte einzelner Gruppen von Gemeindeangehörigen am Gemeindegut schlangweg beseitigt, dort wo die bereits gebildete Agrargemeinschaft schon im bürgerlichen Eigentum der Liegenschaft sitzt, die Eigentums-erwerbung rückgängig macht. Wo es bereits zur Auflösung der Realgemeinde und vollkommenen Aufteilung des ehemaligen Gemeindegutes gekommen ist, läßt sich mit Rücksicht auf die allgemeinen Grundsätze unseres Grundbuchrechtes eine Annullierung

nur schwer durchführen. Im Hinblick darauf, daß die in Frage kommenden Rechtstitel durchwegs im äußersten Grade ansechtbar, vielfach auf strafrechtlich verpönte Art und Weise zustande gekommen sind, wird im großen und ganzen von der Gewährung eines Anspruches auf Entschädigung abgesehen.

Die Durchführung dieser Sache wäre von ungeheurer Bedeutung für die kleinen Leute auf dem Lande, denen Sie versprochen haben, daß alle Vorrechte und Servituten an Grund und Boden aufzuheben sind.

Dieser Antrag gehört naturgemäß in den landwirtschaftlichen Ausschuß, weil sich mit den Gesetzen, die eine Reform der Besitzverhältnisse an Grund und Boden in der Landwirtschaft betreffen, bisher ausschließlich der Landwirtschaftliche Ausschuß beschäftigt hat. Sie aber, meine Herren, sind der Meinung gewesen, daß das den landwirtschaftlichen Ausschuß nichts angeht, daß man diesen Antrag dem Verfassungsausschuß zuweisen muß. Warum denn diese Bedenken und warum dieser Streit, welchem Ausschusse dieser Antrag zugewiesen werden soll. Die Antwort auf diese Frage ist sehr leicht. Die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Ausschusses, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehören, wagen es nicht, diesen sozialdemokratischen Antrag im Landwirtschaftlichen Ausschuß umzubringen oder niederzustimmen. Es wäre peinlich zum Beispiel für die Herren Buchinger oder Eisenhut, wenn sie im Landwirtschaftlichen Ausschuß gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Umwandlung von Gemeindegut in Gemeindestammvermögen stimmen müßten, weil sie es dann schwer hätten, im Bauernbund den kleinen Leuten auf dem Lande draußen einzureden, daß der Bauernbund ihre Interessen verfechte. Ebenso wäre es eine überaus undankbare Sache für die Herren von der deutschen Bauernpartei, wenn sie im Landwirtschaftlichen Ausschuß in diese Situation kämen. Aber im Verfassungsausschuß, da brauchen sich ja die Führer der verschiedenen Bauernbünde nicht zu exponieren, da werden die Herren Kunschak und Seipel oder Schmitz und Wigner oder Mayr und Miklas schon die entsprechenden Argumente zusammentragen, die dartin, daß dieser Antrag nicht durchzuführen ist, daß man ihn ablehnen muß. Für die Herren Kunschak, Seipel, Schmitz usw. wird es viel weniger gefährlich sein, wenn sie diesen Antrag, der im Interesse der kleinen Leute auf dem Lande gelegen ist, zu Fall bringen. Sie haben ja auch manches andere nützliche Gesetz schon zu Fall gebracht — die genannten Herren. Denn, wenn Sie auch, was die Zusammensetzung Ihrer Partei anlangt, eine Bauernpartei sind, so wird sich doch niemand darüber täuschen, daß die Führung der Partei beileibe nicht in den Händen der

Bauern, sondern in den Händen der Merikalen und der Advokaten liegt. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Pächterschutzverordnung, die mangelhaft und unvollkommen ist, die das Gepräge eines Provisoriums trägt, durch ein definitives Pächterschutzgesetz zu ersetzen. Auch die bürgerlichen Parteien haben in dieser Richtung ihren Wählern, die Pächter sind, Versprechungen gemacht, und ich möchte schon ersuchen, daß sich die bürgerlichen Parteien dieser Versprechungen erinnern. *(Ruf: Vor den Wahlen!)* Vor den Wahlen allerdings, da werden Sie auf diese Versprechungen zurückkommen, und Sie werden ja auch in der Lage sein, eine ganze Reihe hübscher Anträge aufzuzeigen, die Sie im Hause gestellt haben, auf eine ganze Anzahl, ja auf eine Anzahl von Resolutionen hinzuweisen, die sich sehr schön lesen. Die Tatsache aber, daß Sie diese Resolutionen und Anträge nur aus demagogischen Gründen gestellt haben, diese Tatsache werden wir draußen auf dem Lande aufzeigen. *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Schönsteiner: Da sollten Sie uns doch dankbar sein dafür, Herr Kollege!)* Sicherlich sind wir Ihnen dankbar, denn durch die Demagogie, die Sie hier im Hause treiben, erleichtern Sie uns die Arbeit auf dem Lande. *(Zwischenrufe.)*

Ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß mir das Landwirtschaftsministerium zu umfangreich zu sein scheint, und daß ein Abbau notwendig und dringend wäre. Es ist ein Vertreter des Bauernbundes — allerdings war das kein Bauer, sondern ein Advokat — mir entgegengetreten und hat erklärt, daß dieses Landwirtschaftsministerium gewissermaßen das Heiligtum des Bauernstandes ist, und daß daran nicht gerüttelt werden darf. Wenn die Bauern einmal in dieses Heiligtum tiefer hineinblicken würden, dann würden sie finden, daß recht sonderbare Heilige darin sind, auf die auch die frommsten Bauern unter Umständen gern verzichten würden. *(Heiterkeit.)* Weil das Landwirtschaftsministerium weiß, daß durch die Regelung der Kompetenzen in der Landwirtschaft, dadurch, daß die Landwirtschaftsverwaltung durch die Verfassung den Ländern zugewiesen ist, sein Wirkungskreis sich immer mehr einengt, sucht es sich eine neue Daseinsberechtigung zu schaffen, und es hat eine Fleißaufgabe verrichtet: es hat ein Landeskulturförderungs-gesetz ausgearbeitet und an die einzelnen Länder und Landeskulturräte zur Versendung gebracht. Wie diese Fleißaufgabe beschaffen ist, geht daraus hervor, daß sie von allen Interessenten ohne Unterschied der Partei rundweg abgelehnt worden ist. Was ist eigentlich das Wesen dieses Landeskulturförderungs-gesetzes, das da ausgearbeitet worden ist, gewesen? Das Landwirtschafts-

ministerium will, daß ihm vom Parlament ein Kredit von 850 Millionen Kronen zum Zwecke von Subventionen bewilligt werde. Das Landwirtschaftsministerium will mit Hilfe dieses Kulturförderungsgesetzes den einzelnen Ländern gute Ratschläge geben und will die Erfüllung dieser Ratschläge damit belohnen, daß es dann auch Subventionen zur Ausstreuung bringt. Die Länder haben sich begreiflicherweise gesagt, daß sie auf die Beträge, die auf Grund dieses Gesetzes auf die einzelnen Teile der Landespflege entfallen würden, verzichten, wenn sie damit gleichzeitig auch die Liebkei des Landwirtschaftsministeriums ersparen. Das Landwirtschaftsministerium will aber diese Sache machen — das Gesetz ist auf die Dauer von zehn Jahren geplant —, weil dann das Ministerium auf die lange Zeit von zehn Jahren Beschäftigung hätte, Musterentwürfe ausarbeiten, Ratschläge erteilen könnte — an die sich die Länder kehren oder auch nicht kehren —, weil es im Jahre 850 Millionen Kronen zu verteilen hätte.

Ich bin der Meinung, daß die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich sicherlich ein wichtiges volkswirtschaftliches Problem ist, ich bin aber auch weiter der Überzeugung, daß die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Wege der Subventionen nicht erreicht werden wird. Die Subventionen sind nicht ein Mittel zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, sondern sie sind ein Mittel zur Förderung der politischen Korruption. (Zustimmung.) Denn die Mittel, die aus diesen Subventionen verwendet werden, dienen nicht der Allgemeinheit, sondern den einzelnen Protektionskindern der herrschenden bürgerlichen Parteien. (Zwischenrufe.) Meine Herren! Sie stellen sich doch die Sache merkwürdig vor. Sie stellen sich die Sache so vor, daß Ihnen der Staat möglichst große Subventionen zu geben, daß er aber von Ihnen möglichst geringe Steuern zu verlangen hat. (Zustimmung. — Zwischenrufe.) Sie haben in einer der letzten Sitzungen furchtbar aufgeschrien, weil der Nationalrat eine Reform der Grundsteuer beschlossen und die Grundsteuer durchschnittlich auf das Hundertfache des Friedenspreises erhöht hat. Ich habe vor mir eine christlichsoziale Zeitung, die Ihnen sicherlich maßgebend sein wird, die „St. Pöltner-Zeitung“, die berechnet, wie diese neue Grundsteuer auf unsere Landwirte wirkt. Es ist hier ein Beispiel durchgerechnet, daß ein Bauerngut zum Vornwurf hat mit 22 Hektar, also zirka 38 Joch Grund. Dieser Grund umfaßt 1.18 Hektar Wald, 0.55 Hektar Garten, 20.4 Hektar Acker, Wiesen, also sicherlich ein ganz annehmbares Bauerngut. Wie hoch ist nun die Grundsteuer, die dieser Bauer zu bezahlen hat, den man sicherlich nicht zu den Häuslern oder Kleinbauern zählen kann? Er hat nach der Rechnung, die dieses Blatt anstellt,

im Jahre 1922 an Grundsteuer samt dem staatlichen Zuschlag 10.030 K zu zahlen. (Hört! — Zwischenrufe.) Die Differenz auf die erhöhte Grundsteuer ist doch bekanntlich umlagenfrei. Kommen Sie doch nicht mit dieser Spiegelfechtere! (Zwischenrufe.) Die ziffermäßig hohen Umlagen in den Gemeinden sind, was das Gelderträgnis anlangt, sicherlich überaus niedrig, weil eben die Steuerbasis an sich ungeheuer klein ist. (Lebhafte Zwischenrufe.) Warum regen Sie sich denn über die Feststellungen auf, die ein christlichsoziales Blatt macht? (Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Dinghofer (welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat, das Glockenzeichen gebend): Bitte, meine Herren, keine Aufregung.

Abgeordneter Schneidmahl (fortfahrend): Meine Herren, ich gestehe Ihnen, daß ich auch manchmal über die „St. Pöltner-Zeitung“ entrüstet bin. Aber wenn Sie im gegenwärtigen Moment entrüstet sind, weil dieses Blatt die Wahrheit über Ihre Steuerleistung sagt, dann kann ich diese Entrüstung nicht teilen. (Abgeordneter Jutz: Herr Kollege Schneidmahl, wenn der Bauer 10.000 K zahlt, so zahlt er 150.000 K Gemeindeumlagen in den meisten Gemeinden des Landes!) Herr Kollege, Sie scheinen gar nicht zu wissen, daß diese 10.000 K nach dem neuen Grundsteuergesetz zu bezahlen sind, und daß nach diesem Gesetz die Erhöhung von den Gemeindeumlagen ausgenommen ist. Diese 10.000 K aber, die dieser Landwirt mit 38 Joch an den Staat im Jahre bezahlt, was bedeuten die denn praktisch? 200 Kilogramm Kartoffeln! (Sehr richtig! — Lebhaftes Zwischenrufe.) Diese Leistung von 200 Kilogramm Kartoffeln im Jahre wagen Sie und wagt Ihr Blatt nun als einen Akt besonderer Opferwilligkeit hinzustellen. Es heißt hier nämlich (liest): „Durch dieses Gesetz werden der Bauernschaft bedeutende Opfer auferlegt.“ (Zwischenrufe. — Abgeordneter Eisenhut: Also werden Sie ein Bauer!) Herr Kollege Eisenhut, mit Vergnügen möchte ich ein Bauer werden, wenn Sie mir das Geld oder das Gut dazu geben. (Lebhafte Zwischenrufe. — Abgeordneter Pölzer: Tut den die Wahrheit gar so weh! — Ruf: Es ist ein Stumpfsinn!) Der Stumpfsinn steht in der „St. Pöltner-Zeitung“, Herr Kollege, ich kann nichts dafür. (Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Dr. Dinghofer gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Meine Herren, vielleicht haben Sie sich bereits beruhigt. Ich möchte nämlich konstatieren, daß diese Steuerleistung, die ich da an der Hand eines christlichsozialen Blattes illustriert habe, von Ihnen und von Ihrer Presse als eine besondere Opferwilligkeit der Bauern hingestellt wird. Denn das

Blatt sagt (*liest*): „Die Bauernschaft ist sich bewußt, daß es jetzt uns Ganze geht, unser Staat nur durch Opfer aller Stände gerettet werden kann, und bringt dieses Opfer“ — die 200 Kilo Erdäpfel im Jahr! — „in der Absicht, unsern Staat vor dem finanziellen Zusammenbruch mit retten zu helfen, gewiß gerne.“ (*Ruf: Das macht keinen besonderen Eindruck!* — *Abgeordneter Volkert: Das Opfer nicht!*) Dieses Opfer hat gewiß keinen besonderen Eindruck gemacht. Denn, wenn Sie wirklich Opfer bringen wollten, wenn wirklich das, was Sie immer sagen, keine leere Phrase wäre, dann dürften Sie heute nicht die hundertfache Friedensgrundsteuer, sondern Sie müßten die tausendfache Grundsteuer mit Freuden freiwillig auf sich nehmen. (*Lebhafte Zwischenrufe.* — *Ruf: Sie möchten am liebsten die Bauern von ihren Häusern verjagen!*) Aber Herr Kollege; ich weiß nicht, von wo Sie sind, aber mit diesen Mädchen werden Sie selbst im entlegensten Dorf Ihres Wahlkreises keinen Anklang mehr finden. (*Abgeordneter Pölzer: Es ist ein Wahlkreiskollege von Ihnen!*) Der Herr ist mir unbekannt, er ist mir noch nie im Wahlkreis aufgefallen.

Meine Herren! Ich habe schon gesagt, daß wir der Überzeugung sind, daß die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ein wichtiges volkswirtschaftliches Problem ist, und daß meiner Überzeugung nach die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Wege der Subventionen nicht durchgeführt werden kann. Wir sind der Überzeugung, daß eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion vor allem eine Hebung der Schulbildung im Lande draußen zur Voraussetzung haben muß. (*Zustimmung.*) Dazu brauchen wir . . . (*Abgeordneter Edlinger: Subventionen!*) . . . nicht Subventionen, Herr Kollege, sondern dazu brauchen wir die Schulreform, gegen die auch die bäuerlichen Mitglieder der christlichsozialen Partei kämpfen. Wenn die bäuerlichen Mitglieder der christlichsozialen Partei sich in die Absichten der Schulreform vertiefen, und wenn sie sich auf ihre eigenen Interessen besinnen würden, dann würden sie dahinter kommen, daß sie nur das Werkzeug der klerikalen Machtpolitik sind, wenn sie sich von den geistlichen und anderen Herren, die in ihrer Partei und in den Organisationen die Führung haben, zum Kampfe gegen die Schulreform hegen lassen. (*Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Luttenberger.*) Herr Kollege Luttenberger, wenn Sie für die Schulreform eintreten würden, könnte die Sache kompromittiert werden.

Die Schulreform hat zum ersten Male die Möglichkeit gegeben, daß der Grundsatz der Bodständigkeit angewendet wird, sie gibt die Möglichkeit, daß die Volksschule am Lande draußen den Bedürfnissen unserer Landwirtschaft angepaßt werden kann. Wenn Sie den Kampf gegen die Schulreform

führen, so verhindern Sie die Durchführung dieses Gedankens. Wir brauchen aber auch nach der Volksschule Bildungsstätten, die unseren Landwirten, unseren Kleinbauern und Häuslern die notwendigen Kenntnisse vermitteln, die sie brauchen, wenn Sie unsere Landwirtschaft und unsere landwirtschaftliche Produktion auf eine höhere Stufe bringen wollen. Einschalten möchte ich, daß Sie mit uns nicht nur den Kampf für eine zeitgemäße Schulreform führen sollten, sondern daß Sie mit uns auch den Kampf gegen die Schulbesuchserleichterungen am flachen Lande draußen führen sollten, durch die gerade den ärmeren Schichten der ländlichen Bevölkerung ein bis zwei Jahre ihrer Kindheit geraubt werden, die sie in der Schule zubringen müßten.

Wir wünschen aber auch, daß das mittlere und das höhere landwirtschaftliche Schulwesen ausgestaltet wird. Weil wir wollen, daß die Schulreform das gesamte landwirtschaftliche Schulwesen erfaßt, weil wir es den Aufgaben, die es gegenwärtig zu erfüllen hat, anpassen wollen, deswegen haben wir im Finanz- und Budgetausschusse den Antrag gestellt, daß die Verwaltung des landwirtschaftlichen Schulwesens aus dem Landwirtschaftsministerium herausgenommen und dem Unterrichtsministerium angegliedert wird. Meine Herren! Das Landwirtschaftsministerium hat Aufgaben, die sich von jenen des Unterrichtsamtes grundlegend unterscheiden. Für die Organisation, beziehungsweise Reorganisation von Unterrichtsanstalten ist das Landwirtschaftsamt sicherlich nicht das Fachministerium.

Wenn wir wollen, daß die Kinder, die am Lande draußen eine durch die Schulreform zeitgemäß umgestaltete Volksschule absolviert haben, dann in Fortbildungsschulen, in landwirtschaftlichen Mittelschulen ihre Kenntnisse weiter vervollkommen können, dann müssen wir dafür sorgen, daß auch das landwirtschaftliche Mittelschulwesen und das landwirtschaftliche Schulwesen überhaupt nach den Forderungen der Schulreform umgestaltet wird. Das kann aber nur geschehen, wenn dieser gesamte Unterrichtszweig von einer Stelle aus umgestaltet wird. Das kann nur durch das Unterrichtsamt mit seiner Reformabteilung und nicht durch das Landwirtschaftsamt geschehen. Wir haben im Finanzausschuß auch den Antrag gestellt, daß die Regierung aufgefordert wird, die vom Volksbildungsamt geplante Errichtung einer ländlichen Volkshochschule in Hainburg zu fördern, insbesondere dadurch, daß Stipendien für landwirtschaftliche Arbeiter und Kleinbauern gestiftet werden, die so hoch sind, daß die Stipendien während des sechsmonatigen Kurses an diesen Volkshochschulen die Verpflegskosten gedeckt erhalten. Diese Resolution ist im Finanzausschuße von allen Parteien angenommen worden. Ich möchte ersuchen, daß es damit sein Bewenden nicht hat, und daß das Landwirtschaftsministerium

diese Resolution nicht so behandelt, wie in der Regel die anderen Resolutionen behandelt werden, die das Haus beschließt, denn es ist unserer Überzeugung nach überaus wichtig, daß nicht nur für die fachliche Ausbildung unserer Landbevölkerung gesorgt wird, sondern daß die Landbevölkerung auch in die allgemeine Bildung eingeführt wird. Dazu sollen diese ländlichen Volkshochschulen dienen, von denen nun eine errichtet werden soll. Es ist ein Anfang, ein bescheidener Anfang, aber wir wollen hoffen, daß es bei diesem Anfang nicht bleibt. Es ist allgemein bekannt, daß sich die Landwirtschaft in den nordischen Ländern auf einer ungemein hohen Stufe befindet, auf einer Stufe, die wir noch lange nicht erreicht haben, und es wird von allen Fachkreisen anerkannt, daß diese hohe Stufe nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, daß diese nordischen Länder, besonders Dänemark, mit einem dichten Netz solcher ländlicher Volkshochschulen überzogen sind.

Die Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens, die zeitgemäße Reform des Schulwesens auf dem Lande überhaupt ist, wie ich schon betont habe, unserer Überzeugung nach eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Eine weitere Voraussetzung hiezu ist aber auch eine zeitgemäße Reform der lokalen Verwaltung. Es ist sicher richtig, daß man die Landwirtschaft nicht durch bureaukratisches Diktat fördern kann, sondern nur, indem man die lokale Verwaltung, die Verwaltung in den Bezirken und Kreisen so einrichtet, daß man die im Volke vorhandenen lebendigen Kräfte zur Mitarbeit an dieser wichtigen Verwaltung heranzieht. Die Verwaltungsreform, die Demokratisierung der Bezirksverwaltung und die Schaffung einer entsprechenden Kreisverwaltung wird aber von den Christlichsozialen mit aller Schärfe bekämpft. Nicht nur von den Christlichsozialen reaktionärer Couleur, den Seipel, Kunschak usw., die den Bezirkshauptmann aus der alten Monarchie auch in der Republik nicht missen wollen, sondern diese Verwaltungsreform wird auch von den agrarischen Mitgliedern dieser Partei bekämpft.

Da muß ich schon sagen, meine Herren, daß ich diesen Standpunkt nicht verstehe. Nach der neuen Verfassung kann eine Stadt, die über 20.000 Einwohner hat, aus dem Bezirke ausscheiden und autonom werden. Es ist also möglich — und es sind auch praktische Beispiele dafür vorhanden —, daß ein Buchdrucker, ein Metallarbeiter, ein Weber oder irgendein anderer Arbeiter Bürgermeister eines solchen Gemeinwesens wird. Die Bürgermeister, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind und in der Zeit nach dem Umsturz dieses Amt unter den schwierigsten Verhältnissen übernahmen, haben sich gewiß ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt. Die Arbeiterklasse hat also die

Möglichkeit, auch größere Gemeinwesen selbst zu verwalten. Nur die Bauern haben diese Möglichkeit nicht; denn die Gemeinden, die wir heute haben, sind so klein, sie sind so lebensunfähig, daß dort eine wirksame lokale Verwaltung nicht durchgeführt werden kann. Ich denke da insbesondere an die Verhältnisse in Niederösterreich. Das Bestreben der niederösterreichischen Christlichsozialen ist es, diese Gemeinden nicht zusammenzulegen, nicht größere lokale Verwaltungskörper zu schaffen, sondern aus lokalen Interessen auch die vorhandenen Gemeinden noch zu zer schlagen und zu zerreißen und so die Gemeindeverwaltung überhaupt völlig lahmzulegen.

Ich weiß schon, meine Herren, daß dieses Zer schlagen, dieses Zerreißen der Gemeinden, dieser Widerstand gegen die Zusammenlegung der Gemeinden auch einen politischen Hintergrund hat. Die Advokaten und die sonstigen Herren, die Sie in die Landesverwaltung entsendet haben und die heute Landeshauptleute sind, wollen sich in ihrer Machtbefugnis nicht beschränken lassen, und sie sind umso größere Herren, je weniger leistungsfähig und je weniger wehrhaft die kleinen Gemeinden sind. Aber Sie, meine Herren, die draußen auf dem Lande leben, und die ländliche Bevölkerung, die Sie hier vertreten, hätten sicherlich alles Interesse, daß auch für die landwirtschaftliche Bevölkerung lokale Selbstverwaltungskörper geschaffen werden, in denen die landwirtschaftlichen Interessen zur Geltung kommen. Freilich, wir denken da nicht an die ominösen niederösterreichischen Bauernkammern, die irgendein Herr ausgehegt hat, um den Cliquen, die durch das allgemeine Wahlrecht aus den Gemeindefrühen hinausgeworfen wurden, in den Bauernkammern eine neue Machtstellung zu verschaffen.

Wenn wir bei der Durchführung der Bodenreformgesetze einen völligen Stillstand sehen und konstatieren müssen, daß die Bureaukraten entweder absichtlich oder weil sie zu schwerfällig sind, diese Durchführung verzögern, so müssen wir schon sagen, daß es auch im Interesse der Durchführung dieser Gesetze gelegen wäre, wenn durch eine entsprechende Reform der lokalen Verwaltung und durch Schaffung von demokratisch verwalteten Bezirken die Durchführung dieser Agenden den Bezirken übertragen werden könnte.

Es wird, so oft von Landwirtschaft die Rede ist, auch darauf hingewiesen, wie nützlich, notwendig und schön die Kommassationen sind. Es ist aber Tatsache, daß auf diesem Gebiet in den letzten Jahren aber schon gar nichts geschehen ist, daß hier alles im argen liegt. Ja, meine Herren, Kommassationen können Sie nicht durchführen, wenn Sie Bureaukraten hinaus schicken, die den Bauern sagen: Legt Eure Grundstücke zusammen! Kommassationen können Sie nur durchführen, wenn Sie erstens

einmal die Möglichkeit dieser Idee selber propagieren, und wenn Sie dann auch dem Landvolke Möglichkeit geben, diese Dinge durchzuführen.

Wir müssen auch feststellen, daß auf dem Gebiete des Meliorationswesens blutwenig geschehen ist. Freilich in der Form, wie die Herren meinen, daß der Staat den Boden melioriert, der Ertrag dem Besitzer des betreffenden meliorierten Bodens aber allein zugute kommt, werden Meliorationen nicht zu machen sein. Sie verlassen sich bei allen Dingen immer auf die Staatshilfe und vergessen ganz, daß der Staat, den wir vor uns haben, im Kriege ausgeblutet ist, daß seine Volkswirtschaft zerstört wurde, daß dieser Staat die Forderungen, die Sie an ihn stellen, in absehbarer Zeit nicht erfüllen kann, daß Sie, wenn Sie zum Beispiel Meliorationen durchführen wollen, sich da schon auf Ihre eigene Kraft und auf die Organisation der Selbsthilfe einstellen müssen. Was so geleistet werden kann, dafür sind unsere Schrebergärtner ein bezeichnendes Beispiel. Die Schrebergärtner sind nicht zum Staate gegangen um eine Dotation aus dem Meliorationsfonds, sondern sie haben sich in Organisationen zusammengeschlossen und Grundstücke, die bisher brach gelegen sind und keinen Nutzen abgeworfen haben, ertragreich gestaltet und auf Schotterhalben oft blühende Gärten hervorzaubert — aus eigener Kraft. Ich meine, daß auch unsere Agrarier, wenn sie diesem Beispiele folgen würden, ganz andere Erfolge erzielen könnten als damit, daß sie vom Staate erwarten, daß er diese Meliorationen durchführt.

Ich will nicht auf die einzelnen Kapitel eingehen, die in dieser Hinsicht zu erörtern wären, weil auch andere Redner noch zu Worte kommen und diese Dinge besprechen werden, aber ich möchte darauf hinweisen, daß dem Landwirtschaftsamte auch die Flußregulierungen und die Verbauung der Wildbäche unterstehen, und daß in dem Budgetkapitel, das gegenwärtig in Verhandlung steht, für die Wiedergutmachung der Hochwasserschäden im Viertel ober dem Wienerwalde ein Betrag von 140 Millionen Kronen eingesetzt ist. Dieser Betrag ist durch den Schaden notwendig geworden, den das Hochwasser im Traisens- und Gölsentale am 1. Juli d. Z. angerichtet hat. Ich füge bei, daß der Betrag infolge der Geldentwertung natürlich heute bereits vollkommen unzureichend ist, und die geschädigten Gemeinden sicherlich an die Regierung herantreten werden, daß die notwendigen Mittel zur Fortsetzung der Wiederherstellungsarbeiten bereitgestellt werden. Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß es dringend notwendig ist, daß die in dem Hochwassergebiete des Gölsen- und Traisentalen gelegenen Wildbäche der Traisen, Gölsen, Perschling und der Bielach endlich einer systematischen Verbauung zugeführt werden. Das ist des-

wegen dringend notwendig, weil die Gefahr besteht, daß bei neuen Wolkenbrüchen diese Katastrophe sich wiederholt und noch größerer Schaden angerichtet wird.

Bei der kommissionellen Begehung der zu verbauenden Wildbäche hat es sich herausgestellt, daß Schwierigkeiten zwischen den staatlichen und den Landesorganen auftauchen. Das niederösterreichische Landesbauamt hat den Wunsch ausgesprochen, daß ihm die Verbauung der Unterläufe der Flüsse zu übertragen ist, während der Staat die Verbauung der Oberläufe durchzuführen hätte. Es soll also eine Arbeitsteilung bei Durchführung dieser Aktion zwischen Land und Bund eintreten. Nun ergibt sich praktisch, daß diese Arbeitsteilung eine Komplizierung und Verteuerung der Aktion bedeutet, denn praktisch ist die Sache doch so, daß die Arbeiten, die am Unterlaufe des Flusses durchgeführt werden, gefährdet werden können, wenn nicht gleichzeitig auch an dem Oberlaufe des Flusses die Verbauung der Wildbäche durchgeführt wird. Es kann praktisch der Fall eintreten — und bei der letzten Hochwasserkatastrophe hat es sich auch tatsächlich ereignet —, daß ungeheure Beträge, die für die Regulierung der Unterläufe investiert wurden, einfach deswegen vergeudet wurden, weil die Wildbäche im Oberlaufe nicht verbaut gewesen sind. Ich möchte da den Wunsch aussprechen, daß erstens die Regierung den in Frage kommenden Gemeinden bei der Wiederherstellung der Hochwasserschäden in weitestgehendem Maße entgegenkommt, daß man sich aber auch bemühen möge, die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Land und Bund über die Durchführung der Wildbachverbauungen und der Flußregulierungen in einer zweckmäßigen Art und Weise zu bereinigen, etwa so, daß eine Teilung der Gebiete, nicht eine Teilung der Flußläufe stattfindet, daß also ganze Flußläufe vom Bunde und ganze Flußläufe vom Lande verbaut werden, weil nur so eine technisch mögliche Durchführung dieser Aktion stattfinden kann.

Es wird in Fachkreisen darüber geklagt, daß die Wildbachverbauung in den letzten Jahren mit der politischen Forstverwaltung vereinigt worden ist, und daß darunter die Wildbachverbauungsaktion leidet. Denn der Chef dieser Abteilung ist ja nicht ein Techniker, der in der Wildbachverbauung und in der Regulierung Erfahrung hat, sondern es ist ein Forstmann, dem diese Wildbachverbauungsangelegenheiten ferner liegen, und der sich für diese Dinge natürlich weniger interessiert, als es der Fall wäre, wenn das eine selbständige Abteilung wäre, wie das auch früher tatsächlich der Fall war: Es war 16 Jahre lang so, daß die Wildbachverbauungsabteilung selbständig war; man hat sie erst in den letzten Jahren — angeblich aus Ersparungsgründen — mit der forstpolitischen Sektion vereinigt.

Nun, meine Herren, wende ich mich einem Kapitel des vorliegenden Budgets zu, das neuerlich beweist, daß unser Landwirtschaftsamt nicht dazu geeignet ist, Wirtschaftsbetriebe zu verwalten. Wir haben ja einen Beweis bereits durch den Untersuchungsausschuß zur Klarstellung der Verhältnisse in den Staatsforsten erhalten. Das, was dieser Untersuchungsausschuß zutage gefördert hat, ist eine so schwere Anklage gegen das Landwirtschaftsamt, aber auch gegen die Parteien, die für dieses Landwirtschaftsamt die Verantwortung tragen, daß es sich verlohnen würde, auf dieses Kapitel näher einzugehen. Aber nicht nur unsere Forste werden unter aller Kritik verwaltet, wie das der Untersuchungsausschuß festgestellt hat, sondern wir finden ähnliche Verhältnisse auch bei den Staatsgestüten. Im Kapitel „Pferdezucht“ finden wir, daß da an Ausgaben für die Gestüte rund 42½ Millionen, an Einnahmen rund 12 Millionen ausgewiesen werden, so, daß sich ein Defizit von rund 30 Millionen ergibt. Bei den Staatshengstenställen betragen die Ausgaben rund 24 Millionen, die Einnahmen rund 2 Millionen. Es besteht also ein Defizit von rund 22 Millionen. Bei den Staatsfohlenhöfen betragen die Ausgaben 25½ Millionen, die Einnahmen rund 5 Millionen, so daß sich ein Abgang von rund 20 Millionen ergibt. Die spanische Reitschule, die auch in dieses Kapitel hineingehört, erfordert an Ausgaben 4½ Millionen, bringt etwas über 1 Million, so daß der Abgang ungefähr 3½ Millionen beträgt. Insgesamt ergeben diese Betriebe einen budgetmäßigen Abgang von 76 Millionen. Nun weiß ich ja, daß die Ziffern, die hier im Bundesvoranschlage angeführt werden, durch die Geldentwertung ebenfalls entwertet worden sind, das heißt, man darf sie nicht als Zahlen nehmen, die einen bestimmten Wert darstellen, sondern man kann sie nur als Vergleichsziffern benutzen. Aber wenn man sie als Vergleichsziffern benutzt, ergibt sich, daß diese Wirtschaftsbetriebe einen ganz außerordentlich hohen Abgang aufweisen.

Was die spanische Reitschule anlangt, so meine ich, daß es durch eine Reorganisation in ihrer Verwaltung, durch eine Überprüfung der Eintrittsgelder und vielleicht auch der Freikarten, die es da gibt, möglich wäre, den Ertrag zu steigern. Es kommen sehr viele Fremde nach Wien und schauen sich die spanische Reitschule an. Es ist nun wirklich nicht notwendig, daß man dieses Institut für 10 oder 20 Centimes Ausländern zugänglich macht. Man müßte den Gedanken erwägen, ob da nicht höhere Eintrittsgebühren möglich sind. Man kann ja die Eintrittsgebühren im allgemeinen hoch ansetzen, damit die Fremden entsprechend zahlen, und kann für Unterrichtsanstalten und gemeinnützige Korporationen, die diese Anstalten besuchen wollen, Ermäßigungen durchführen oder auch Freikarten aus-

geben. Aber sicherlich ist es möglich, durch eine Reorganisation in der Verwaltung und in der Führung dieser Anstalt den Abgang, der ein ganz unverhältnismäßig hoher ist, herabzudrücken oder vielleicht ganz zu beseitigen.

Daß aber die Staatsgestüte, die Staatshengstenställe und die Staatsfohlenhöfe einen solch hohen Abgang aufweisen, das ist mir einfach unverständlich. Es handelt sich hier um Wirtschaftsbetriebe, die Pferde züchten, das Ergebnis dieser Züchtung irgendwie verwerten und insofgedessen auch den Aufwand hereinbringen müssen.

Es wird freilich dieses Rätsel, warum diese Staatsgestüte und ähnliche Betriebe ein so großes Defizit aufweisen, leichter verständlich, wenn man ansieht, wer denn eigentlich diese Staatsgestüte verwaltet und wie sie verwaltet werden. Man kann sagen, daß in diesen Staatsgestüten noch die alte k. und k. Militärwirtschaft, die alte k. und k. Schlamperei herrscht. Es sind in der Regel Oberste, Majore, Rittmeister usw. die leitenden Beamten, die, wie ich Ihnen zeigen werde, Güter von einem beträchtlichen Umfang verwalten, bewirtschaften und herunterwirtschaften. (Hört! Hört!) Über das Staatsgestüt in Piber haben die Abgeordneten Muchitsch, Hammerstorfer und Genossen an den Herrn Landwirtschaftsminister eine Anfrage gerichtet; sie haben eine ganze Reihe von Tatsachen angeführt, die, wie mir mitgeteilt wird, aus authentischen Quellen stammen. Der Bundesminister hat diese Anfrage beantwortet, sich die Beantwortung aber sehr leicht gemacht. Er gibt da die Ausreden wieder, die ihm die Gestütsverwaltung von Piber zur Verfügung gestellt hat. Es wird noch Gelegenheit genommen werden, die Antwort des Herrn Ministers der Anfrage gegenüberzustellen und nachzuweisen, daß diese Antwort den tatsächlichen Verhältnissen beileibe nicht entspricht, im Gegenteil, daß sich der Herr Bundesminister dazu mißbrauchen ließ, die Lotterwirtschaft, die in diesem Staatsgestüt in Piber herrscht, zu verschleiern.

Wir haben dann ein Staatshengstenstallamt in Ossiach. Das erfordert an Ausgaben 2,287.000 K und bringt an Einnahmen insgesamt 875.000 K. Auch diese Ziffern, als Verhältniszahlen angewendet, zeigen, daß wir es hier mit einem ganz außerordentlich hohen Defizit zu tun haben. Wir finden da zum Beispiel, daß für Futterankauf und Subventionen über eine Million ausgegeben wird. An Einnahmen finden wir für Deckgelder insgesamt 48.000 K. Ich habe die Empfindung, daß die Deckgelder, die eingehoben werden, nicht nur in Ossiach, sondern auch in allen anderen Staatsgestüten, viel zu niedrig sind, und daß sie dem heutigen Geldwert angepaßt werden müssen. Es geht wahrhaftig nicht an, daß man dem einzelnen Pferdezüchter aus den Mitteln der Allgemeinheit

eine Subvention gibt, weil es sich bei diesen Pferdezüchtern in der Regel um sehr gut situierte Wirtschaftsbesitzer handelt. Wenn wir uns das Defizit von Ofiach erklären wollen, so müssen wir uns die Verwaltung dieses Staatsgestütes oder Hengstenstallamtes ansehen. Wir finden, daß der Grund, der zu diesem Amt gehört, ein Ausmaß von zwölf Joch hat. Es handelt sich also um eine verhältnismäßig kleine Wirtschaft. Auf diesem kleinen Güterl sind gegenwärtig fünf Hengste und vier Gebrauchspferde. Ob man auf einer Wirtschaft von zwölf Joch vier Gebrauchspferde braucht, scheint mir sehr zweifelhaft zu sein.

Bewaltet wird aber dieses kleine Güterl mit fünf Hengsten und vier Gebrauchspferden von einem Leiter, der irgendeinen schönen Titel hat und ein gewesener Offizier ist — ich glaube er war Oberst —, einem Amtstierarzt, einem Beschlagnahmeleiter, einem Gestütsmeister, einem Kanzleiwirtschaftler als Rechnungsführer, einem Gestütsaufseher, der auch das Pferdegrenzbuch führt, und einen Gestütsaufseher, der die Aufsicht über den Stall hat, in dem nur fünf Hengste und vier Gebrauchspferde stehen. Außerdem sind dort vier Pferdewärter und eine Köchin, denn man hat für diese vier Pferdewärter auch eine Personalküche eingerichtet. Die Personalküche ist so schlecht, daß die Pferdewärter es vorziehen, nach Ofiach essen zu gehen und nur dann aus der Personalküche essen, wenn es gar nicht anders geht. Ich meine schon, daß man durch eine Reform in der Verwaltung und Leitung dieses Hengstenstallamtes sehr viel ersparen und dadurch den wesentlichen Abgang herunterdrücken könnte.

Es wird freilich darauf hingewiesen, daß zu diesem Hengstenstallamt auch noch etliche 90 Hengste gehören. Aber die werden dort nur in Evidenz geführt, befinden sich aber bei den Bauern. Zur Evidenzführung von 90 Hengsten allein aber dürfte auch ein Grundbuchsführer und ein zweiter Gestütsaufseher, ein Verwalter usw. nicht notwendig sein. Auch ein eigener Beschlagnahmeleiter scheint mir bei neun Pferden, die im Gestüt selbst sind, überflüssig. Dabei ist zu bemerken, daß die Hengste, die sich in den Stationen draußen befinden, nicht etwa gegen Miete, sondern unentgeltlich zur Benutzung abgegeben werden, ja, daß im Gegenteil das Landwirtschaftsministerium den Betreffenden, die solche Hengste nehmen, noch eine Subvention bezahlt. Es ist natürlich, daß diese Hengste nicht nur zum Decken der Stuten verwendet werden, sondern daß sie die Bauern auch in der eigenen Wirtschaft verwenden; denn wenn er den Hengst zusammengekauft hat, gibt er ihn dem Hengstenstallamte zurück und verlangt einen anderen. Er riskiert ja nichts dabei. Er hat aber den Vorteil, wenn er den Hengsten übernimmt, daß er ihn nicht nur in seiner Wirtschaft verwenden kann, sondern daß

auch die Deckgelder, die für diesen Hengsten bezahlt werden, in seine eigene Tasche fließen. Ich begreife, daß sich die Wirtschaftsbesitzer in Kärnten darum reizen, vom Hengstenstallamt in Ofiach Hengste in Kost zu bekommen, weil das ein glänzendes Geschäft für sie ist. Ich meine aber, daß sich das Landwirtschaftsamt doch sagen müßte, daß es sich hier um einen Geschäftsbetrieb handelt, der aktiv gestaltet werden muß und ein Erträgnis abwerfen soll. Wenn aber so gewirtschaftet wird, dann ist es begreiflich, daß sich die Einnahmen zu den Ausgaben wie 1 : 6 verhalten, daß wir einen ganz bedeutenden Abgang zu konstatieren haben.

Für die Leute, die in Ofiach das Gestüt verwalten, ist die Tatsache bezeichnend, daß sich das Gebäude, in dem das Hengstenstallamt untergebracht ist, in einem schauerhaften Zustand befindet. Das Gebäude ist ein ehemaliges Kloster, ungeheuer groß, für das Amt, das dort untergebracht ist, viel zu groß, und es repräsentiert — wie von allen Seiten bestätigt wird — einen bedeutenden Kunstwert. Es weist unter anderem auch einen Prälaten- oder Kapitelsaal auf, der eine Sehenswürdigkeit darstellt oder vielmehr dargestellt hat, freilich auch heute eine Sehenswürdigkeit in seiner Art ist, eine Sehenswürdigkeit zur Beurteilung derjenigen, die solche Hengstenstallämter verwalten. In diesem Kapitelsaal sind sehr wertvolle Holzschnitzereien, Täfelungen usw. die der Herr Oberst, der dieses Gestüt verwaltet, reinigen ließ. Aus seiner militärischen Laufbahn war ihm bekannt, daß man zum Beispiel bei der Aborttour am zweckmäßigsten Längeneffenz verwendet, und er hat diese Längeneffenz auch für diese Holztäfelungen und Stuckaturen anwenden lassen. Natürlich sind die Täfelungen heute blind, das Kunstwerk ist zerstört. Es ist ein ganz bedeutender Schaden dem Staate zugefügt worden. So wie dieser Prälatensaal hergerichtet wurde, so schaut im allgemeinen das Hengstenstallamt aus, und das Ergebnis ist der Abgang, der im Budget erscheint. Wir sind viel zu arm, als daß wir es zulassen könnten, daß auf so leichtsinnige Art und Weise mit dem Gut der Allgemeinheit umgegangen wird, und wir meinen schon, daß das Bundesministeriums für Landwirtschaft endlich einmal trachten müßte, diese Lotterwirtschaft, die in diesen Gestüten herrscht, auszumergen. Es ist ja nicht nur in Ofiach und in Piber so, es ist auch so im Gestüte Wieselburg.

Das Gestüt Wieselburg werde ich charakterisieren, wenn ich sage, daß die budgetmäßigen Ausgaben 25 Millionen, die Einnahmen 15 Millionen betragen, daß also auch dieses Gestüt einen sehr hohen Abgang aufweist. Das Gestüt in Wieselburg beansprucht für Futterankauf allein 11 Millionen. Die Verwaltung des Gestüts ist natürlich ähnlich wie die aller Gestüte. (Abgeordneter Forstner: Wie viele Beamte sind dort?) Es sind insgesamt

43 Beamte in der Verwaltung des Gestüts. Der Wirtschaftsverwalter ist ein früherer Major, dann gibt es einen zweiten Wirtschaftsverwalter, der war früher Leutnant, dann einen Betriebsingenieur, der war Oberleutnant, dann einen Gestütsdirektor, der war früher Major, dann gibt es einen Gestütsrat und noch einen Gestütsrat, beide waren früher Rittmeister, dann gibt es einen Tierarzt, der natürlich früher auch schon Tierarzt gewesen ist und vielleicht beim Militär schon im Gestüt gedient hat, einen Rechnungsrevidenten, einen früheren Oberleutnant, dann 34 kleinere Beamte, auch zum größten Teil ehemalige Militärpersonen. Das Gestüt von Wieselburg umfaßt ein Grundausmaß von 1490 Joch, es ist das also ein für unsere Begriffe sehr großes Gut. Dennoch finden wir, daß dieses große Gut, das hochwertige Ackergründe in sich schließt, nicht imstande ist, das Heu zu produzieren, das es für die Pferde braucht, und daß 11 Millionen allein für Futtermittel eingestellt sind, die ganz gut in der eigenen Wirtschaft produziert werden könnten, wenn sie fachmännisch geleitet würde.

In diesem Gestüt ist auch die Einrichtung getroffen, daß die obersten Beamten sich Rüge halten können, die ihr Privateigentum sind, die aber natürlich auch aus den ärarischen Futtermitteln verpflegt werden. Auch in Piber ist das so. Und die Herren dort haben dem Bundesminister auf seine Anfrage geantwortet, daß sie sich das Futter für die eigenen Rüge selbst kaufen, nur für die ärarischen Rüge und Pferde nehmen sie das Futter vom Staate. (Abgeordneter Schiegl: Glaubt das der Herr Minister?) Ich weiß nicht, ob er so naiv ist, das zu glauben, aber sonst dürfte in diesem Hause niemand sein, der diese Darstellung glauben könnte. In Wieselburg ist es so, daß der Gestütsdirektor vier Rüge hat, die sein Privateigentum sind, der Forsttrat zwei, der Inspektor zwei und der Kanzlei-leiter zwei Stück. Die Rüge sind Privateigentum, werden aber tatsächlich auf Kosten des Staates gehalten, denn sie stehen im ärarischen Stall, werden mit ärarischem Futter gefüttert, werden vom Personal des Gestüts, das der Staat bezahlt, betreut. Die alte Militärwirtschaft! So wie es in den militärischen Betrieben ausgesehen hat: Die leitenden Personen haben diese Betriebe als Melkkuh betrachtet. In Wieselburg hat jeder der Herren, der seine eigenen Rüge dort stehen hat, überdies noch eine Deputatkuh, von der er ebenfalls die gesamte Milchnutzung hat. Es ist begreiflich, daß dieses große Gut, das so bewirtschaftet wird, keinen Ertrag abwerfen kann. Früher sind auf diesem Gut 120 bis 150 Stück Rinder gestanden. Die Milch, die dort produziert worden ist, hat nicht nur zur Versorgung von Wieselburg ausgereicht, sondern es ist auch Milch nach Wien geliefert worden. Seitdem diese

Grundstücke vom Staatsgestüt in Anspruch genommen werden, ist der Viehstand dezimiert worden, die Gründe sind verwahrlost, die Rinder werden gefüttert im Interesse der einzelnen leitenden Beamten, so daß gegenwärtig im ganzen insgesamt nur 30 bis 40 Liter Milch pro Tag an den Konsumverein in Wieselburg abgeliefert werden. Man denke, von einem Gut, das hochwertiges Ackerland und ausgezeichnete Weiden in einem Ausmaß von 1490 Joch umfaßt! Wenn das Landwirtschaftsministerium in seinen Betrieben den Landwirten solche „Musterwirtschaften“ hinausstellt, dann dürfen wir wahrhaftig nicht erwarten, daß die Initiative zur Förderung und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion von diesem Amte ausgehen könnte. (Zustimmung.)

Hinweisen möchte ich noch darauf, daß die Gestütsverwaltung in Wieselburg sich ein eigenes Pächterrecht geschaffen hat. Die Gestütsverwaltung in Wieselburg verlangt von den Kleinpächtern, die vom Gestüt Grund gepachtet haben, für 1000 Quadratmeter einen Pachtshilling von 25 K. Das ist natürlich sehr wenig. Die Gestütsverwaltung verlangt aber weiter noch, daß der betreffende Pächter für je 1000 Quadratmeter dem Gestüt drei Tage umsonst Arbeit leiste. Nun gibt es Pächter, die mehrere tausend Quadratmeter haben, so daß sie wochenlang für das Gestüt unentgeltlich arbeiten müssen. Wenn man berücksichtigt, daß auf diese Weise arbeitende Menschen von der Gestütsverwaltung ausgebeutet werden, und daß auf der anderen Seite durch die Lotterwirtschaft dieses Gestüts dem Staate nach den gegenwärtigen Wertverhältnissen ein Millionen-defizit erwächst, dann begreifen wir, daß die gesamte Bevölkerung des Erlaufstaates über dieses Staatsgestüt empört ist und seine Beseitigung verlangt. Ich verlange die Reform des Staatsgestüts in Wieselburg. Ich verlange vor allem, daß die Wirtschaftsverwaltung von der Gestütsverwaltung getrennt werde, und daß die hochwertigen Gründe, die es dort gibt, wieder der landwirtschaftlichen Produktion zugeführt werden.

Daß das möglich ist, beweisen die Verhältnisse beim Staatsfohlenhof im Waldhof bei Hainfeld. Auch dort war dieselbe Wirtschaft, die ich bei Wieselburg geschildert habe, die wir bei Ofnach usw. gesehen haben. Im Waldhof aber sind die Arbeiter von Hainfeld schon im Jahre 1919 in diese Lotterwirtschaft hineingefahren und haben durchgesetzt, daß der Wirtschaftsbetrieb von der Verwaltung der Offiziere befreit werde. Es ist ein landwirtschaftlicher Fachmann als Verwalter bestellt worden, und es ist gelungen, die Wirtschaft des Waldhofes aktiv zu gestalten. Heute ist diese Wirtschaft in der Lage, den größten Teil des Milchbedarfes — für Säuglinge und Rinder natürlich, denn andere Konsumenten

bekommen ja in den Industriorten überhaupt keine Milch mehr — zu befriedigen. Wenn trotzdem auch der Waldbhof ein ganz beträchtliches Defizit im Voranschlag aufweist, so deswegen, weil zwar die Wirtschaft aktiv, die Gestütsverwaltung aber in hohem Maße passiv ist, und eben auch dort eine Reform dringend notwendig wäre. *(Abgeordneter Forstner: Das werde ich noch ergänzen!)* Wie aber arrogant die Herren von der Gestütsverwaltung im Waldbhof sind . . . *(Abgeordneter Forstner: Die gehören alle hinausgeschmissen! Die verhindern die ganze Volkswirtschaft in Österreich! Für die Messe ist kein Platz, und da stellen sie die Rosse hin zum Füttern!)*

Präsident Dr. Dinghofer: Herr Abgeordneter Forstner, Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter Schneidmadr *(fortfahrend)*: Wie herausfordernd sich die Herren von der Gestütsleitung Waldbhof benehmen, geht daraus hervor, daß sie zwar die dort befindlichen Pferde zu Spazierfahrten benutzen, sich aber seit dem 1. November weigern, die Post mitzubefördern. *(Hört! Hört!)* Im Laabentale ist die Post durch Gelegenheitsfuhrwerk der Gestütsverwaltung bis jetzt befördert und nach Neulengbach gebracht worden. Seit dem 1. November erklären aber die Herren von der Gestütsverwaltung, sie können die Post nicht mehr mitnehmen. Sie werden begreifen, daß die Bevölkerung darüber aufgebracht ist, wenn sie die Herren herumfutschieren sieht, dabei aber die eigene Post nicht befördert werden kann. Wir verlangen, daß der Herr Ackerbauminister auch diesen Dingen seine Aufmerksamkeit zuwendet.

Allerdings muß ich sagen, daß ich von der Aufmerksamkeit des Herrn Ackerbauministers allein nicht allzuviel erwarte. Wir werden vielleicht die Frage zu erwägen haben, ob es nicht notwendig ist, zur Untersuchung der Verhältnisse in den Staatsgestütsen und ähnlichen Anstalten ebenfalls einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, so wie sich das bei den Staatsforsten bereits bewährt hat, und ich bin überzeugt, daß dieser Untersuchungsausschuß ebenjohes Material zutage fördern würde, wie der Untersuchungsausschuß für die Staatsforste, und daß dieses Material zeigen würde, daß unser Ministerium für Landwirtschaft, daß unsere Bureaucratie, die wir da haben, aber schon gar nicht geeignet ist, Wirtschaftsbetriebe zu verwalten.

Aus diesen Gründen, meine Herren, und weil wir zu dieser Regierung kein Vertrauen haben, werden wir auch dem Bundesministerium für Landwirtschaft den angeforderten Kredit verweigern. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Egger; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Egger: Hohes Haus! Vom Gesichtspunkte der Landwirtschaft aus muß ich es auf das lebhafteste bedauern, daß unsere Bundesregierung nicht in der Lage war, ausreichende Mittel zur Hebung der Bodenproduktion und zur Förderung der Landwirtschaft bereitzustellen. Ich begreife einigermaßen das Verhalten unseres Herrn Finanzministers, dem es infolge unserer trostlosen Finanzlage nicht möglich ist, die erforderlichen Beiträge beizustellen, und ich gestehe auch offen, daß das Bundesministerium für Finanzen auch andere, ebenso wichtige Maßnahmen in die Wege zu leiten und zu unterstützen hat, um das Staatsschifflein über die gefährlichen Klippen an das sichere Land zu bringen. Dann dürfen sich aber die nichtagrarischen Bevölkerungskreise nicht wundern, wenn mit diesen geringen Mitteln nicht das Auslangen gefunden wird, und die Produktion nicht in jenem Maße gehoben werden kann, wie es eben von den breiten Volksschichten gewünscht wird. So geht wieder das alte System weiter. Wir haben im alten Staate immer nur Flickarbeit geleistet, und wir werden heute wiederum nur Flickarbeit leisten, vom einfachen Bauer hinauf bis zum Minister. Ganze Arbeit hat Österreich niemals geleistet, und wir waren nicht so glücklich, einen Bismarck zu haben, der draußen im Deutschen Reiche die Landwirtschaft auf die höchste Stufe emporgehoben hat.

Unsere Landwirtschaft war schon vor dem Kriege äußerst rückständig, und im Kriege wurde natürlich durch die Sorglosigkeit der Heeresverwaltung, welche die Regierung mehr oder weniger auf das Nebengeleise gestellt hat, und durch die schlechte Führung dieser oder jener Organe die Landwirtschaft und das Wirtschaftsleben überhaupt zerschmettert. Namentlich die Milchproduktion wurde hart mitgenommen, und schon in den ersten Kriegsjahren ist die Milchquelle versiegt. Schuld daran, daß die Milch versagt hat, ist die Sorglosigkeit der Heeresverwaltung und der Regierung überhaupt. Es wäre die Möglichkeit gewesen, namentlich die Milchmeiereien nächst den Städten zu erhalten, wenn diese finanziell unterstützt worden wären. Man hat ja bekanntermaßen den ganzen Krieg mit der Notenpresse geführt, und es wäre auch möglich gewesen, die Milchproduktion mit der Notenpresse zu erhalten. Das Ackerbauministerium hat es für gut befunden, anstatt die heimische Milchproduktion die ausländische zu unterstützen und Tausende und Tausende von Millionen in das Ausland zu senden. Die ausländische Produktion wurde gefördert und die heimische wurde fallen gelassen. Auch andere Organe waren es, die diese Milchproduktion

geschädigt haben. Speziell die Arbeiterklasse und auch andere Kreise haben sich gegen jede Preiserhöhung hartnäckig gestellt, und ich verweise speziell auf einen Fall in Klagenfurt, wo, als die Milch von 28 auf 29 h hinaufgesetzt wurde, ein Professor gesagt hat, lieber wie diesen Heller daraufzahlen, lieber keine Milch. Daraus geht hervor, wie die Milchproduktion leichtsinnig erdrückt wurde.

Nun, hohes Haus, wenn schon die Staatsregierung nicht in der Lage war, entsprechende Mittel für den Ausbau der Bodenproduktion und für die Hebung der Landwirtschaft beizustellen, so ist es doch ihre Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einen energischen Vorstoß in dieser Richtung zu machen, um die Milchproduktion wieder zu heben. Es geht nicht an, daß unsere Säuglinge zu tausenden dahinsterven, und daß unsere Krankenpflege darunter so furchtbar leidet. Es muß dafür gesorgt werden, daß für diese Zwecke wieder Milch bereit gestellt wird. Ferner unsere Alpen waren schon in der Vorkriegszeit verrodet. Im Kriege natürlich, wo alle Kräfte an der Front standen, war es nicht möglich, Verbesserungen vorzunehmen. In den Niederungen sind unsere Wiesen versumpft und die Felder sind ausgelaugt aus Mangel an Kunstdünger und aus Mangel an Stalldünger. Die Viehbestände wurden im Kriege dezimiert, namentlich aber heuer durch die furchtbare Dürre in einzelnen Gegenden. Ich verweise speziell auf das Kärntner Oberland, wo die Hälfte der Viehbestände abgestoßen werden mußte, und die Bauern auf Jahre hinaus ihrer Einnahmequelle beraubt sind.

Aber auch die Qualität hat eine Einbuße erlitten, und die Regierung wird alles aufbieten müssen, um eine Veredlung unserer Zuchtbestände wieder in die Wege zu leiten. Besonders auf diesem Gebiete muß etwas geschehen, denn es kann sonst der Fall eintreten, daß wir in Zukunft nicht mehr konkurrenzfähig sind, wenn wir uns den Verhältnissen nicht anpassen. Heute schützt uns noch die Valuta, heute schützen uns noch die hohen Frachtsätze. Es wird aber einmal die Entscheidung darüber fallen, ob man eine mitteleuropäische Zollpolitik oder eine mitteleuropäische Freihandelspolitik treiben wird. Wenn man sich für die letztere entscheidet, dann werden wir nicht mehr leistungsfähig sein können, wenn wir uns nicht von der Quantitäts- auf die Qualitätsleistung umstellen. Mit den Balkanstaaten werden wir natürlich nicht konkurrieren können, wohl aber mit den Sukzessionsstaaten. Wenn wir uns vielleicht auch nicht ganz auf die Stufe der Schweiz erheben können, so wird es doch wenigstens annähernd möglich sein. Dazu ist natürlich eine Verbesserung unserer Alpen- und unserer Talweiden und auch eine Verbesserung unseres Futterbaues notwendig, damit wir auf züchterischem Gebiete mehr leisten können.

Es werden auch gewaltige Mittel erforderlich sein, um unsere Wildbachverbauungen und Flußregulierungen wieder instand zu setzen und die schadhafte Stellen auszubessern, damit man nicht zusehen muß, wie die Millionen, die seinerzeit in diese Bauten investiert wurden, durch die Fluten hinabrinnen und andererseits die Vermurung und Versumpfung der Kulturlächen hintanzuhalten. Wenn wir auch nicht über alle hierzu erforderlichen Mittel verfügen, so muß man wenigstens trachten, die vorhandenen Mittel richtig anzuwenden. Wir müssen mit unseren Mitteln haushälterisch und sparsam umgehen, aber es muß etwas auf diesem Gebiete geschaffen werden. Es war trostlos, wie das Geld in der Vorkriegszeit auf diesem Gebiete verschwendet wurde. Ich habe zu wiederholten Malen Gelegenheit gehabt zu sehen, wie die Arbeiterpartien in den Hochgebirgstälern den ganzen Sommer hindurch sich allein überlassen geblieben sind, ob etwas gearbeitet wurde oder nicht, war ziemlich gleichgültig, und nebenbei haben Überwachungsorgane noch den Mut aufgebracht, Sonntags im Gebirgsdorf am Kirchplatz Bauernknechte unter allerlei Vorspiegelungen dadurch versucht abtrünnig zu machen, daß man gesagt hat: Seid nicht so dumm, arbeitet nicht beim Bauern, geht hinein in den Graben, dort verdient ihr mehr, dort habt ihr ein bequemeres Dasein. Ob der Bauer seine Ernte hereingebracht hat, darum hat man sich nicht gekümmert. Und wenn es schon vor der Kriegszeit so ausgesehen hat, wie wird es erst heute aussehen! Da möchte ich nun darauf hinweisen, daß das Bundesministerium mit allem Nachdruck ein wachsam Auge darauf richtet, daß draußen die Mittel richtig verwendet werden, und daß wirklich etwas geleistet und gearbeitet wird.

Nun hat der Herr Kollege Schneidmahl erwähnt, daß wir mit Subventionen unsere Landwirtschaft nicht verbessern können. Er hat aber nicht gesagt, auf welche Art und Weise man das tun kann. Denn die Arbeitskräfte werden uns auch abtrünnig gemacht, und wenn wir keine Arbeiter und keine Mittel haben, und wenn wir doch etwas schaffen sollen, so müßte uns Herr Schneidmahl schon den nötigen Aufschluß darüber geben, wie wir das machen sollen. Sonst bin ich ja selbst der Meinung, daß uns die Subventionswirtschaft allein nichts nutzen wird. Die Regierung wird gut tun und wird Wege finden müssen, durch andere Maßnahmen in dieser Richtung energisch in die Wege zu leiten. Wir denken dabei an die Hemmung der Landflucht. Die Landflucht ist es, die uns umbringt, und der Achtstundentag hat schon wesentlich in die Landwirtschaft hineingespielt — daß die Sozialdemokraten die treibende Kraft für den Achtstundentag waren, ist selbstverständlich —, aber ich habe nicht verstehen können, daß auch die Christlichsozialen in

dieser schweren Zeit dem Achtstundentag ihre Zustimmung geben konnten. (*Abgeordneter Pölzer: In der Landwirtschaft gibt es doch keinen Achtstundentag!*) Ich habe wohl erwähnt, daß er nicht eingeführt worden ist, daß er aber bereits die Landwirtschaft umbringt, und, sehr Verehrter, Ihnen war es nicht darum zu tun, den Achtstundentag dort einzuführen, Ihre Arbeiter wollten ihn zum Teil selbst nicht, aber Sie haben vorausgesehen, daß er das beste Mittel ist, die Landwirtschaft zu zermürben, und deswegen haben Sie ihn gewollt, und wir bedauern, daß die Christlichsozialen Ihnen da Voranschub geleistet haben. Hierzu reißt sich noch die maßlose Verheerung der Landarbeiter. Legen Sie die Hand aufs Herz und erforschen Sie Ihr Gewissen, ob Sie nicht mitschuldig sind an dieser traurigen, trostlosen Lage!

Dann, meine Verehrten, hat es überhaupt den Anschein, daß gewaltige Kräfte am Werke sind, um die Landwirtschaft zu erdroffeln, den Bauernstand von seiner Scholle wegzufegen, ihn einzureißen in die Arbeiterbataillone und mit verstärkter Macht die Türen einzurennen, die Schranken der Ordnung niederzureißen, den verheißungsvollen Zukunftsstaat aufzubauen, der nicht einmal die Träger dieser Idee, viel weniger die breiten Volksmassen befriedigen wird und befriedigen kann.

Nun kann ich es nicht unterlassen, eine Abhandlung des Generalrates Dr. Rosenberg, der auch im Finanzamte tätig ist, zu besprechen, der im „Oesterreichischen Volkswirt“ in den Nummern 22 und 29 von einer „blühenden Volkswirtschaft“ gesprochen hat. Ich finde diese blühende Volkswirtschaft nicht, was schon der geringe Export beweist, denn eine blühende Volkswirtschaft muß auch über eine blühenden Export verfügen. Ich gebe aber zu, das ein Wirtschaftszweig in unserer Volkswirtschaft in vollster Blüte steht und das sind unsere Banken. Dem Herrn Dr. Rosenberg dürfte aber die Landwirtschaft vorgeschwebt haben, und da befindet er sich in einem großen Irrtum. Wenn er die Banknoten meint, die draußen in den Bauernhäusern hinterlegt sind, so ist das wohl einigermaßen richtig, aber die überwiegende Mehrheit konnte nicht solche Gewinne, wie es dargestellt wurde, anhäufen — das ist unsinnig.

Ich möchte Herrn Dr. Rosenberg darüber Aufschluß geben, daß diese Banknoten, diese Gelder keine Gewinne sind, sondern aus der Wirtschaft geschöpft sind, aus der Dezimierung des Viehstandes, aus den gelichteten Wäldern usw. Wenn heute die Landwirte daran schreiten, Investitionen zu machen, so werden mit wenigen Ausnahmen die Mittel nicht ausreichen, um die Viehbestände zu ergänzen, die Gerätschaften und die Gebäude in Ordnung zu bringen, ja, die Bauern können sich nicht einmal mehr kleiden.

Meine Herren! Sie werden es lächerlich finden, ich könnte Ihnen aber beweisen, daß es genug Bauern gibt, die mit diesen Notenn sich nicht mehr die Nägel und Bretter kaufen können, um ihre Wohnung einzudecken. Ich befürchte, daß dieser Ausspruch des Herrn Dr. Rosenberg von der blühenden Volkswirtschaft bloß ein Aushängeschild ist, hinter dem der Pferdefuß steckt, der bereit steht, zum großen Schlage auszuholen, der Landwirtschaft den Todesstoß zu versetzen, sie zu Frohndiensten zu verurteilen und den Banfen auszuliefern.

Hohes Haus! Ich habe hier stets beobachtet, wie geringfügig man über die Landwirtschaft, über die Bauernschaft denkt. Was mich und meine Partei anbelangt, so bin ich stolz darauf, eine Wählerklasse zu vertreten, die abertausende aufrechtstehender deutscher Bauern in sich reihen und den gesündesten Kern in unserer Volksgemeinschaft verkörpern.

Ich kann auch nicht an den Ereignissen des 1. Dezember vorbeigehen. (*Oho!*) Ja, das ist nicht ohne Bedeutung. (*Ruf: Für die Landwirtschaft?*) Es ist eben zum Nachteil der Landwirtschaft. Ich glaube, meine Verehrten, daß die Ereignisse des 1. Dezember nicht allein der Ausfluß der bittersten Not mancher Volkschichten sind, sondern auch der Ausfluß der gesunkenen Volksmoral, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß Arbeiter, die bis zu 100.000 K im Monate verdienen, an Raub und Plünderungen teilgenommen haben. Diese gesunkene Volksmoral und die Arbeitsunlust sowie der Trieb zur Selbsterhaltung sind die Ursachen, sind die Eiterbeulen, die an unserem Volkstum haften und Volk und Republik mit großer Schnelligkeit an den Grabesrand treiben. Möge uns das Schicksal vor weiteren Komplikationen bewahren. Sollte es aber nicht möglich sein, sollte die Welle der Erdrösselung uns aufs Äußerste bedrohen, möge die Woge noch so hoch gehen, mögen Berge kreischen — letzten Endes und in letzter Stunde, wenn es um Sein und Nichtsein geht, wird die deutsche Bauernschaft ihre Pflicht erfüllen, sie wird die einzige Macht sein, die uns vor dem Untergang bewahrt. Ich glaube aber doch nicht, daß die Vernunft den Boden verlieren wird, und hoffe, daß das Volk noch in letzter Stunde Vernunft annehmen wird, und daß wir die Frage, wie wir zusammen leben, auch auf friedlichem Wege werden bereinigen können.

Die Bauernpartei stellt an die Regierung folgende Forderungen: Wir vertreten den lückenlosen Ausbau der Agrargesetzgebung, durch den unserem Heimatboden voller Schutz gewährleistet wird. Wir fordern von der Regierung energisch die Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes; es geht nicht an, daß man unsere Siedlungswerber draußen im Reich einfach zum besten hält. Dann fordern wir Vertreter der Bauernpartei, daß die Regierung auch

Vorkehrungen trifft, um die sozialen Maßnahmen auf unsere Landarbeiter anzuwenden, wodurch wir diese mehr an die Scholle fesseln wollen. Ferner verlangen wir auch eine Ausgleichung des Steuersystems, durch welche der wirtschaftlich Schwächere berücksichtigt wird, und endlich eine energische Inangriffnahme der Hebung des Bildungswesens. Wenn alle diese Maßnahmen mit Erfolg in die Wege geleitet werden, dann haben wir auch Hoffnung, daß wir unsere Landwirtschaft auf jene Stufe bringen, die für den Staat und das Volk notwendig ist. Sollte es aber der Regierung nicht möglich sein, die Landwirtschaft von ihrer abschüssigen Bahn auf ebenen Weg zu leiten, dann, meine Verehrten, werden es furchtbare Hammerschläge sein, die an die Tore unseres Vaterlandes pochen. Allen Heimatliebenden möge es gesagt sein: Des Vaterlandes Macht und Kraft, sie liegt in der Landwirtschaft! (*Beifall.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Abram; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Abram: Hohes Haus! Ich knüpfe an ein Wort des unmittelbaren Vorredners an, nur möchte ich es anders auslegen. Er meint, in der Landwirtschaft liege allein die Kraft, die das Vaterland stützt. Ich glaube, der Begriff muß weiter gezogen werden. In der Arbeit liegt die Kraft, die das Vaterland stützt und neu aufzubauen hat. Und da erlaube ich mir gerade den bäuerlichen Vertretern erinnernd zu sagen, daß wir bei ihnen sehr häufig die Wertschätzung der Gesamtarbeit vermissen und insbesondere vermissen die große Arbeit, die die Masse der Besitzlosen in den Fabriken und Werkstätten leistet. Wir begegnen sehr häufig bei den bäuerlichen Vertretern gegen allerlei Mißgänger ein sehr tolerantes Urteil, aber wir hörten in diesem Hause wiederholt die abfälligsten Urteile über die Arbeiter. Da ich zwei Aspiranten auf dem Ministerfessel für Land- und Forstwirtschaft im Hause sehe, scheint es nützlich, wenn wir uns einmal auch über diese Frage aneinandersetzen und den Wert und die Notwendigkeit der Arbeit der besitzlosen Handwerker und Tagelöhner im Rahmen unserer gesamten Volkswirtschaft und im engsten Zusammenhang mit der Arbeit der Bauern untersuchten.

Mein Freund Schneidmahl hat in seinen längeren, interessanten Darlegungen die lokale Verwaltung gestreift. Ich möchte unter diesem Titel die Aufmerksamkeit der bäuerlichen Vertreter darauf lenken, daß wir alle Ursache hätten, im Bezirke die einseitige Amtsführung des Bezirkshauptmannes auszuschalten, und daß wir gerade im demokratischen Staat, in der Volksrepublik raschestens der Bezirks-

vertretung Leben und Gestalt geben sollten. Statt dessen müssen wir wahrnehmen, daß von bäuerlichen Kreisen die Anregung ausgeht, die Anfangssätze einer lokalen Verwaltung, in der die drei Gruppen Bürger, Bauer und Arbeiter zu Worte kamen: die Ernährungs- und Bezirksausschüsse, möglichst rasch abzubauen.

Meine Herren! Wenn Sie das tun, handeln Sie sehr gegen Ihr eigenes Interesse! (*Sehr richtig!*) Ich verweise Sie darauf, daß unter den Arbeitern eine ungeheure Mißstimmung über die Tatsache herrscht, daß christliche und jüdische Schieber, letztere in der Überzahl, draußen in den Alpenländern herrlich leben, daß Milch, Butter und Eier allen diesen zahlungsfähigen Leuten zur Verfügung stehen, daß aber die Kinder der Maurer, Zimmerleute, Schuhmacher, Schneider, Tagelöhner, der verschiedenen Hantierer, die Sie auf Ihren Höfen brauchen, sehr häufig ohne Milch sind, und daß wir die größten Entartungen gesundheitlicher Natur bei den Kindern der Arbeiter in den kleinen Städten und Märkten beobachten müssen. (*Sehr richtig!*)

Der Vorredner hat angedeutet, daß ein großer Teil Ihrer Bauernhöfe in sehr reparaturbedürftigem Zustand ist. Wir alle wissen, daß während der Kriegszeit viele Erhaltungsarbeiten durch den Mangel an Handwerkern, durch ihre Einberufung zum Militär, durch die Abwesenheit des Besitzers, durch die Unentschlossenheit der allein wirtschaftenden Frau, etwas rechtzeitig reparieren zu lassen, unterbrochen waren. Mittlerweile ist nach dem Krieg eine solche Teuerung des Baumaterials entstanden, daß die Leute immer zaghafter an die Ausführung notwendiger Arbeiten geschritten sind. In den letzten Monaten ist die Steigerung dieser Baumaterialien, wie hier mit Recht angeführt worden ist, so hoch geworden, daß die Beschaffung tatsächlich eine Frage im weitesten Ausmaße zu werden beginnt. Zu dieser Rohmaterialienfrage kommt nun nicht in letzter Linie die Frage, von welcher Arbeitsintensität die acht Stunden ausgefüllt sind, die der Maurer, der Zimmermann, der Tischler, der Anstreicher, der Schmied usw. aufwendet. Wenn Sie in offener Feindschaft gegen die Klasse der Arbeiter verharren, so ist es natürlich, daß der Unmut der Arbeiterschaft gegen die Bauernschaft wächst, und daß Sie die Leidtragenden dieser größeren Spannung zwischen Bauern und Arbeitern werden. Sie, meine Herren, werden sich die Arbeiten nicht selbst ausführen können. Sie sind auf die Handwerker angewiesen. Und mit welcher Freude und mit welcher Lust soll dann der Maurer, der Zimmermann, der Handwerker überhaupt tätig sein, wenn er weiß, daß er in Zell am See, in Klitzbühl, in St. Anton, in Kärnten, in Oberösterreich, im Salzkammergut trotz Bitten und trotz Geldangebote keine Milch und keine Butter von

Ihnen bekommen kann, während die allerchristlichsten Bauern gewillt sind, den jüdischen Schiebern, die diese Orte zahlreich bevölkern, für gutes Geld alles zu verkaufen. (*Zustimmung.*) Hier würde in den Bezirksvertretungen die Beratung von Bauern, Arbeitern und Bürgern über die Frage der Arbeitsintensität, über die Frage, wie wir mit stärker angewandter Arbeitsenergie den Aufbau des Staates vollziehen, mehr leisten als die zumeist altaristokratischen Feinde der Bezirksverwaltung träumen. Ein Aussprechen der Kreise über ihre Bedürfnisse, eine Festlegung der Lieferungspflicht an Milch für die Kinder der Schaffenden, eine Erörterung der Wohnungsfrage, die auch draußen brennend ist, weil man alles an die Fremden, an die Schieber vermietet, die aus aller Herren Länder bei uns zusammenströmen, würde sehr wohl den Horizont der Bauernvertreter erweitern, und umgekehrt würden die Arbeiter durch die Darlegung der Schwierigkeiten, die die Landwirtschaft beim Wiederaufbau jetzt hat, auch viel verständnisvoller Ihren Sorgen gegenüberstehen. Und wenn die Bürger an den Beratungen teilnehmen, so würde im Bezirke so manche Volksnotwendigkeit auf breiter Basis erörtert, die Kreise würden sich untereinander leichter verstehen, und Sie, meine Herren, würden für das bescheidene Milchquantum, das Sie den Kindern der Schaffenden geben, die Nutznießer dieses besseren Verstehens im Bezirke sein, weil die Arbeitsfreudigkeit nicht durch Schimpfen auf die Arbeiter und nicht durch den Entzug von Milch und Butter, sondern durch ein Eingehen auch auf die Sorgen der Arbeiterklasse und Arbeiterfamilie gehoben wird. (*Zustimmung.*) Darum bitte ich, nur einmal über dieses Kapitel nachzudenken; ich verlange nicht mehr. Aber wenn die Erörterung der Bezirksvertretung auf der Tagesordnung steht, und wenn in Zeitungsartikeln der großkapitalistischen Presse und in Zeitungsartikeln, die vom alten Adel, der zwar abgeschafft, aber noch sehr tätig ist, und von hohen Verwaltungsbeamten inspiriert sind, gegen die Bezirksvertretungen geschrieben wird, überlegen Sie, ob diese Bezirksvertretung nicht eine Voraussetzung wäre, daß im Bezirke selbst planmäßige Wiederaufbauarbeit ermöglicht wird.

Das war es aber eigentlich nicht, wozu ich mich zum Worte gemeldet habe. Ich streifte es nur, weil einerseits die Bemerkung meines Freundes Schneidmahl und andererseits eine Andeutung meines unmittelbaren Vorredners dazu Anlaß gab. Warum ich mich zum Worte meldete, ist mit wenigen Worten zu sagen. Wir haben am 6. Oktober in diesem Saale mit einer erdrückenden Mehrheit, wie sie hier selten erzielbar ist, die Ausfuhr von Vieh in das Ausland verboten. 13 Stimmen nur waren bei vollbeständigem Hause dagegen, die übergroße

Mehrzahl hat sich für das Verbot der weiteren Viehausfuhr ausgesprochen. Und nunmehr lese ich zu meinem Erstaunen, daß im Landwirtschaftsausschuß die Tiroler Vertreter verlangen, daß hier im Hause eine Resolution angenommen werde, die dem Landwirtschaftsministerium fallweise die Erlaubnis erteilen darf, die Viehausfuhr zu bewilligen. (*Hört!*) Dazu ist folgendes zu sagen: Der lange schneefreie Herbst hat es mit sich gebracht, daß in der Zeit zwischen dem 6. Oktober und Allerheiligen leider noch sehr viel Vieh unerlaubter Weise über die Grenzen nach Italien, in die Schweiz und nach Deutschland gebracht wurde. Kundige Landwirte Tirols rechnen damit, daß mindestens 10.000 Stück Vieh aus dem Lande Tirol in das Ausland ausgeführt wurden (*Hört!*), eine Ziffer, die in vergangenen Zeiten, in der Zeit der höchst entwickelten Viehzucht vor dem Kriege niemals erreicht wurde. Tiroler Landwirte von Bedeutung sind an mich herangetreten, schriftlich und mündlich, und haben mich gebeten, ich möge mit aller Energie diesem Begehren entgegentreten, weil schon zuviel Vieh außer Landes sei, und weil wir wahrscheinlich im Frühjahr vor der Tatsache stehen werden, daß der kleinbäuerliche Besitzer gerade zur Zeit des Eintrittes der billigsten Viehhaltung, der Frühjahrsweide auf den Gemeindeweiden und der Sommerweide auf den Alpen, kein Stück Vieh wird kaufen können. Die Preise, die die hohe Ausfuhrziffer in den Alpenländern mit sich gebracht hat, sind heute schon so enorm, daß ein kleiner Bauer, wenn ihm ein Unglück auf seinem Anwesen passiert, nicht mehr in der Lage ist, eine Kuh nachzuschaffen. Beim Beginn der Umzeit und der immer mehr um sich greifenden Verkäufung der Milch würden die großen Almbesitzer oder Pächter jeden Preis bezahlen, und der kleine Bauer könnte sein gemeindliches Weiderecht oder sein Alpenanteilsrecht nicht ausnutzen.

Ich rede jetzt gar nicht vom Konsumenteninteresse, aber die Vertreter aus den bäuerlichen Kreisen Niederösterreichs sollten es sich wohl überlegen, ob sie einer solchen Forderung einiger Tiroler Kollegen zustimmen wollen, sie mögen bedenken, daß schon im kommenden Frühjahr viel eher Viehmangel zu befürchten ist, als ein Überschuß.

Wie sehr aber auch die Konsumenten daran interessiert sind, daß die Viehausfuhr gesperrt bleibe, zeige Ihnen die Tatsache, daß der Preis für Fleisch in der Zeit vom 6. Oktober bis zum heutigen Tage, also in wenigen Wochen, in den Alpengebieten, in den Märkten und Städten, von 300 K auf 700 bis 800 K gestiegen ist. Daß der Preis in Wien noch höher ist, versteht sich von selbst. Dieser Verdoppelung des Preises mag Ihnen doch zeigen, daß die Konsumenten alles Interesse haben, sich gegen eine weitere Viehausfuhr zu wehren.

Nun werden Sie die Frage aufwerfen: Ist denn das Begehren der Tiroler Abgeordneten, die sich hier als Antragsteller bekennen, fundiert im Willen der tirolischen Bauernschaft, im Tiroler Landtag oder in bäuerlichen Organisationen? Darauf kann ich Ihnen mitteilen, daß dies nicht der Fall ist. Es beginnt bereits bei den Bauern im Lande Tirol zu dümmern, daß die Viehausfuhr, so wie sie gepflogen wurde, die Zahl der ausgeführten Stücke, zur Einfuhr zwingt. Die allgemeine Auffassung bedeutender Landwirte Tirols und Salzburgs ist die, daß bereits genug Vieh ausgeführt wurde, und daß für das Vieh, das eventuell noch da ist, Innerösterreich einen Rechtstitel habe, daß es hier bleibe. Die Bauern draußen sagen sich alle, so wie man es 1920 gemacht und wie man es dieses Jahr praktiziert hat, darf die Viehausfuhr nie wieder geschehen. Es gibt Leute im Lande Tirol, die im Handumdrehen 20, 30 und 40 Millionen dadurch verdient haben (*Hört! Hört!*), daß ihre Freundschaftsbeziehungen zum Landesrat sie in den Besitz vonoundso vielen Ausfuhrscheinen gebracht, und daß diese Leute dazu dann ihre Unterhändler zum Aufkauf des Viehs ausgeschiedt haben. Im Pechtal und im Ober-Inntal waren schon im Herbst vorigen Jahres die Bauern voll innerer kochender Wut, wenn sie sehen mußten, daß das Stück Vieh, das sie dem Händler verkauft hatten, um den doppelten Preis an den ausländischen Händler weitergegeben wurde. (*Hört! Hört!*) Die Bauern wurden bei der Übergabe ihrer Viehstücke Zeugen, daß die ausländischen Käufer den doppelten, ja manchmal den dreifachen Preis für das Stück Vieh bezahlen mußten, den der Händler dem Bauer bezahlt hatte. Dieses Jahr hat sich trotz der Erfahrungen des Jahres 1920 dieselbe Sache wiederholt, und durch die Tiroler Presse ging die Mitteilung, wie viele Millionen einzelne auf solche Art verdient haben.

Da haben nun die Tiroler Bauern im Landtage unter Führung des Landtagsabgeordneten Scherber im Verein mit meinen Parteigenossen, mit den Vertretern der Arbeiter, in der jüngsten Zeit Beratungen gepflogen, daß wir den natürlichen Überschuß nach Beendigung der Alpenperiode in anderer Form zum Verkauf bringen müssen. Es soll dies in Zukunft so geschehen, daß eine Viehverwertungsgenossenschaft zum Vertriebe dieses überzähligen Viehs gebildet wird, das ja tatsächlich in den Alpengegenden nicht das ganze Jahr gehalten werden kann. In diese Genossenschaft sollten auch Vertreter der Arbeiter hineinkommen, aus dieser Genossenschaft heraus sollte auch eine Milchsicherungsgenossenschaft entstehen, die dem Milchmangel im Lande abhilft. Meine Freunde im Landtage wissen es genau — und wir alle im Lande wissen es —, daß wir im Herbst Vieh ausführen können. Aber die Arbeitervertreter müssen selbstverständlich die

Forderung erheben, daß zunächst zur Frage der Milchnot im Lande Stellung genommen werde, und daß wir, die Bauern, Arbeiter und Bürger, zusammen beraten, was wir selbst in Österreich brauchen und dann erst gemeinsam zustimmen, was wir ins Ausland ausführen.

Wir beklagen heute zum Beispiel in Tirol die Tatsache, daß die Stadt Innsbruck mit 60.000 Einwohnern ohne Vororte 4000 Liter Milch täglich bezieht. Dieselbe Stadt bezog vor dem Kriege 30.000 Liter Milch täglich. Es müssen in Innsbruck die Kinder von über zwei Jahren von der Milchkarte gestrichen werden. Es ist begreiflich, daß die Arbeiterschaft erklärt hat: Meine Herren, die Frage des Viehabstoßes, der Milchaufbringung ist auch unsere Frage; wir wollen gemeinsam im Lande darüber beraten. Und einzelne Landwirte im Tiroler Landtage beginnen die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die Arbeiterschaft bereits zu begreifen und sind gewillt, solche Viehverwertungsgesellschaften zu gründen.

Sie selber sind nicht dafür, daß einzelne Bucherer bei diesem Viehabstoß ungeheure Summen verdienen, daß das Ausfuhrbedürfnis nur nach dem Stande der Vire gewertet wird und nicht nach dem Überschußstande des Viehs. Es hat kein Mensch in Tirol ein Interesse daran, diesen Leuten, die schrankenlos der hohen Vire oder dem hohen Schweizer Franken nachjagen, einfach zu Gefallen zu sein, und ich darf es als eine Meinung des überwiegenden Teiles des Tiroler Volkes sagen — ich glaube, wohl auch für Salzburg —, daß wir der Überzeugung sind, daß für dieses Jahr gewiß zu viel Vieh ausgeführt wurde, daß das Ausfuhrverbot bleiben muß, und daß in Zukunft nach den traurigen Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre andere Formen der Viehverwertung gefunden werden müssen. Das Ackerbauministerium muß hier rechtzeitig vorarbeiten. Zum Kapitel „Vieverwertung“ möchte ich mir noch zu sagen erlauben, daß diese Gesellschaft auch in der Lage wäre, durch den Austausch von Vieh mit der Schweiz auch wieder Decktiere hereinzubekommen, die uns seit Jahren fehlen. Es ist ganz ausgeschlossen, bei dem hohen Stande der Schweizer Franken oder richtiger, bei dem elenden Stande unserer Krone, daß wir mit Kronen in Graubünden oder im benachbarten Toggenburg oder in Appenzell in der Schweiz Zuchttiere holen können wie früher. Wohl aber wird es bei dem Bestande von Viehverwertungsgenossenschaften möglich sein, daß man einen Tausch von Fleisch gegen Zuchttiere vornimmt und solcherart die Ungleichheit der Währung dieser beiden Staaten umgeht. Wo immer wir diese Frage anfassen, stoßen wir darauf, daß an Stelle der wilden Anarchie eine klar durchdachte Viehverwertung treten muß, und daß die Vorbereitungen hiefür den kommenden Winter bean-

sprechen müssen. Wenn dann die Zeit kommt, wo mit dem 1. September die hochgelegenen Alpen abgetrieben werden, mit Mariä Geburt fast alle Alpen geschlossen werden, dann soll eine organisierte Viehverwertung eintreten. Für dieses Jahr bitte ich das hohe Haus, zur Kenntnis zu nehmen, daß mehr als genug Vieh ausgeführt wurde, und daß es die Mehrheit des Tiroler und auch des Salzburger Volkes ungemein bedauern würde, wenn eine Korrektur des fast einstimmigen Beschlusses vom 6. Oktober in diesem Hause erfolgen würde. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Burgstaller; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Burgstaller: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich beim Kapitel Landwirtschaft auch einiges spreche. Die größte Passivpost in unserem Budget ist der Aufwand des Staates für die Lebensmittelzuschüsse, und es ist klar, daß, solange diese Passivpost den Weg zur Gesundung verrammelt, an eine Besserung unserer Verhältnisse überhaupt nicht zu denken ist. Daher ist die Frage des Abbaues der Lebensmittelzuschüsse aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen des Staates nicht zu umgehen. Wir erkennen aber nicht die Schwierigkeit, daß dieser Abbau der Lebensmittelzuschüsse gerade zu einer sehr ungünstigen Zeit erfolgt, und jeder Freund des Volkes muß von großer Sorge erfüllt sein, weil die kommende Zeit eine sehr schwere sein wird. Zuwenig Lebensmittel im eigenen Land. Nun wird diese Tatsache von einem großen Teil der Bevölkerung nicht berücksichtigt, und vielfach wird die Landwirtschaft als Mitschuldige an unseren schlechten Verhältnissen bezeichnet.

Und die Schuld an dem allen ist die Entente, die einen Staat geschaffen hat, der zuwenig Lebensmittel produziert, und weil uns die Entente nicht gegeben hat, was sie uns feierlich versprochen, uns alle jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die wir zur Gesundung, zum Wiederaufbau benötigen. Und auch hier in diesem hohen Hause sind die Worte gefallen, daß die Landwirtschaft herzlos ist und ihrer Pflicht nicht nachkommt, und gestatten Sie mir darüber einige Worte zu sprechen. Und wenn ich da Dinge erzähle, die mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schneidmader nicht übereinstimmen, soll er mir nicht böse sein.

Es ist klar, daß wir hinsichtlich der Produktion etwas im Rückstande sind, und wir Landwirte empfinden es selbst äußerst unangenehm, wenn wir einen statistischen Ausweis zur Hand nehmen und sehen, daß wir hinsichtlich der Produktion gegen Ländern mit gleichen und ähnlichen Verhältnissen an

letzter Stufe stehen. Aber es ist das nicht unsere Schuld, sondern zum größten Teil ist daran die Interesslosigkeit früherer Regierungen an der Landwirtschaft schuld.

Vor dem Kriege hat man die ganze Aufmerksamkeit der Industrie zugewendet und die Landwirtschaft überaus stiefmütterlich behandelt. Grund und Boden hat man dem Spekulantentum überlassen. Ich weise nur darauf hin, wieviele Bauerngüter, eines nach dem andern, unter das Messer der Güterschlächter gekommen sind, daß weite Gebiete, wo früher große Herden Vieh weideten, die infolge ihrer kräftigen Entwicklung ein hervorragendes Zuchtmaterial bildeten, bedeutende Mengen von Vieh den Konsum zugeführt wurden, zum großen Teil aufgefressen wurden und der Landwirtschaft so verloren gingen. Durch diese Vernachlässigung und Interesslosigkeit der Regierung gegenüber der Landwirtschaft sank die Produktion bedeutend, und der Staat war schon vor dem Kriege gezwungen Lebensmittel einzuführen.

Nun, hohes Haus, hat selbstverständlich der Krieg der landwirtschaftlichen Produktion schwere Wunden geschlagen; die immer größer werdenden Ansprüche des Staates in bezug auf Vieh, durch welche der Viehstand dezimiert wurde und die immer größer werdenden Lieferungen an Heu und Stroh sowie an Getreide brachten es mit sich, daß wir gezwungen waren, Raubbau zu üben. Wir konnten Grund und Boden nicht mehr zuführen was wir diesen genommen haben, und die Produktion ist auf ein bedenkliches Maß heruntergesunken. Nun haben wir aber nach dem Umsturz mit aller Kraft die Arbeit begonnen, um die Wunden des Krieges wieder zu heilen, und wir sind auf weitestem Gebiete zur Selbsthilfe übergegangen. Ich erwähne nur, daß wir aus den Restbeständen, die wir vom Kriege gerettet haben, auf dem Gebiete der Viehzucht, sofort die Arbeit begonnen haben, bereits sehr schöne Erfolge auf diesem Gebiete zu verzeichnen haben.

Wir bemühen uns aber auch, dem Ausban der Genossenschaften unser volles Augenmerk zuzuwenden, weil wir nur mit Hilfe einer festen und straffen genossenschaftlichen Organisation eine Hebung der Produktion herbeizuführen glauben, und weil es nur mit Hilfe dieser Organisation möglich ist, alle zur Hebung der Produktion notwendigen Mittel zu beschaffen. Es haben sich in unseren Gebieten Genossenschaften gebildet, welche sogar selbst Hengste angekauft haben, um eben auch die Produktion auf diesem Gebiete zu heben.

Wir geben ja gerne zu, daß wir jetzt eine günstige Konjunktur hatten. Wir haben sie auch benutzt, um uns Maschinen anzuschaffen, damit wir die Landwirtschaft rationeller betreiben können. Wir haben auch die Wasserkraften erfasst, die einzelnen

Gemeinden und Bezirke haben Elektrizitätswerke gebaut und so die Elektrizität in den Dienst der Landwirtschaft zur Hebung der Produktion gestellt.

Wir sind redlich bemüht, die Produktion zu heben, soweit wir es können, um den Konsumenten, dem ganzen Volke mehr Brot und andere Lebensmittel liefern zu können. Wir wollen nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des Staates arbeiten. Wir wollen ehrlich mithelfen durch Hebung der Produktion an dem Wiederaufbau.

Natürlich hat auch diese Selbsthilfe ihre Grenzen. Wir haben früher selbst Zuchttiere angekauft, in Bayern und auch in der Schweiz. Bei dem Tiefstand unserer Valuta ist uns das zur Unmöglichkeit geworden. Bei dem starken Steigen der deutschen Mark ist das, jetzt natürlich nicht mehr möglich, und wir brauchen die Hilfe des Staates im weitesten Ausmaße. Wir haben es daher sehr angenehm empfunden, als der Herr Berichterstatter die Gewährung eines Kredites von 30 Millionen zur Hebung der Viehzucht ankündigte. Von der Pferdezucht gilt das gleiche. Die Hengste kosten ein Heiden geld, und es ist uns nicht möglich, aus eigenen Kräften Ersprießliches auf diesem Gebiete zu leisten.

Ich möchte auch einen Appell an die Regierung wegen der Beschaffung von Kunstdünger richten. Ein hochwertiger Kunstdünger ist das Kali. Wir beziehen es aus Deutschland, die Phosphorsäure aus Luxemburg oder Elsaß-Lothringen, den Stickstoff aus Jugoslawien. Das sind lauter Länder mit hochwertiger Valuta, und wir fürchten sehr, daß wir in Zukunft vielleicht nicht mehr in der Lage sein werden, uns den Kunstdünger zu verschaffen, der bei uns sehr eingebürgert und ein ausgezeichnetes Mittel zur Hebung der Produktion ist.

Von vielen Seiten wurden die Bauern als herzlos und pflichtvergessen geschildert. Der Herr Abgeordnete Abram hat an die Landwirte den Appell gerichtet, den Arbeitern und Handwerkern beim Bezug der Lebensmittel mehr entgegenzukommen. In unserer Gegend ist das längst Usus. Wir bekommen gar keinen Handwerker oder Arbeiter, wenn wir ihm nicht seine Arbeit zum größten Teil mit Lebensmitteln bezahlen. In unserer Gegend hat sich kein einziger Handwerker in dieser Richtung über mangelndes Entgegenkommen zu beklagen.

Wir erfüllen aber noch andere Leistungen, die vielfach gar nicht anerkannt werden. Es treiben sich im Lande Hunderte und Tausende von Leuten herum, teils arbeitsscheue Individuen, teils Arbeitslose. Es gibt selten einen Bauernhof, der nicht ein oder zwei solcher unliebsamer Gäste zum Mittagstisch hätte, und es gibt auch selten ein Gehöft, und sei es noch so entlegen, das nicht am Abend ein paar dieser unterkünstlosen Menschen zu bequartieren hat. Alle diese Leute werden von Bauern versorgt und beziehen vom Staate keine Lebensmittel. Was

hat der Bauernstand im Kriege an Blut und Material geleistet. Hätte der Bauernstand nicht so große Opfer gebracht, wäre es dem Volke noch schlechter ergangen. Was hat der Bauernstand nach dem Umsturz geleistet als alles aus den Fugen zu gehen drohte. Durch seinen unbeugsamen Willen zur Ordnung, durch sein Festhalten an die Arbeit, hat er dem Staate vor dem Schlimmsten bewahrt. Vom Freund oder Feind des Bauern muß diese Tat anerkannt werden.

Ich möchte auch noch eine andere Tatsache erwähnen, und das ist, daß gesagt wird, die Bauern haben einen Buschen Geld. Es ist richtig, daß sich die Bauernschaft auferafft und schuldenfrei gemacht hat; das ist der einzige große Erfolg. Ein schuldenfreier Bauernstand ist doch die erste Vorbedingung zur Hebung der Produktion. Daher ist die Entschuldung vor allem zu begrüßen. Ein altes Sprichwort sagt: Hat der Bauer Geld, so hats die ganze Welt.

Was das Geld anbelangt, so sage ich offen: Niemand sehnt aufrichtiger eine Änderung unserer Verhältnisse herbei als die Bauernschaft. Was haben wir von diesem wertlosen Geld? In dieser Beziehung sind wir ärmer als in den schlechten neunziger Jahren. Wir können nicht übergeben; wir können unseren Söhnen und Töchtern keine Existenz verschaffen, unsere tüchtigen Leute müssen verdorren. Und dieser Zustand müßte uns zur Verzweiflung treiben. Um eine Besserung herbeizuführen, wollen wir dem Staate geben was des Staates ist. Und damit schließe ich.

Präsident Seif (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Abgeordnete Pölzer; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Pölzer: Hohes Haus! Der Herr Referent und die christlichsozialen Redner haben uns erklärt, daß eine der wichtigsten Fragen der Landwirtschaft die landwirtschaftliche Arbeiterfrage ist. Ich will Ihnen darlegen, wie Sie eine Kategorie dieser wichtigen Arbeiterschaft ausbeuten und behandeln. In der Kremser Gegend sind in den meisten Orten die sogenannten „Znwohner“ und auf diese möchte ich auch die Aufmerksamkeit des Bundesministeriums für Finanzen lenken, weil ich meine, daß in dieser Angelegenheit auch große Steuerhinterziehungen zu finden sind. Alle übrigen Staatsbürger Österreichs müssen sich dem Mieterschutzgesetz unterwerfen. Für die großen Bauern existiert es aber nicht. Die sogenannten Znwohner sind Leute, die entweder in einem großen Bauernhause wohnen oder, wenn der Bauer zwei Häuser hat, so werden zwei oder drei Znwohner in einem Hause bequartiert. Nun sind das in der Regel nicht

die idealsten Wohnungen, meist feuchte Böcher, bestehend aus Zimmer und Küche und irgendeinem kleinen Stall, in dem man sich eine Ziege oder ein Schwein halten kann. Nun muß man die Gegenleistung betrachten, die der Einwohner für diese Wohnung zu leisten hat. Er muß dafür meist 70 Tage im Jahre arbeiten, und dafür bekommt er noch täglich 1 K (*Hört!*) und die Kost. Man würde glauben, es ist nicht möglich. (*Ruf: Es ist auch nicht möglich!*) Ich bitte, Herr Kollega, Sie sagen, es ist nicht möglich, aber gehen Sie nach Feuersbrunn und in die ganze Kremser Gegend, und Sie werden sehen, daß es möglich ist. Ich war vor 14 Tagen dort und habe eine Versammlung abgehalten, bei der nicht nur die Einwohner, sondern auch die großen Bauern waren, es war kein Widerspruch, und deswegen ist es möglich und ist es so, wie ich es hier sage, so traurig es klingt. Sie müssen für diese Wohnung 60 bis 70 Tage für einen Taglohn von 1 K und für die Kost arbeiten. Wenn ich den Arbeitstag zu 300 K berechne, so wären das 21.000 K, für welchen Betrag man sich wahrlich auf der Mariahilferstraße einen ganzen ersten Stock mieten könnte. Dafür aber muß der ländliche Arbeiter 70 Tage arbeiten, und wenn er irgendeine Zuhre braucht, die ihm vom Hausherrn besorgt wird, muß er dafür wieder fünf bis sechs Tage roboten.

Sie dürfen nicht glauben, daß sich der nette Hausherr vielleicht mit einer Zeit begnügt, wo weniger zu tun ist, nein, er sucht sich die Tage der Ernte und der Weinlesezeit aus, kurz die Tage, die auch für den Landarbeiter die kostbarsten sind, und die er brauchen würde, um zu verdienen und seine Familie zu ernähren. Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß es eine Kranken- und Unfallversicherung für den armen Teufel einfach nicht gibt; und da wundern Sie sich dann über die Landflucht (*Sehr richtig!*), dann klagen sie über die Landarbeiter, weil sie sich nicht ausbeuten lassen. Würden diese Einwohner einen Mietzins bezahlen, dann müßten die Herren bei einer Mietzinssteigerung zum Mietante gehen und der Mietsekat würde feststellen, ob wirklich die Erhaltungs- und Verwaltungskosten dieses Hauses so horrend gestiegen sind, daß eine Miete von 21.000 K bezahlt werden muß.

Sie schlagen aber dem Mietsekat ein Schnippchen, sie gehen nicht hin und beuten den Landarbeiter aus, wie es ärger nicht sein kann. Da wundert es mich nicht, daß niemand zu einem Bauern gehen will, daß bei solchen Verhältnissen einfach alles der Industrie zufließt und nicht am Lande bleiben will. Aber es wird dafür gesorgt werden, daß auch dieser Ausbeutung der ländlichen Arbeiter eine Schranke gesetzt wird, es wird dafür durch die Organisation der Arbeiter gesorgt werden, die Ihnen sehr unangenehm zu sein scheint, weil

sie den Arbeitern zu ihrem Rechte verhilft, dazu verhilft, daß die Arbeiter für ihre schwere Arbeit auch einen gerechten Lohn bekommen.

Es wurde von dieser Stelle sowohl vom Referenten als auch von den anderen Rednern viel über die Rückständigkeit unserer landwirtschaftlichen Produktion geklagt, und ich glaube, es gibt niemanden im hohen Hause, der nicht bestätigen würde, daß unsere Landwirtschaft äußerst rückständig ist. Es wird darüber geklagt, daß wir zuwenig Boden haben, der bebaut werden kann, es wird ein Wiederbesiedelungsgezet gemacht, kurz und gut, alle möglichen Dinge geschehen, um dem Bauern mehr Boden zu sichern, damit er Brotfrucht bauen kann. Auf der anderen Seite aber sehen wir, daß Hunderte und Hunderte von Hektar unter Wasser stehen. (*Sehr richtig!*) Begeben Sie sich einmal in das Marchfeld, fahren Sie einmal mit der Nordbahn hinaus, dann werden Sie sehen, daß es viele Hunderte Hektar sind, auf denen nichts gebaut werden kann, obwohl es ein ausgezeichnete Boden für Brotfrucht wäre, weil eben die March nicht reguliert worden ist. Und da muß ich feststellen, daß Sie, und ihre Partei daran nicht unschuldig sind, daß die March nicht reguliert worden ist. Durch das Junktim mit der Erbauung des Donau-Oberkanals haben Sie auch die Regulierung der March verhindert. Sie könnte reguliert sein, der Boden könnte der Bebauung zugeführt sein, wenn Sie es nicht gewesen wären, die die Bebauung systematisch verhindert haben.

Neben der March, deren Austritt ein solches Übel ist, gibt es aber noch andere Wildbäche, deren Regulierung erforderlich wäre. Und da erlauben Sie, daß ich als Vertreter meines Wahlkreises auf die Notwendigkeit der Regulierung des Rußbaches verweise. Nicht nur hier im hohen Hause, sondern auch im Landtage habe ich unzähligemal über die Regulierung des Rußbaches und des Weidenbaches sprechen gehört und selbst darüber gesprochen. Sie können sich nicht darauf ausreden, daß Sie keinen Einfluß auf das Ackerbauministerium haben. Seit Ebenhoch weht doch die grüne Fahne auf dem Ackerbauministerium. Ihre Minister sind dort gesessen, und der allmächtige Herr Stöckler soll keinen Einfluß darauf gehabt haben, daß ein Wildbach reguliert wird? Diese mächtige große Partei sollte nicht in der Lage sein, die Regulierung eines Rußbaches und eines Weidenbaches durchzusetzen? Wir müssen konstatieren, daß Sie diese Regulierungen nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte hinauschieben. Es geschieht nichts. Ja, es wird reguliert, es wird nämlich begonnen, man beginnt damit, einige Kilometer zu regulieren, dann hört man wieder auf, und im nächsten Jahre ist wieder der alte Zustand vorhanden: Wenn Hochwasser

kommt, reißt es den Damm weg und die Verhältnisse bestehen weiter. Davon sind nicht nur die Ortschaften betroffen, die an dem Rußbach liegen; das können Sie zum Beispiel auch in Deutsch-Wagram beobachten. Der Wasserspiegel ist um einen Meter höher als das Tarrain. Wenn nun der Rußbach steigt, so hat das in der ganzen Umgebung Überflutungen zur Folge und in Deutsch-Wagram sind nicht nur die Kellerräume mit Wasser gefüllt, sondern es steht in den Wohnungen das Wasser sehr hoch. Das sind Ihre ausgezeichneten Meliorationen, das ist die ausgezeichnete Vorsee für den bäuerlichen Besitz, die Umsicht, mit der sie solche Dinge behandeln! Die Regulierungen und Meliorationen spielen bei Ihnen nur vor der Wahl eine Rolle. Da erzählen Sie den Leuten, was Sie alles regulieren werden; von dem, was Sie reguliert haben, können Sie nicht sprechen, weil Sie ja nichts getan haben. Dann aber — nach den Wahlen — bleibt der alte Schlenbrian bestehen.

Es wurde hier auch schon von der Kommassierung, von der Zusammenlegung, gesprochen. Ich habe mir im letzten Jahre vergebens eine Statistik, einige Zahlen darüber zu verschaffen gesucht, was denn auf diesem Gebiete eigentlich geschehen ist. Obwohl die ganze Landwirtschaft und die Landeskultur eigentlich in den Händen der Länder liegt, hätte doch auch das hohe Haus alle Ursache, dafür zu sorgen, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht. Wir haben in anderen Staaten und haben auch im eigenen Staate Fälle von Kommassierungen, und in jenen Orten, in denen kommassiert wurde, speziell in der Gegend des Präsidenten Juchel, sind die Leute voll des Lobes und erklären, sie können solche Kommassierungen überall empfehlen, wo es möglich ist. Hier aber müssen wir von dem Referenten hören, ja, das ist alles richtig, das ist alles sehr schön, das muß geschehen, aber wir haben keine Agrarkommissäre, keine Techniker, die das besorgen könnten. Wie? Die Regierung ist nicht in der Lage, daß sie sich Techniker heranzieht, die Ausmessungen vornehmen könnten, um die Zusammenlegungen zu bewerkstelligen? Gehen Sie in andere Länder, schauen Sie sich Dänemark an, wo man gerade dadurch die landwirtschaftliche Produktion gehoben hat! Sind denn bei uns in Österreich Betriebe, die irgendwie ertragsfähig sein können, wenn wir Äcker sehen, die kaum zwei Meter breit sind! Die sollen irgendwie rationell bewirtschaftet werden! Sie reden nur in den Landtagen, Sie reden zunächst hier im hohen Hause (*Zwischenrufe des Abgeordneten Eisenhut!*), gerade Sie, Herr Kollege, beklagen es immer, aber natürlich nur hier am Referententisch. Wenn es praktisch darauf ankommt, machen Sie genau so wenig, wie Ihr Parteigänger, der christlichsoziale Minister und Staatssekretär auf diesem Gebiete

gemacht hat. (*Berichterstatter Eisenhut: Lassen Sie sich von den Leuten nichts erzählen!*) Ich brauche mir von den Leuten nichts erzählen lassen. Ich weiß es aus eigener Wahrnehmung und Anschauung und bin nicht darauf angewiesen, was die Leute erzählen. Wer Augen hat, kann sehen, daß nicht kommassiert wird. Ich müßte den Bundesminister eigentlich fragen: Herr Bundesminister, sagen Sie uns doch, was ist denn in den letzten fünf Jahren kommassiert worden? Und ich setze bei Ihnen voraus, Herr Bundesminister, daß Sie uns mehr sagen werden, als uns der christlichsoziale Landwirtschaftsminister im vorigen Jahr gesagt hat. Im vorigen Jahr wurde der Herr Ackerbauminister gefragt, was kommassiert wurde. Und aus dem Protokoll geht hervor, daß das, was er gesagt hat, nichts als Ausreden waren. Es ist nicht viel geschehen, es konnte nicht viel geschehen, wie uns der Herr Kollege Eisenhut das heute in einer sehr gewundenen Erklärung dargelegt hat. Wir haben aber das Recht, zu erfahren, was in bezug auf die Kommassierung in den letzten Jahren geschehen ist und die Antwort erwarten wir vom Herrn Ackerbauminister.

Sie haben auch in der Konstituierenden Nationalversammlung ein Gesetz über den Abbau des Großgrundbesitzes angekündigt. Sie kündigen fortwährend an. Der Herr Kollege Schneidmader hat ja hier ausführlich erklärt, was Sie alles nur angekündigt und an Resolutionen beschlossen haben. Und wenn ein Mensch fragt, was auf diesem Gebiete geschehen ist, so können Sie eigentlich nur antworten: Es ist gar nichts geschehen. Sie werden doch natürlich nicht hergehen und irgendwie den Großgrundbesitz aufteilen oder irgendwie dazu beitragen, daß eine gerechte Grundverteilung gemacht wird. Sie sind ja selbst Großbauern und interessieren sich für die Kleinen blutwenig.

Nur einige Zahlen sollen Ihnen beweisen, wie die Grundverteilung eigentlich bei uns in Niederösterreich aussieht. Wir haben 168.000 Kleinbauern, bis fünf Hektar, 2600 Großbauern mit 50 bis 200 Hektar, 54 Großgrundbesitzer mit 1000 bis 2000 Hektar und 49 Großgrundbesitzer mit über 2000 Hektar. Darunter befinden sich zwölf Klöster mit 51.000 Hektar. Nun versteht jeder Mensch, warum Sie in das Wespennest nicht hineinstechen wollen. Wo Klöster in Betracht kommen, versagt die christlichsoziale Partei immer. Das ist ganz selbstverständlich. Sie können es sich doch nicht mit den Herren von den Klöstern verscherzen, die bei den Wahlen so reichlich beisteuern. Das ist ganz selbstverständlich. Die Quelle könnte versickern, darum muß man den zwölf Klöstern die 51.000 Hektar ruhig lassen. Die Kleinen können sich herumraufen, um irgendwie ein halbes Hektar zu einem unerschwinglichen Preis bei den Erbschaften

der Gemeinden zu erhalten. *(Zwischenrufe.)* Es wird nämlich die Produktivität unserer Landwirtschaft und der kleine Ertrag oft ganz unrichtig begründet. Es wurde heute wieder ein Vergleich mit der Schweiz angestellt, und der letzte Herr Redner hat gemeint, es wäre zu wünschen, wenn man endlich dorthin käme, wo die Schweiz heute ist. Meine Herren! Wir haben in der Landwirtschaft mehr Berufstätige als in der Schweiz. Bei uns sind in der Landwirtschaft 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, in der Schweiz nur 35 Prozent tätig. Aber was erzeugt die Schweiz an landwirtschaftlichen Produkten gegenüber unserem Lande?

Die Schweizer Milchwirtschaft liefert einen Überschuss von 15 Prozent Milch und außerdem von 40 Prozent Käse über den Eigenbedarf. Die Schweizer Landwirtschaft produziert $1\frac{1}{2}$ Liter Milch pro Kopf und Tag, unsere Landwirtschaft einen Viertelliter; die Schweizer Landwirtschaft produziert also sechsmal soviel als unsere Landwirtschaft. Daraus kann man ersehen, wie rückständig unsere ganze Milchwirtschaft und Landwirtschaft ist. *(Ruf: Wieviel Getreide?)* Ich werde Ihnen auch das noch sagen und Sie werden auch da staunen. An Kulturboden entfallen in Österreich auf den Kopf der Bevölkerung 3004 Quadratmeter, in der Schweiz nur 1105 Quadratmeter. Damit ist die Behauptung widerlegt, daß wir nicht so produktionsfähig sein können, weil wir ein Gebirgsland sind, wie sich unsere Bauern immer ausreden, indem sie sagen: Bei uns geht es nicht so, in der ungarischen Tiefebene geht es ganz anders; wir haben Steiermark, Tirol und Vorarlberg, da kann man nur sehr wenig produzieren. Aber es kann niemand leugnen, daß die Schweiz mehr Gebirgsland ist als Österreich. Wenn wir uns die Ziffern ansehen, können wir ermaßen, wie rückständig unsere Landwirtschaft ist.

Es hat ein Herr Kollege gemeint, ich soll ihm die Ziffern bei Weizen und Korn angeben. Auch das werde ich Ihnen sagen. Ein Vergleich mit Deutschland! Wir haben in Österreich einen Hektarertrag bei Weizen von 10 Meterzentner, in Deutschland von 23, bei Roggen haben wir 8, Deutschland 20; bei Gerste haben wir 9, Deutschland 23, bei Hafer haben wir 8 Meterzentner und Deutschland 22 Meterzentner, und bei Kartoffeln haben wir 71, die Schweiz 150 und Deutschland 250 Meterzentner auf den Hektar. Das heißt also, daß Deutschland beinahe viermal soviel Ertrag an Kartoffeln auf den Hektar hat als wir in Österreich, und wir werden noch sehr viel zu tun haben, um den deutschen Verhältnissen nahezu kommen. Es wurde hier auch sehr viel über die Wiederbesiedelung gesprochen. Es ist wahr, daß in den Kreisen der Landwirtschaft mit der Wiederbesiedelung ungeheure Hoffnungen erweckt wurden.

Alle haben sich gedacht, jetzt werden sie endlich zu einem Stück Boden kommen. Sie haben ihnen eine bessere Verteilung und die Wiederbesiedelung versprochen, und die Leute haben vor den Wahlen wirklich Honig vor den Mund geschmiert bekommen und sie haben gedacht: jetzt wird es gehen. Geschehen ist nichts. Die Statistik zeigt uns, daß Bauernlegungen im großen Ausmaße vorgekommen sind. Schauen wir uns nur einige Ziffern aus der Zeit von 1883 bis 1893 an. In diesem Jahrzehnt wurden in Niederösterreich 4300 Bauerngüter freiwillig verkauft und 1350 im exekutiven Wege. Das zeigt uns, daß Bauernlegungen im großen Maße vorgekommen sind, daß sie heute noch vorkommen.

Aber eines sage ich Ihnen: Einen ärgeren Schwindel als das Wiederbesiedelungsgesetz gibt es überhaupt nicht *(lebhaft Zustimmung)*, eine ärgere Augenaußwischerei als das Wiederbesiedelungsgesetz hat es auf keinem Gebiete noch gegeben und es ist fraglich, ob man diesen Rekord des Schwindels, den Sie da vollführt haben, schlagen kann. Ich glaube, heute sehen die Bauern auch schon ein, daß sie von Ihnen betrogen und belogen worden sind. *(Lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe.)* Wir sind nicht auf diesem Sessel hier geseßen, sondern Ihre Partei. *(Erneuerte Zwischenrufe.)* Ich staune, daß Sie nicht wissen, daß wir niemals den Ministerpräsidenten gehabt haben. *(Abgeordneter Geisler: Aber das wissen wir, daß Sie jederzeit das Budget verweigert haben; hat man das auch in der Schweiz gemacht?)* Auf solche Kindereien sollte man eigentlich nicht reagieren. Das Recht der Opposition war es immer, das Budget zu verweigern, und dieses Recht haben auch wir uns gewahrt. Damit ist nicht gesagt, daß wir nicht gewillt waren, mitzuarbeiten. Sie aber haben die Mehrheit und hätten die Verpflichtung gehabt, Ihre Beschlüsse durchzuführen. *(Rufe: Sie haben aber sabotiert!)* Sie sabotieren alles mit Ihrem Minister. *(Lebhaftes Zwischenrufe.)* Natürlich, die Wahrheit tut Ihnen weh, aber solange Sie nicht wirklich und redlich Ihre Beschlüsse durchführen . . . *(Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz wieder übernommen hat, das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter Pölzer *(fortfahrend):* Meine sehr geehrten Herren! Es ist hoch an der Zeit, daß endlich einmal mit der Umwandlung des Gemeindegutes in das Gemeindestammvermögen begonnen wird, damit die Ungerechtigkeiten der provisorischen Gemeindeordnung vom Jahre 1849 und der Gemeindeordnungen der sechziger Jahre beseitigt werden, in denen die Kleinbauern, Kleinhäusler und Einwohner von den Nutzungsrechten des Holzes

und der Weide ausgeschlossen sind. Dieser Zustand muß beseitigt werden.

Nun mache ich das Landwirtschaftsministerium auf ganz eigenartige Vorgänge aufmerksam. In der letzten Zeit gehen die Gemeinden daran, die Gemeindewälder den Urhäusern einzuverleiben. Dazu haben sie ja das gesetzliche Recht. Aber ich glaube, das Landwirtschaftsministerium hat alle Ursache darauf zu sehen, daß die Interessen der kleinen Leute, der Kleinbauern und Kleinhäusler dabei gewahrt bleiben. Ich habe in der Gemeinde Nagelsdorf bei Boysdorf die Erfahrung gemacht, daß man dort in ganz unverschämter Weise über die Rechte der kleinen Leute einfach hinweggeht. Es war vorige Woche der Herr Agrarkommissär in der Gemeinde, und ich will hoffen, daß die Regierung nicht vergißt, daß es neben den Interessen der großen Bauern auch Interessen der kleinen Leute gibt, die in wirksamer Weise geschützt werden müssen. Wir müssen überhaupt feststellen, daß in der letzten Zeit wegen der Nutzungsrechte von Holz und Holzbezug Duzende von Prozessen anhängig sind. Ich habe voriges Jahr bei der Budgetdebatte in einer einstündigen Rede klargelegt, weswegen und wieso die kleinen Leute auf dem Lande um das Nutzungsrecht gebracht und betrogen worden sind. Ich kann das heute nicht wiederholen, aber ich stelle fest, daß Duzende von Prozessen anhängig sind, und daß die famosen Waldgenossenschaften es verstanden haben, sich auf Grund der Agrargesetzgebung vom Jahre 1886 sich einfach in den Besitz des heute sehr einträglichen Waldes zu setzen, und die kleinen Leute im Dorfe müssen jetzt in schwierigen Prozessen nachzuweisen suchen, daß die Wälder ganz unrechtmäßig in das Eigentum dieser Leute übergegangen sind.

Meine sehr Verehrten! Ich will damit schließen, daß ich sage, die Verhältnisse auf dem Lande für die kleinen Leute, für die Kleinbauern und Kleinhäusler werden solange nicht besser werden, als ihre Interessen hier durch Großbauern vertreten werden. Denn die Großbauern haben nicht dasselbe Interesse wie die kleinen Leute, sondern sie schauen auf den Sack ihrer großbäuerlichen Kollegen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bösch.

Abgeordneter Bösch: Hohes Haus! Ich hoffe nicht den Widerspruch des hohen Hauses herauszufordern, wenn ich mich besleize, kurz, streng zur Sache und weniger leidenschaftlich zu sprechen als einzelne meiner Herren Vorredner es getan haben.

Das Kapitel „Landwirtschaft“ scheint uns ein außerordentlich wichtiges zu sein, schon darum weil

nirgends so sehr als auf diesem Gebiete der allbekannte Ruf nach Hebung der Produktion in die Tat umgesetzt werden kann, und weil auf diesem Gebiete die Hebung der Produktion einen außerordentlichen Gewinn für unsere Volkswirtschaft bedeutet. Tatsache ist es — das weist die Statistik nach —, daß das Deutsche Reich und verschiedene andere Staaten, die keine besseren klimatischen und Bodenverhältnisse haben als wir, bedeutend höhere Hektarerträge herauswirtschaften, als es bei uns der Fall ist. Das muß doch seinen Grund haben. Ein Grund ist der, daß in diesen Staaten die Meliorationen, die Verbesserungen des Bodens viel ausgiebiger durchgeführt sind, als bei uns. Uns erscheint das Kapitel Meliorationen eines der wichtigsten in der gesamten Landwirtschaft zu sein. Nicht als Schlagwort wollen wir das aufgefaßt haben, sondern wir sind der Meinung, daß es wirklich notwendig ist, daß die Regierung daran gehe, den Meliorationen ihre vollste Aufmerksamkeit zu schenken, daß sie darangehe, das längst geforderte und längst notwendig gewesene Meliorationsprogramm wirklich auszuarbeiten. Es ist bedauerlich, daß dieses Programm nicht schon längst besteht. Ich kann Ihnen aus der Erfahrung meiner engsten Heimat folgendes sagen: Das Rheintal, eine förmliche Ebene von mindestens sieben Kilometern Breite und 25 Kilometer Länge auf Vorarlberger Gebiet, würde Gelegenheit geben, Hunderte von Waggons Körnerfrüchte, Kartoffeln usw. zu erzeugen. In der Not des Krieges haben sich Männer der Gemeinde Dornbirn zusammengetan, haben außerordentliche Anstrengungen gemacht, um die Melioration des Rheintales in die Wege zu leiten, und haben mit dem Aufwande hoher Kosten Kulturtechniker aus der Schweiz und aus anderen Gebieten, auch Fachmänner vom Ackerbauministerium kommen lassen, um den Bauern die Bedeutung der Fragen klarzumachen. Aber es hat an der Unterstützung der Regierung gefehlt; sie hatte kein Geld und hatte auch sonst nicht die notwendige Unterstützung zur Hand. Wenn dennoch heute in einzelnen Gebieten melioriert wird, so ist es fraglich, ob diese Teilprodukte später in den Rahmen des großen Gesamtprojektes hineinpassen werden, und aus diesem Grund ist es notwendig, daß ein Gesamtprojekt endlich vorgelegt wird. Wenn man aber schon melioriert, ist es mit der Durchführung der Melioration noch nicht getan. Viel wichtiger ist die Erhaltung der Meliorationen und auch dieses Gebiet entbehrt der gesetzlichen Regelung. Ich bin da nicht der Meinung, die die Herren von der Linken geäußert haben, daß das, was zum Beispiel der Staat für Meliorationen und für die Erhaltung derselben aufwendet, wirklich ein Geschenk an die Landwirte ist und sein soll. Ich bin der Meinung, daß der Staat die Landwirte bei der Durchführung

dieser Werke unterstützen, daß er sie dazu aneifern soll, daß er dann aber auch das Recht und die Pflicht hat, von den Landwirten, denen er bedeutend erhöhte Hektarerträge verschafft hat, das aufgewendete Kapital nach und nach wieder zurückzufordern, entsprechend den erhöhten Ertragswerten. Wenn wir die Meliorationen durchführen, wie es bei aller Energie möglich sein müßte, dann könnten, glaube ich, auch wir es erleben, daß unsere Hektarerträge denen unserer Nachbarstaaten ebenbürtig an die Seite gestellt werden könnten. Um aber in diese Sache mehr System und mehr Plan hineinzubringen, erachten wir es für notwendig, daß eine Zentralstelle für kulturtechnischen Dienst beim Bundesministerium für Landwirtschaft geschaffen werde. Wir erachten es als unerläßlich notwendig, daß eine vollkommene Vereinheitlichung des Meliorationsdienstes in allen Bundesländern durchgeführt wird, und schließlich scheint es uns unerläßlich zu sein, daß die Verwaltung des Meliorationsfonds in die Hände von Fachleuten gelegt wird, da nur diese allein imstande sind, richtig zu entscheiden, wo das Geld notwendig und wo es weniger notwendig ist.

Hohes Haus! Wenn wir aber die Hebung der Produktion ernstlich durchführen wollen, müssen wir auch einem anderen Gebiet unsere Aufmerksamkeit zuwenden, und das ist das Gebiet der Düngerbeschaffung. Es mangelt unserer Landwirtschaft an Düngemitteln. Wir haben wohl den Stallmist, aber der ist ja nicht hinreichend, um Höchsterträge herauszuwirtschaften. Er ist notwendig für die Wiesen allein, ja er reicht nicht einmal für diese aus. Wie soll es also möglich sein, im Ackerbaubetriebe Höchsterträge zu erzielen, wenn es an Kunstdünger fehlt? Thomasmehl zum Beispiel kennen wir schon fast nicht mehr. Wir haben wohl von Deutschland Kali bezogen und beziehen es noch, wir bekommen jetzt dank unserer Höhlenforschung phosphorhaltige Düngemittel aus den Höhlen, aber was uns ganz und gar fehlt, das sind die Stickstoffdüngemittel. Ich muß die Regierung daran erinnern, was von uns schon im letzten Jahre geschehen ist, daß der Staat der Erzeugung von Stickstoff auf elektrischem Wege, von Luftstickstoff, seine vollste Aufmerksamkeit zuwende.

Weiter ist zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich, daß auch die Viehzucht gehoben werde. Wenn man die Viehzucht heben will, muß man die Bildung von Herdenbuchgenossenschaften begünstigen und beschleunigen. Ich kann sagen, daß das in meinem Heimatland eine längst bekannte Einrichtung ist, die zum Segen der Landwirtschaft gewirkt hat. Auch die Alpenverbesserung bildet ein Kapitel der ständigen Aufmerksamkeit des Landeskulturrates, und die Alpenbegehungen, die von ihm veranstaltet werden, die Viehaustellungen, verbunden mit Prämierungen, haben das Ihrige

dazu beigetragen, die Landwirte zu ermuntern, diesen Gebieten ihre vollste Aufmerksamkeit zu schenken, und dabei werden, was für unsere Verhältnisse besonders wichtig ist, dem Staatsfädel keine großen Wunden geschlagen.

Und noch ein Gebiet muß ich erwähnen, das dazu dienen soll, die Hebung der Produktion zu ermöglichen. Das ist die Saatgutbeschaffung. Sie werden sich daran erinnern, welche ungeheuren Hoffnungen an die Verwendung der englischen Saatkartoffeln im laufenden Jahre geknüpft wurden. Diese Saatkartoffeln haben in vielen Gebieten vollständig versagt, in anderen Gebieten haben sie wieder ganz und gar befriedigt. Es ist wahr, daß das Kartoffelsaatgut eine außerordentliche Bedeutung für den Ertrag hat, wie bei anderen Saaten auch, und die Erfahrungen unserer Landwirte haben gelehrt, daß es notwendig ist, daß ein Saatgutwechsel durchgeführt wird. Wenn das Kartoffelsaatgut regelmäßig gewechselt werden kann, zum Beispiel aus leichtem Boden in schweren Boden verpflanzt wird und umgekehrt, dann ist es, sofern die Grundbedingungen erfüllt sind, wie die Erfahrungen beweisen, möglich, Kartoffelhektarerträge herauszuwirtschaften, die denen anderer Staaten ebenbürtig sind. Wir meinen darum, es wäre gut, wenn die vom landwirtschaftlichen Ausschusse berührte Frage der Errichtung einer Saatzuchtstation für Kartoffel, namentlich in Rücksicht auf die krebssimmunen Sorten, endlich verwirklicht werden würde. Zum mindesten sollte es ermöglicht werden, daß der Austausch von Saatgut zwischen Gegenden, die sich zum Austausch eignen, auf billige Weise mit Tarifiermäßigungen durchgeführt werden könnte. Ich erinnere daran, daß zum Beispiel die schwäbischen Landwirte nördlich des Bodensees den Saatgutwechsel und seine vortheilhaften Folgen seit Jahrzehnten erkannt haben. Es ist eine alljährlich wiederkehrende Tatsache, daß die Schwabenbauern, die Württemberger, mehrere Waggons von Saatgut für Körnerfrucht, die sogenannten Saatsäfen, bei uns in Vorarlberg einkaufen und hinausführen und uns dann von ihrem Getreide entsprechenden Gegenwert zum Vermahlen zur Verfügung stellen. Dieser Saatgutwechsel ist also lange erprobt und wird auch auf anderen Gebieten sehr günstige Wirkungen zeigen. Es wäre auch wichtig, daß in die Saatgutankerkennung eine Einheitlichkeit käme, daß nicht die Station des einen Landes andere Bestimmungen für die Anerkennung des Saatgutes hat als die des andern.

Als letzten Punkt, der mir geeignet erscheint, die außerordentlich wichtige Forderung der Produktionshebung verwirklichen zu helfen, muß ich in Übereinstimmung mit verschiedenen Herren Vordnern die Hebung der Bildung des Bauernstandes bezeichnen. Der Bauernstand verfügt im allgemeinen nicht über ein großes Maß von

Bildung. Es soll das für den Bauernstand kein Vorwurf sein. Er leidet unter den Verhältnissen der Zeit, denn ihm ist es meistens nicht ermöglicht, eine andere Schule, als die Volksschule zu besuchen, die in manchen Gebirgsgegenden höchstens zwei- oder dreiklassig ist, und mitunter kommt es vor, was ich sehr bedauere, daß sogar diese kärgliche Volksbildung in Unverstand gekürzt wird, indem die Kinder während des ganzen Sommers aus der Volksschule herausgenommen werden. Das Schändlichste aber auf diesem Gebiete scheint mir zu sein, daß heute noch Kinder aus Tirol und Vorarlberg hinausgehen nach Württemberg um landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Während der Schwabenbauer seine eigenen Kinder in die Schule schickt, verrichten unsere Kinder dort Land- und Hausarbeit. Das scheint mir ein Zustand zu sein, der wirklich nach Abhilfe schreit.

Weil der Bauernstand nicht über ein entsprechendes Maß von Bildung verfügt, darum ist es begreiflich, wenn er den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung mit einem gewissen Mißtrauen gegenübersteht. Dem Bauern ist die bakteriologische Forschung ein Buch mit sieben Siegeln, daher ist es auch begreiflich, daß er den praktischen Ergebnissen dieser Forschung skeptisch gegenübersteht. Begreiflich ist auch, daß mancher Bauer die Vorschriften, die zur Verhütung von Viehseuchen u. dgl. aufgestellt werden, nicht beachtet, denn was weiß er von Bakterien, die er nicht sehen, die er nicht greifen kann? Er glaubt an diese Dinge nicht und betrachtet manchmal diese Vorschriften als eine überflüssige Schikanierung der Bevölkerung. Es stellt sich dann heraus, daß er das zu seinem Schaden tut, nicht mit Absicht, sondern weil er nicht die Einsicht hat, daß diese Maßnahmen notwendig sind.

Die Anwendung künstlicher Düngemittel stellt hohe Anforderungen an die Bildung der Bauern, wenn er sie richtig und rationell verwenden will. Bessere Kulturmethoden, die ihm von den wissenschaftlichen Instituten empfohlen werden, wendet er nicht an, weil er nicht die nötige Einsicht hat, er hält am Althergebrachten, so unvorteilhaft es für ihn auch sein mag, zähe fest, oder es verzögert sich manches, weil es ihm an der notwendigen Bildung und Einsicht fehlt. Wenn auch das niedere landwirtschaftliche Bildungswesen Sache des Landes ist, so ist es doch Sache des Bundesministeriums, dafür Sorge zu tragen, daß wenigstens ein möglichst hoher Prozentsatz von Landwirten die Möglichkeit hat, eine höhere Schule für Landwirtschaft zu besuchen. In diesem Sinne kann das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft vieles tun. Es kann auch dahin wirken, daß auf dem Lande draußen manches besser wird.

Hohes Haus! Ich habe von dem in Aussicht genommenen Landeskulturförderungsgesetz eine andere

Meinung als einzelne meiner Herren Vorredner. Dieses Gesetz verfolgt einen Zweck, der der Landwirtschaft zum allergrößten Nutzen gereichen kann. Wir halten den Entwurf, wie er von der Regierung ausgearbeitet und dem Hause vorgelegt wurde, für gut, und wir sind der Meinung, daß an diesem Entwurf nicht herumgepfuscht werden soll. Die Hebung der Produktion muß alle interessieren, auch die Kreise, die nicht über eigenes Land zum Bebauen verfügen; denn je mehr erzeugt wird, desto mehr kommt auf den Markt, je mehr auf dem Markt ist, desto billiger wird die Ware sein.

Nun, hohes Haus, noch eine kurze Andeutung über ein Gebiet, das in den Bereich der Forstwirtschaft gehört. Wenn Sie durch das Gebiet unseres Bundesstaates fahren, sehen Sie längst der zahlreichen Flüsse ausgebreitete Auen. Wenn Sie diese Auen in bezug auf das, was dort wächst, untersuchen, so werden Sie finden, es steht dort das, was die Natur hingefät hat: Erlen, Weiden, Gestrüpp, Streu u. dgl. Es ist unproduktives, zum mindesten wenig ertragreiches Gebiet. Aber dieses Gebiet müßte nicht unproduktiv sein, es könnte im Gegenteil außerordentlich ertragreich gemacht werden, wenn man die Auen einer gewissen Beachtung würdigte. Es könnten dort verschiedene Holzpflanzen in schönster Üppigkeit gedeihen, und es könnte der Ertrag an verschiedenen Hölzer der Industrie und dem Gewerbe hervorragend dienen. Ich erinnere daran, wie leicht es möglich wäre, in diesen Auen Korbweiden zu kultivieren. Wie einfach, wie anspruchslos ist die Kultur der Korbweiden, und ungeheure Beträge könnten da herausgewirtschaftet werden. Es wäre durch die Erzeugung von Korbweiden die Möglichkeit gegeben, im Inlande viele Arbeitskräfte, die vielleicht sonst nicht beschäftigt sind, zu beschäftigen. Wir könnten die Produkte in valutastarke Länder ausführen und ungeheuren Nutzen daraus ziehen. Wir könnten auch Hölzer pflanzen, die verschiedenen einheimischen Gewerben dienen, wie Eichen für Wagerei und Flugzeugindustrie, Pappeln und Ulmen für Pfeifen- und Zündhölzchenherzeugung, Linde und Ahorn für Schnitzereien.

Ich will das hohe Haus nicht länger halten und zum Schluß kommen. Ich kann Ihnen sagen, die Förderung der Landwirtschaft scheint uns eine außerordentliche Bedeutung zu haben; denn durch die Förderung der Landwirtschaft fördern wir die Produktion, und wir haben in der Produktionserhöhung das beste Mittel, uns aus der wirtschaftlichen Not herauszuhelfen. Bedenken Sie doch einmal, welche Unsummen wir ausgeben müssen, um uns die notwendigen Lebensmittel aus dem Auslande zu unerschwinglichen Preisen zu beschaffen. Wieviel Lebensmittel könnten auf den Gefilden unserer heimischen Ebenen erzeugt werden, wenn

wir wirklich daran gingen, die Landwirtschaft planmäßig und großzügig zu fördern! Die Summen, die da erspart werden könnten, gingen weit in die Milliarden, und es könnte davon diese oder jene Milliarde leicht wiederum zur Förderung der Landwirtschaft abgestreift werden, wenn man endlich daran ginge, dieses große Werk zu vollführen. Ich erinnere Sie wieder an die Schweiz. Ich bin ein nächster Nachbar der Schweiz. Während des Krieges war es der Schweiz möglich, die Versorgung des ganzen Landes mit Milch, Fleisch, Kartoffeln und Körnern beinahe zur Gänze sicherzustellen, und sie war sogar in der Lage, so merkwürdig es klingt, unserem Lande Vorarlberg viele Waggons Kartoffeln aus ihrer eigenen Ernte abzutreten. Wenn das dort möglich war, so muß es auch bei uns möglich sein, und was es möglich macht, das ist die Tatkraft, die Energie, mit der man an die Lösung solcher Fragen gehen muß. Ich meine, es sollten sich alle Parteien des hohen Hauses darin finden, daß wir die Landeskultur nach besten Kräften fördern, daß wir alles tun, was zur Förderung der Landwirtschaft möglich ist. Dann haben wir auch das Recht, zu verlangen, und dann wird auch der Bauer sich seiner Pflicht nicht entziehen, die Steuern zu zahlen, die er vermöge der erhöhten Wirtschaft zahlen kann, und darum wird unsere Partei für alles das stimmen, was die Landwirtschaft fördert. *(Lebhafter Beifall und Handklatschen.)*

Präsident: Ich breche die Verhandlung ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, mit der die Einbringung einer Vorlage der Bundesregierung angekündigt wird. Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschrift.

Schriftführer Bösch (liest):

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 13. Dezember 1921 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Verwendung von Teilen der Gebärungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (662 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, den Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 14. Dezember 1921.

Baltauf.“

Präsident: Diese Vorlage wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen Donnerstag, den 15. Dezember l. J., um 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 (628 der Beilagen).

Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends.

